



Zwischen Skylla und Charybdis – „No win“-Situation für die Juden
Islamisierung und Rechtsruck gefährden das jüdische Leben

SEITE 14

Frankreich: Wo der Juden Hass zur Normalität wird
Gérard Depardieu warnt vor der Vertreibung der französischen Juden

SEITE 10-11



Die Legende vom Schah und der deutschen APO
Die falsche Bewertung des iranischen Kaisers durch die 68er-Bewegung

SEITE 36-37



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS
DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser, mit dem soeben vergangenen Monat liegt ein ereignisreicher, ein großer und bedeutsamer, ein historischer Monat hinter uns. Ich denke, das werden unsere Leser nicht anders empfunden haben als unsere Redaktion und ich. Der Mai des Jahres 2018 war ganz sicher ein besonderer Monat.

Allen seinen Feinden und allen Feinden des jüdischen Volkes zum Trotz feierte Israel freudig und ausgelassen den 70. Jahrestag seines neuzeitlichen Bestehens. Jerusalem, die jahrtausendealte und heilige Stadt der Juden und ihrer berühmten Könige David und Salomon wurde von den Vereinigten Staaten unter Führung des neuen Präsidenten Trump in einem politisch richtigen und historischen Schritt als ungeteilte Hauptstadt des jüdischen Staates anerkannt und als Sitz der US-Botschaft festgelegt.

Es war ehrhebend und bewegend zugleich miterleben zu dürfen wie unbeschwert, wie frei und wie fröhlich der kleine jüdische Staat, der wie kein anderes Land auf der Welt seit dem ersten Tage seines Bestehens, ja eigentlich schon vorher, um seine Existenz, die Unversehrtheit seines Territoriums und das Leben seiner Bürger kämpfen musste und muss, mit Gästen aus aller Welt seinen Geburtstag beging. 70 Jahre Israel, das sind 70 Jahre einer einzigartigen Erfolgsgeschichte. Israel ist 70 Jahre jung und dabei vitaler, bunter und lebensfroher denn je. Israel, das sind freie Menschen in einem freien Land, voller Kreativität, Zuversicht, technischer Innovation, wissenschaftlichen Fortschritts und wirtschaftlichen Erfolgs. Der Zufriedenheitsindex der israelischen Bevölkerung gehört ebenso wie der allgemeine Bildungsstandard zu den höchsten weltweit. Trotz der islamischen Anfeindung ist Israel das Land, in dem Muslime im Gegensatz zu islam-dominierten Staaten gleichberechtigt – ohne Angst und Unterdrückung – mit uneingeschränkter Entfaltung aller Menschenrechte und völliger Chancengleichheit für Männer und Frauen leben können.

Fortsetzung Seite 2 ►►

Österreich 3,70 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF;
Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,50 €;
Slowakei 4,50 €; Slowenien 35 KN



US-Botschaft in Jerusalem entzweit Merkel und Kurz



John MACDOUGALL, AFP

Von Roger Letsch und
Gunter Weißgerber

Liebe Bundesregierung,

wir sind bitter enttäuscht. Sicher, das sind wir nicht zum ersten Mal. Im Grunde sind wir das seit einigen Jahren andauernd. Aber wir wollen nicht abschweifen und uns heute nicht mit den Schneisen der Verwüstung in unserer Demokratie befassen, welche die letzten beiden Legislaturperioden hinterlassen haben. Unsere aktuelle Enttäuschung hat einen konkreten Anlass, nämlich das Fehlen eines offiziellen Vertreters der Bundesrepublik bei der Eröffnung der amerikanischen Botschaft in Jerusalem. Die EU wird somit durch die Vertreter Österreichs, der Tschechischen Republik, Rumäniens und Ungarns vertreten sein, während unser Land, dessen Kanzlerin bei jeder Gelegenheit die besonderen Beziehungen zu Israel betont, den Boykott derjenigen anführt, die der Meinung sind, Israel habe kein Recht, seine Hauptstadt frei zu wählen, und die USA hätten nicht das Recht, diese Wahl zu akzeptieren.

Wir empfinden es als Schande für die Bundesrepublik Deutschland, sich den Drohungen derjenigen Kräfte im Nahen Osten zu beugen, die sich bei jeder Gelegenheit mit der Feindschaft zu Israel brüsten und die all ihr Streben auf die Vernichtung des einzigen jüdischen Staates auf dieser Erde richten.

Frau Bundeskanzlerin Merkel, Sie sind bekennende Christin und sollten schon in der Bibel sehr leicht jene Stellen finden können, in denen von Jerusalem und seiner Bedeutung für das Judentum die Rede ist. Sie sollten auch die jüngere Geschichte gut genug kennen, um zu wissen, dass die Teilung der Stadt im Jahr 1948 eine ebenso unnatürliche war, wie die Teilung Berlins nach dem Krieg. Sie sollten wissen, dass Städte, egal wie alt oder groß sie sind, nur als Ganzes funktionieren können. Schließlich betonen Sie dies in Bezug auf Städte in Deutschland bei jeder Gelegenheit, wenn sie fordern, No-Go-Zonen dürfe es nirgends geben.

So unteilbar Berlin heute ist, so unteilbar muss auch Jerusalem sein. Ebenso klar ist auch, dass die Menschen in Israel diese Stadt zu ihrer Hauptstadt gewählt haben. Sie ist die Hauptstadt aller Israelis, ganz gleich, ob sie Araber, Christen, Bahai, Atheisten oder Juden sind. Die Entscheidung für Jerusalem als Hauptstadt ist bereits vor langer Zeit durch einen Parlamentsbeschluss der Knesset gefallen. Sitz des Parlaments ist Jerusalem. Sitz des Präsidenten ist Jerusalem. Regierungssitz ist Jerusalem. Der Oberste Gerichtshof Israels sitzt in Jerusalem. Die Regierung der USA hat dem bereits 1995 durch den Beschluss Rechnung getragen, den Sitz ihrer Botschaft nach Jerusalem zu verlegen, auch wenn es noch sehr lange dauerte, dieses Gesetz zu ratifizieren.

Gerade Deutschland sollte nicht 20 Jahre damit warten.

Herr Vizekanzler Scholz,

Sie stehen in den Fußstapfen von großen sozialdemokratischen Politikern, und es ist noch nicht ausgemacht, ob Sie in diese Formen passen. Der Übervater der SPD, Willy Brandt war es, der als Bürgermeister des Westteils der geteilten Stadt Berlin erleben musste, wie es sich anfühlt, wenn die Solidarität der Weltgemeinschaft auf der Kippe der Opportunität steht und was es für die Menschen in einer solchen Stadt bedeuten kann, wenn die Solidaritätsadresse eines Politikers von Einfluss nur vier Worte in der Landessprache zu deren Bewohnern spricht.

Von Helmut Schmidt sollten Sie gelernt haben, dass man sich den Forderungen von Terroristen und Erpressern unter keinen Umständen beugen darf, dass jedes Zögern und jedes Zugeständnis nicht als Zeichen des Friedens, sondern der Schwäche interpretiert wird. Im Übrigen war es der Sozialdemokrat Mosche Dajan, der an der Wiedervereinigung der Stadt Jerusalem im Jahr 1967 entscheidenden Anteil hatte. Man kann nicht einerseits das Glück feiern, dass Berlin wieder die ungeteilte Hauptstadt Deutschlands ist und andererseits von den Israelis verlangen, ihre historische Hauptstadt aufzugeben oder sich mit einem Stückchen davon zu begnügen, zumal deren Gegner nicht einmal dies akzeptieren.

Seite 2 ►►

◀ Fortsetzung von Seite 1

Der österreichische Bundeskanzler Kurz unterstützt im Gegensatz zu Kanzlerin Merkel die US-Botschaftseröffnung in Jerusalem

Sehen Sie beide sich an, welchen Charakter die „Proteste“ der Fatah und Hamas gegen die Entscheidung der Vereinigten Staaten haben, ihre Botschaft nach Jerusalem zu verlegen und überlegen Sie gut, ob Sie sich mit deren Zielen gemein machen wollen, indem Sie dem Terror durch feiges Wegdücken Legitimität verschaffen. Die ständige Beteuerung, Israels Existenz sei Staatsraison für die Bundesrepublik Deutschland, wird durch die bloße Anerkennung eines Fakts kaum gefordert. Sie müssen keine Sorge haben, dass die israelische Regierung eines Tages beschließen könnte, die deutschen Lippenbekenntnis-

se im Ernstfall in klirrende militärische Münze zu verwandeln. Die Israelis passen auf sich selbst auf.

Die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt des jüdischen Staates wäre im Vergleich zu deutschen U-Booten jedoch nur ein kleiner Preis, dazu muss nicht einmal die deutsche Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem verlegt werden. Vermutlich fühlt sich das deutsche Botschaftspersonal in Strandnähe ohnehin wohler, auch wenn die Sommerluft in Jerusalem stets etwas angenehmer ist als am Mittelmeer. Einen Botschafter oder Staatssekretär zur Eröffnung der amerikanischen Botschaft

zu schicken, wäre jedoch ein wichtiger Schritt, den Kontakt zur Realität im Nahen Osten nicht ganz zu verlieren.

Wir möchten deshalb betonen, dass wir die Entscheidung der Bundesregierung, zur Eröffnung der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Jerusalem keinen offiziellen und hochrangigen Vertreter zu entsenden, für grundlegend falsch halten. Wir entziehen Ihnen deshalb in dieser Angelegenheit das Mandat, für uns zu sprechen und beauftragen würdigere Vertreter damit. Wir bitten hiermit die Abgesandten Österreichs, der Tschechischen Republik, Rumäniens und Ungarns, dem

israelischen Volk unsere besten Wünsche zu überbringen und bitten sie weiterhin, im Namen von sehr vielen Deutschen unseren Hoffnungen auf die erfolgreiche Arbeit der Botschaft der Vereinigten Staaten in Jerusalem, der Hauptstadt Israels, Ausdruck zu verleihen.

Mit freundlichen Grüßen

Roger Letsch und Gunter Weißgerber

Nachtrag:

Die „Palästinenser“ haben ihre Botschafter aus Österreich, Rumänien, Ungarn und Tschechien abgezogen.

◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Israel ist dazu die einzige westliche und freiheitliche Demokratie in der gesamten Region, obwohl es umgeben ist von einem zahlenmäßig zigfach überlegenen Meer eingeschworener, von Neid auf die Erfolge des jüdischen Staates zerfressener unversöhnlicher islamischer Feinde und sämtlich fehlgeschlagener Unrechtsregime, in denen der Islam einen Flächenbrand von Kriegen, Mord, Unrecht, Terror und Hass gegen alles, alle und jeden verursacht hat – vor allem aber gegen die Juden und den Staat Israel, den er mit Kriegen und vielfachem Terror überzogen hat und den er bis heute zu vernichten beabsichtigt.

Und noch etwas hat der Monat Mai diesen Jahres ans Licht gebracht. Der von unserer linksideologisierten Politik jeden Tag skandalisierte und hauptsächlich aus Deutschland und Westeuropa mit Kübeln von politischem Unrat von höchster offizieller und öffentlich-rechtlicher und regierungsnaher Medienseite beworfene Präsident Trump kann – wie unter sehr wenigen auch von unserer Zeitung prognostiziert – mit seiner Politik erhebliche und mit nahezu jedem Tag wachsende Erfolge aufweisen, was ihm die Mogherinis, Junckers, Merkels, Steinmeiers und die anderen unbeherrschbaren, für das hiesige deutsche und europäische Desaster an erster Stelle verantwortlichen politischen Fehlbesetzungen in ihren Ämtern ratlos, wütend und aggressiv macht und zu weiteren, die Grenze der diplomatischen Usancen deutlich verletzend Hassattacken veranlasst. Nein, die linken westeuropäischen Politversager, die sich als Bessermenschen tarnenden Zerstörer und Spalter Europas, die Wegbereiter der Islamisierung und vernunft-verlassenen Einlasser gewalttätigen islamischen Judenhasses gönnen den verbündeten USA und vor allem dem US-Präsidenten den Erfolg, der eigentlich auch der ihre sein könnte, nicht. Sie desavouieren ihn, verweigern ihre Zusammenarbeit und fallen ihm nach Kräften in den Rücken. Schlimmer noch, sie sehen sich in größerer Nähe zu islamischen Unrechtsregimen als zu unserem traditionellen und größten Verbündeten, sie unterstützen und finanzieren arabischen Terror gegen Israel, sie hofieren den türkischen Ermächtigungsgesetz-Usurpator und Panislamisten mit Jerusalem-Eroberungsabsichten Erdogan und kollaborieren auch nach dem Ausstieg der USA mit dem Mullah-Mordregime aus dem Iran, das dreist und ungeniert einen atomaren Genozids am jüdischen Volk androht und vorbereitet.

Dabei sind Präsident Trumps Abkehr von den unfairen Handelsverträgen, von dem verlogenen Klimaschutzabkommen und vor allem von dem Iran-Vertrag die richtigen Schritte, wie zwischenzeitlich



US-Finanzminister Steven Mnuchin und Ivanka Trump bei der Einweihung der Botschaft in Jerusalem.

auch viele hiesige Experten heute einräumen.

Donald Trumps Vorgehen gegenüber China hat dort zum ersten Einlenken geführt und seine entschlossene Haltung zu Nordkorea hat Erfolge und Wirkung gezeigt. Ob mit oder ohne Treffen mit dem nordkoreanischen Diktator – die nordkoreanische Atomtest-Zünderlei aus vor-trumpischer Zeit über dem Pazifik findet dank der klaren Position des US-Präsidenten und des missbilligenden Unkens unserer Politik und Presse seit längerem

politik des Westens keinesfalls kriegsfördernd, sondern friedenssichernd.

Besonders wichtig, richtig und überaus erforderlich war daher auch die schon oben erwähnte ebenfalls im Mai durch Präsident Trump erfolgte Aufkündigung des gefährlichen, fahrlässigen und grundfalschen Atom-Gefälligkeitsvertrages mit dem iranischen Mullahregime, für den besonders der Trump-Basher, Arafat-Huldiger und – man mag es kaum glauben – heutige Präsident der Bundesrepublik Deutschland F.-W. Steinmeier maßgeb-

„ Die westeuropäischen Politversager, die sich als Bessermenschen tarnenden Zerstörer und Spalter Europas, die vernunft-verlassenen Einlasser gewalttätigen islamischen Judenhasses gönnen den verbündeten USA und vor allem dem US-Präsidenten den Erfolg, der eigentlich auch der ihre sein könnte, nicht.“

nicht mehr statt.

Ebenso ist der von dem falschen Präsidenten der erfundenen arabischen Nation, Machmud Abbas angedrohte Ausbruch der Hölle für den Fall der amerikanischen Botschaftsverlegung nach Jerusalem ausgeblieben. Jedenfalls fand die durch Abbas und unsere selbsternannten Experten und politischen Unheilverkünder menetekelte Öffnung der Büchse der Pandora nicht statt.

Si vis pacem, para bellum – wenn Du Frieden willst, dann sei bereit für den Krieg – eine Politik der Standhaftigkeit ist im Gegensatz zu der schon von Winston Churchill beim Münchener Vertrag mit Hitler getadelten ehrlosen Anbieterungs-

lich verantwortlich zeichnet. Wenn man nicht von Vorsatz ausgehen möchte, so stellten die mit gesundem Menschenverstand kaum nachvollziehbaren Lücken und vertraglichen Zugeständnisse an den Iran vor allem für Israel aber auch für die gesamte Welt eine eklatante Bedrohung dar.

Diese Bedrohung hat Israel, haben alle nüchtern denkenden Menschen und haben auch wir an dieser Stelle immer und immer wieder und schon vor der Unterzeichnung des Iran-Abkommens thematisiert.

Jetzt hat auch hier hat die vernunft-getragene Politik des amerikanischen Präsidenten zu einem aufkeimenden Umden-

ken bei einigen Experten und einem Teil der Medien geführt. Das ist unzweifelhaft ein großes Verdienst von Donald Trump, ohne dessen beherztes Handeln der Iran weiter an der atomaren Vernichtung Israels und der Durchsetzung seiner schon weit gediehenen Expansionsgelüste mit der Atomkeule werkeln könnte.

Dazu hat der israelische Geheimdienst in einer Glanzleistung seines Könnens iranische Originaldokumente in seinen Besitz gebracht, die der israelische Premierminister der Weltöffentlichkeit zugänglich gemacht hat, und die eindeutig beweisen, dass die Kritiker des Abkommens recht hatten und der Iran dreist über seine ungebrochenen Beschaffungsbemühungen in Sachen Atombombe lügt.

Grund genug für unsere und die nicht minder verfehlte westeuropäische Politik der Merkels, Steinmeiers, Mogherinis und Junckers im Interesse des Friedens und unserer aller Sicherheit, aber auch wegen der Gefährdung Israels ihre Fehleinschätzung einzuräumen und mit dem amerikanischen Verbündeten an einem Strang zu ziehen. Aber weit gefehlt – der Hass auf Trump und seinen politischen Erfolg sowie der Wunsch an dem großen Irangeschäft zu verdienen, führen – von transatlantischer Verbundenheit oder etwa Verantwortung gegenüber Israel keine Spur – zu weiteren immer maßloseren Beschimpfungen und Rechtweisungen unserer Politik gegenüber dem US-Präsidenten. Dem Iran beeilt man sich von westeuropäischer und deutscher Seite auch weiterhin Loyalität zu versichern.

Ohnehin sieht man, wie hier schon betont, in der deutschen und westeuropäischen Politik die Mord-Clique der Lügen-Mullahs offensichtlich als verlässlicheren Vertragspartner als Donald Trump an. Keine Ausnahme macht da leider auch die jetzt neu in den Bundestag gekommene Oppositionspartei, die trotz der soeben wieder einmal von Herrn Gauland vorgeführten – nicht wirklich seltenen rechten Entgleisungen, insgesamt eigentlich eine freundlichere Position gegenüber Israel an den Tag legt als das übrige, bis weit in die CDU reichende islam-affine Linksparteien-Konvolut.

Die geheuchelten Feseleien der Kanzlerin und eines Teils ihrer politischen Mannschaft über das Existenzrecht Israels als deutsche Staatsdoktrin und die inflationär mit dem Zentralrat der Juden als Kronzeugen abgehaltenen Alibiveranstaltungen für tote Juden sowie die schönen inhaltsleeren folkloristischen und fotogenen Israel-Falafel-Stand Events ändern nichts an der hier praktizierten Delegitimierung Israels und seiner Interessen.

Fortsetzung auf Seite 12 ▶▶

Der rote Faden der Trump'schen Außenpolitik

Wie der US-Präsident Bewegung in die internationale Diplomatie bringt

Von Daniel Greenfield

Es ist eigentlich nicht so kompliziert. Aber die Luftangriffe Trumps in Syrien haben eine neue Debatte eröffnet, worin seine Außenpolitik eigentlich bestehe. Ist er ein Interventionist oder ein Isolationist? Experten der Außenpolitik erklären ratlos, dass er seine Strategie jeden Tag neu erfinde.

Aber sie passen nicht auf.

Präsident Trumps Außenpolitik hat zwei konsistente Elemente. Von den Drohungen gegen Kim Jong-Un auf Twitter, über seine Entscheidung die Botschaft nach Jerusalem zu verlegen oder die Bombenangriffe auf Syrien – alle haben eines gemeinsam: Erst übt er Druck aus, dann klinkt er sich aus.

Und so funktioniert das Ganze:

Zuerst droht Trump der unnachgiebigsten und feindlichsten Seite in einem Konflikt. Danach zieht er die Vereinigten Staaten aus der Angelegenheit heraus, sodass die beiden involvierten Parteien selbst eine Lösung ausarbeiten können.

Nordkorea hat Jahrzehnte lang sein Atomprogramm benutzt, um seine Nachbarn und die Vereinigten Staaten zu bedrohen. Präsidenten der Vergangenheit hatten dem kommunistischen Regime 1,3 Milliarden Dollar gegeben, um zu verhindern, dass es ein Atomprogramm entwickelt. Diese Bestechungsgelder hatten ihr Ziel verfehlt und waren sogar ein Anreiz zum Start des Nuklearprogramms.

Atomwaffen sind das einzige, was Nordkorea von anderen gescheiterten kommunistischen Regimen unterscheidet.

Trump hat stattdessen Nord-Koreas Bluff aufgedeckt. Er ignorierte alle diplomatischen Ratschläge und machte das Regime lächerlich. Die Vereinigten Staaten haben keine Angst vor den Atomwaffen Nordkoreas, das war seine klare Botschaft. Die Experten schrien auf. Sie prophezeiten Kim Jong-Uns Wut über die Twitter-Drohungen und sagten einen Atomkrieg voraus.

Aber die Nordkoreaner knickten ein.

Das kommunistische Regime führte daraufhin Gespräche auf höchster Ebene mit den Vereinigten Staaten und Süd-Korea. Angeblich werde ein offizielles Ende des Krieges angekündigt. Das bedeutet vermutlich auf lange Sicht wenig, aber die Verantwortung für den Konflikt wird auf diese Weise von den Schultern der Vereinigten Staaten hin auf die Schultern der beiden Koreas verlegt.

Trump hat auf diese Weise mit ein paar Tweets mehr geschafft, als die vorhergehenden Regierungen mit Milliarden Dollars.

Mit seinem Instinkt verhandelnd führte der Realpolitik-Genius Trumps nicht zur Ideologie, sondern zum Kern der Verhandlungsstrategien des Gegners und dann ging er darauf ein, indem er den Grund entzog, den Deal nicht einzugehen.

Als Trump Nord-Koreas Bluff aufdeckte, wurde das scheinbar vorteilhafte Atomwaffenprogramm, was in der Vergangenheit dazu benutzt wurde, um Hilfe von möglichen Zielen zu erpressen, zu einer Verbindlichkeit, die in die Zerstörung münden könnte.

In Korea die selbe Taktik wie in Jerusalem

Das Gleiche hat Trump mit Jerusalem gemacht.

Die PLO hat sich geweigert, ein Abkommen mit Israel zu machen, weil ihre konstante Weigerung zu verhandeln sie dazu ermächtigte, höchste Ansprüche zu stellen. Je mehr die Verhandlungen sabotiert wurden, desto besser wurden die Angebote.

Die PLO hatte keine Atomwaffen, statt-



Kim Jong Un und der südkoreanische Präsident Moon Jae-in wären ohne Donald Trumps Druck auf den kommunistischen Diktator wahrscheinlich nicht so freundschaftlich zusammengelassen.

dessen war ihre Waffe der Wahl der Terrorismus. Und sie hat jahrzehntlang das gleiche Spiel wie Nordkorea gespielt. Verhandlungen wurden begonnen, Bezahlungen wurden gefordert, dann wurden die Verhandlungen sabotiert, es wurde mit Gewalt gedroht und am Ende konnte man noch höhere Forderungen stellen, um die Gewalt zu beenden.

Die PLO/PA wusste, dass sie den besten Deal machen konnte, indem sie keinen Deal machte.

Genau wie Nord-Korea machte Trump die PLO klein, indem er ihre Verhandlungsstrategie blockierte. Statt den Deal besser und besser werden zu lassen, zeigte Trump, dass er schlechter werden würde, indem Jerusalem vom Tisch genommen wurde.

Vorherige US-Regierungen hatten die PLO/PA für ihre Weigerung zu einem Abkommen belohnt, indem das Versprechen immer besser wurde. Dementgegen hat Trump gedroht, Jerusalem als den Hauptgewinn aus dem Abkommen zu nehmen. Dann warnte er die PLO, dass sie noch mehr von ihren Forderungen einbüßen werde, wenn die Terroristengruppe sich weiterhin weigerte ein Abkommen einzugehen.

Anders als Clinton, Bush und Obama überkompensierte Trump nicht die US-Israel-Beziehungen, indem er den jüdischen Staat dazu zwang, ein Abkommen mit der PLO zu machen, um als „ehrlicher Makler“ dazustehen. Stattdessen veränderte er die Beziehungen, um die Vereinigten Staaten aus dem Konflikt herauszuziehen.

Die USA aus der Abhängigkeit von der PLO befreit

Die Botschaft nach Jerusalem zu verlegen sandte das Signal aus, dass die US-Israel-Beziehungen nicht auf einem Abkommen mit der PLO gründeten. Es ist genau die gegenteilige Botschaft von Clinton, Bush und Obama.

Ihre alte versagende Diplomatie, die die US-Israel-Beziehungen von einem Abkommen mit der PLO abhängig machten, hatte den Terroristen Kontrolle über die US-Außenpolitik gegeben. Die USA und Israel wurden auf perverse Weise gezwungen, die Terroristen der PLO zu befrieden, um eine Beziehung miteinander aufrechtzuerhalten.

Trump nahm der PLO den Steuerknüppel aus der Hand. Und die Terroristengruppe wird immer isolierter.

Saudi-Arabien und seine Alliierten konzentrieren sich mehr auf den Iran als auf ihren alten Stellvertreterkrieg mit Israel. Und – momentan – lässt das der PLO wenig Verbündete. Wenn sie also kein Abkommen schließen, dann werden die Vereinigten

Staaten ihre Beziehung mit Israel wieder auf regionale Sicherheitsprobleme konzentrieren. Und die Saudis haben signalisiert, dass sie bereit sind, dasselbe zu tun. Damit würden sich alle Parteien aus dem Konflikt entfernen außer Israel und der PLO.

Trump hat die Süd-Koreaner entscheiden lassen, wie man mit dem Konflikt mit Nord-Korea umgehen soll. Das Gleiche hat er mit Israel getan.

Die Vereinigten Staaten werden Vorschläge machen, aber auf lange Sicht ist es das Ziel Amerikas, sich aus diesen Konflikten rauszuhalten. Und Trump tut dies, indem er die Vereinigten Staaten vom willigen Vermittler zu einem Rabauken mit einem großen Stock macht.

„Ihr wollt nicht, dass die Vereinigten Staaten sich einmischen.“

Er machte Kim Jong-Un deutlich, dass es für ihn wesentlich einfacher wäre, mit Südkorea zu verhandeln als mit Amerika. Und er machte es ziemlich deutlich, dass die PLO sich besser an Israel wenden sollte, als an ihre Freunde im Außenministerium. Die Botschaft ist: „Ihr wollt nicht, dass die Vereinigten Staaten sich einmischen.“

Frühere Präsidenten glaubten an die wesentliche Rolle der Vereinigten Staaten bei der Krisenlösung in jedem Konflikt. Präsident Trumps Amerika versucht als erste Maßnahme sein Eindringen in äußere Angelegenheiten zu begrenzen, ohne uns die Verantwortung zu entziehen, indem er sich so entschieden und aggressiv wie möglich gibt.

Er bricht jede Regel der zeitgenössischen Diplomatie. Aber er hat zahlreiche historische Vorgänger. Und die Strategie funktioniert.

Präsident Trump will sich aus Syrien zurückziehen. Aber er will dem Iran nicht einen weiteren Sieg in die Hände geben. Und er möchte nicht dass die Vereinigten Staaten in einen weiteren desaströsen Konflikt verstrickt werden.

Genau wie in Nordkorea und Israel sandte er eine entschiedene Botschaft der Stärke.

Trumps Vorgänger ließen die Macht der USA vergessen

Die Luftangriffe waren eine Erinnerung an seine Bereitschaft, Gewalt anzuwenden, wenn es sein muss, ganz im Gegensatz zu seinen Vorgängern. Aber genau wie Nord-Korea und Israel war das Kräfteessen nur ein Übergang zum Rückzug aus dem Konflikt.

Stattdessen möchte Trump eine „arabische Kraft“ einbeziehen, um Teile Syriens zu stabilisieren. Dies würde Iran schwach machen, Syrien zwischen den Schiiten und Sunniten aufteilen und den Konflikt

„arabisieren“, während Amerika sich daraus zurückziehen kann.

Die Drohung von mehr Luftschlägen würde den arabischen Mächten mehr Glaubwürdigkeit geben, ohne Amerika weiter zu involvieren.

Und die Bedrohung durch eine Sunniten-Araber-Macht würde Assad dazu zwingen, ein Abkommen zu schließen, das Irans Einfluss in Syrien begrenzen würde. Wenn Assad vollständige Kontrolle über Syrien wiedererlangen will, dann wird er ein Abkommen mit den Sunniten innerhalb und außerhalb seines Landes schließen müssen. Und das würde Irans Einfluss auf Syrien schmälern.

Die Debatte über chemische Waffen war nie das eigentliche Problem. Waffen dieser Art von Terroristenstaaten wie Syrien fernzuhalten ist gute Politik. Aber es gab einen viel größeren Rahmen.

Der Iran nutzte die Obama-Zeit aus, um seine Macht und seinen Einfluss auszuweiten. Trump will der iranischen Expansion Einhalt gebieten, während er Amerika so weit es geht aus dem Konflikt heraushalten will. Einmal mehr nutzt er ein Kräfteessen, um die lokalen Spieler zu mobilisieren, damit sie das Problem angehen, während er seine eigenen Pläne im Dunkel lässt.

Assads wichtigster Grund, das Abkommen bisher abzulehnen, war, dass die Unterstützung durch den Iran ihn siegreich aus dem Konflikt hervorgehen lassen würde. Iran und Hisbollah hatten einen hohen Preis dafür bezahlt, in Syrien zu gewinnen. Aber sie standen ohne Zweifel auf der Seite der Gewinner. Das einzige, was die Lage hätte ändern können, war ein direkter amerikanischer Eingriff. Und Trump wollte, dass Assad genau davor Angst hat.

Trump bot Assad so die Regierung seines Landes an. Um diese aber zu erlangen, hätte er seinen wichtigsten Partner verlassen müssen.

Als Trump sein Amt antrat, waren die zwei Optionen die sunnitischen Dschihadisten zu bewaffnen, oder die iranischen schiitischen Dschihadisten gewinnen zu lassen. Stattdessen hat Trump eine dritte Lösung erfunden. Entweder geht der Krieg weiter, oder ein Abkommen wird erzwungen.

Entweder wird der Konflikt weitergehen – dann aber mit minimalem amerikanischem Einfluss – oder Assad wird mit dem Iran brechen.

Keine dieser Optionen ist ideal. Aber es gibt dabei keine guten Lösungen. Weder in Nord-Korea, noch in Israel oder Syrien. Die Nordkoreaner und die PLO werden nicht umkehren. Syrien (wie der Irak) wird durch die sich bekämpfenden islamischen Sekten getrennt bleiben. Keines dieser Probleme wird auf dem Schreibtisch mit einem Abkommen gelöst werden. Und Trump versteht das.

Trump ist zu sehr an einem Deal interessiert, als an die unbegrenzten Versprechen der Diplomatie zu glauben. Er weiß, dass es Kapitalanlagen braucht, nicht nur um einen Deal zu machen, sondern auch um ihn bestehen zu lassen. Und er glaubt nicht, dass die Vereinigten Staaten ein Abkommen machen können, wenn einer der involvierten Parteien dieses Abkommen nicht möchte.

Trumps Kunst des internationalen Deals identifiziert die Hindernisse der vorherigen Abkommen, durchbricht sie, gibt lokalen Mächten die Kontrolle zurück und vertraut die Problemlösung ihnen an.

Obamas Leute nannten dessen versagende Diplomatie „smart power.“ Trumps Diplomatie sollten sie „Deal power“ nennen.

Ägypten befiehlt Ende der Gaza-Grenzunruhen – Hamas gehorcht sofort

Die gewaltsamen Angriffe auf die israelische Grenze waren keine "Volkserhebung"



Von Ulrich W. Sahn

Der ägyptische Präsident Sisi

Am Montag, auf dem Höhepunkt der Konfrontationen an der Grenze zwischen dem Gazastreifen und Israel, als am Abend die „Palästinenser“ etwa 60 Tote und über tausend Verletzte meldeten, wurde der Hamas-Führer Ismail Haniye zu einem dringenden Besuch nach Kairo „eingeladen“. Der ägyptische Geheimdienst hatte ihn gerufen. Beim Grenzübergang in Rafah stand sogar ein Hubschrauber bereit. Dieser brachte ihn unverzüglich nach Kairo. „Palästinensische“ Medien behaupteten, dass die Ägypter dem früheren Hamaschef einen „roten Teppich“ ausgerollt hätten.

Doch inzwischen stellt sich heraus, dass der ägyptische Geheimdienst den Hamaschef in Kairo „erniedrigt, gedemütigt und bedrängt“ hätte. Israelische Medien berichteten, dass die Ägypter den Hamas-Führer ultimativ aufgefordert hätten, die Konfrontationen mit den Israelis zu stoppen. Sie drohten ihm, keinen Finger zu rühren, falls Israel die Hamas-Leitung abschieße, „einen nach dem Anderen“.

Wie die ägyptische Zeitung „Al Akhbar“ meldete, sei Haniye angeboten worden, dass Ägypten den Grenzübergang in Rafah öffnen werde, aber nur unter der Bedingung, dass die Hamas den „Rückkehrmarsch“ sofort stoppt. Die vermeintlich „friedlichen“ und „spontanen“ Proteste würden andernfalls zu einem „umfassenden Militärkonflikt mit Israel führen“, hieß es weiter in „Al Akhbar“.

Die Zeitung „Israel Hayom“ berichtete, dass der ägyptische Geheimdienst Haniye vorgeladen habe, nachdem die Israelis „Beweise“ dafür geliefert hät-

ten, wie die Hamas-Organisation die Bewohner des Gazastreifens gezwungen habe, sich zum Grenzzaun zu begeben und an den gewalttätigen Protesten zu beteiligen. Die Hamas habe dafür Familien Bargeld angeboten. Das haben die Israelis unter anderem von einem „Palästinenser“ erfahren, der verhaftet worden war, nachdem er am Grenzzaun eine Bombe gelegt hatte.

Die Ägypter befürchteten eine „unkontrollierte Anarchie“ im Gazastreifen so der Bericht. Zudem halte Kairo die Hamas (und nicht Israel) verantwortlich für die vielen Toten bei den Unruhen. Ein ägyptischer Offizieller habe gesagt: „Haniye kam innerhalb von einer Stunde nach Kairo, in Begleitung von zwei Leibwächtern. Ein Hubschrauber hat sie auf schnellstem Weg nach Kairo gebracht. Das war keineswegs als Ehrung für Haniye gedacht. Es erwartete ihn sehr viel Wut.“ Erst musste Haniye vor dem Gebäude warten, was peinlich war. Im Gebäude konnte man dann laute Schreie hören, die Haniye schweigend über sich ergehen ließ. Die Ägypter hätten ihm lautstark vorgeworfen, das Blut der toten „Palästinenser“ vergossen zu haben. Sie zeigten Haniye Fotos von Hamas-Aktivisten, wie sie jungen Leuten und Familien zehntausende Dollars zahlten, um am Grenzzaun zu sterben. „Die Geschichte wird ihnen nicht verzeihen für soviel sinnlose Tote bei den Unruhen“, wurden die ägyptischen Offiziellen weiter zitiert. Mit der Warnung, dass Israel die Hamas-Spitze ausradieren werde, wurde Haniye wieder heimgeschickt. Ob diese in den israelischen Medien verbreiteten Berichte sich tatsächlich

genau so zugetragen haben, lässt sich nicht nachprüfen.

Am Dienstag herrschte weitgehend Ruhe

Tatsache ist aber, dass ausgerechnet am Dienstag, dem sogenannten Nakba-Tag, als der Staat Israel vor 70 Jahren ausgerufen worden war, weitgehend Ruhe am Grenzzaun herrschte. Ursprünglich hatte die Hamas für diesen Tag einen „Marsch der Millionen“ angekündigt, um mit Frauen und Kindern die Grenze nach Israel zu stürmen.

Ohne jede zusätzlich Erklärung hieß es in europäischen Medien wie der NZZ, dass ausgerechnet am Dienstag die Minarette bei den Moscheen geschwiegen hätten, während sie in den Tagen zuvor die Menschen angetrieben hätten, sich an den Protesten zu beteiligen.

Im Vergleich zu über 60 Toten allein am Montag meldete das Hamas-Gesundheitsministerium am Dienstag „nur“ 2 Tote und wenige hundert Demonstranten. An den Tagen zuvor waren es teilweise Zehntausende.

Der israelische Militärsprecher veröffentlichte derweil gefilmte „Beweise“ für Waffen im Besitz der „friedlichen“ Demonstranten, Zerstörungen am Grenzzaun und Bomben. Ebenso wurden wieder mehrere Brände auf der israelischen Seite gemeldet. Wälder, Felder und Heu wurden entzündet durch Drachen mit Molotowcocktails, die mit dem Wind nach Israel geschwebt waren. Angeblich haben die Israelis in aller Eile Drohnen entwickelt mit messerscharfen Flügeln, mit denen die Hal-

tekabel der Drachen durchgeschnitten wurden, damit sie mitsamt ihrer brennenden Fracht noch im Gazastreifen abstürzen.

Spontane Volkserhebung? Von wegen!

Weiter heisst es in israelischen und arabischen Medien, dass von den 62 getöteten „Palästinensern“ etwa 50 als Hamas-Kämpfer oder Aktivisten gewesen seien. Die Hamas im Gazastreifen ehrt ihre „Märtyrer“ mit Namen, Rang und anderen Beschreibungen auf ihren Internetseiten. Dieses allein bestätigt, dass nicht nur „unschuldige Zivilisten“ an der Grenze protestieren. Die plötzlich eingekehrte Ruhe deutet darauf hin, dass die scharfen Warnungen der Ägypter unerwartet schnell Wirkung gezeigt haben und dass die Hamas-Organisation zuvor die Demonstrationen straff organisierte und lenkte. Wie sonst lässt sich erklären, dass die vermeintlich so „spontanen“ ausgerechnet stoppten, als der größte Protest stattfinden sollte?

Derweil veröffentlichte die Hamas im Internet per Video Aufrufe an die Bewohner der grenznahen Ortschaften in Israel, unverzüglich ihre Häuser zu verlassen und sich in Sicherheit zu bringen. „Die Drachen mit den Brandsätzen sind nur die Spitze des Eisbergs. Wer zurückbleibt, trägt alle Verantwortung für die Folgen. Denn wir werden die Grenze durchbrechen, Eure Städte erreichen und dann nicht mehr alleine sterben.“

Am Mittwoch waren die Unruhen entlang der Grenze wie durch ein Wunder völlig aus den Schlagzeilen verschwunden.

Marokko bricht diplomatische Beziehungen zum Iran ab

Die Iran-Marionette Hisb'Allah traf sich in Algerien mit anti-marokkanischen Rebellen

Von Stefan Frank

Marokko beendet die diplomatischen Beziehungen zum Iran. Dies sagte der Außenminister des nordafrikanischen Landes, Nasser Bourita, der Deutschen Presse-Agentur (DPA) in der Hauptstadt Rabat. Das Königreich wirft dem Iran vor, über die von Teheran gesteuerte Hisbollah-Miliz und die iranische Botschaft in der algerischen Hauptstadt Algier Waffen an die Polisario-Rebellen in der Westsahara zu liefern.

Die Westsahara liegt zwischen Marokko und Mauretanien am Atlantik. Die Guerillagruppe Frente Polisario kämpft dort seit 1973 für die Souveränität des von Marokko besetzten Gebiets. Seit 1991 gibt es einen Waffenstillstand zwischen den Konfliktparteien.

Treffen mit der Hisbollah in Algerien

Marokko, so Bourita, habe Beweise, die zeigten, dass sich hochrangige Vertreter der Hisbollah und der Polisario mehrfach in Flüchtlingslagern in Algerien getroffen hätten. Arrangiert worden seien die Treffen von einem iranischen Diplomaten. Polisario und Hisbollah hätten ihre Zusammenarbeit verstärkt, nachdem die marokkanischen Behörden im letzten Jahr den libanesischen Geschäftsmann Kassim Tajeddine festgenommen haben, der beschuldigt wird, Finanzgeschäfte und Geldwäsche für die Hisbollah abgewickelt zu haben.

Der Iran wies die Anschuldigungen als „völlig haltlos“ zurück; er respektiere die Souveränität anderer Staaten. „Eines der Prinzipien der iranischen Außenpolitik ist die Anerkennung der Souveränität und territorialen Integrität von Ländern und der Nichteinmischung in deren innere Angelegenheiten“, sagte Bahram Ghassemi, ein Sprecher des Außenministeriums.

Auch Algerien reagierte ungehalten auf die Anschuldigungen und zitierte am Mittwoch den marokkanischen Gesandten ins Außenministerium. Ein Sprecher des marokkanischen Außenministers kommentierte dies mit den Worten, Marokko verstehe „Algeriens Verlegenheit, sein Bedürfnis, Solidarität mit seinen Verbündeten, der Hisbollah, dem Iran und der Polisario, auszudrücken und zu versuchen, seine geheime Rolle bei dieser Aktion gegen die nationale Sicherheit des Königreichs zu leugnen“. Marokko aber besitze „präzise Daten, und handfeste Beweise, die die Unterstützung der Hisbollah für Poli-



Die iranische Botschaft in Marokko wird wohl in Kürze schließen.

sario und die Mitwisserschaft Irans“ belegten.

Faustschlag unter Diplomaten

Die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarländern sind, von gelegentlichen Tauwetterperioden abgesehen, seit jeher angespannt, die Landgrenze ist seit 1994 geschlossen. Bei einem Treffen des UNO-Komitees zur Dekolonialisierung, das im Mai letzten Jahres in der Karibik stattfand, streckte Soufiane Mimouni, der Generaldirektor des algerischen Außenministers, den marokkanischen Diplomaten Mohamed Khamlichi mit einem Faustschlag zu Boden.

Zum Iran unterhielt Marokko früher gute Beziehungen – bis 1979. Seit der Machtübernahme Ajatollah Khomeinis ist das Verhältnis beider Staaten zumeist schlecht. 1981 brach der Iran die diplomatischen Beziehungen zu Marokko ab, nachdem der marokkanische König Hassan II. dem ins Exil gezwungenen Schah Mohammad Reza Pahlavi Asyl gewährt hatte. Während des Iranisch-Irakischen Kriegs der 1980er Jahre stand Marokko auf der Seite des Irak. 1991 erneuerten

Marokko und der Iran ihre diplomatischen Beziehungen. 2001 reiste der marokkanische Ministerpräsident Abdurrahman Yossoufi nach Teheran, traf den religiösen Führer Ajatollah Khamenei und unterzeichnete Handelsverträge und andere bilaterale Abkommen. 2009 brach Marokko die Beziehungen wieder ab. Der Auslöser der neuerlichen diplomatischen Krise war die Äußerung eines Beraters von Ajatollah Ali Khamenei, Ali Akbar Nateq-Nouri. Dieser hatte gesagt, Bahrain sei die „14. Provinz des Iran“, auf die der Schah leichtfertig zu Gunsten der Briten verzichtet habe. Dies wurde in Marokko als Hegemonieanspruch des Iran auf arabisches Land verstanden. Zudem beschwerte sich Marokkos Regierung darüber, dass der Iran in Marokko über von ihm gesteuerte Kulturzentren den Schia-Islam verbreite.

Geplante Anschläge auf marokkanische Juden

Im Februar 2008 hatte der marokkanische Inlandsgeheimdienst 25 Mitglieder einer Zelle festgenommen, die unter der Führung von Abdelkadir Belliraj,

einem Mann mit marokkanischer und belgischer Staatsbürgerschaft gestanden haben und Anschläge auf Ministerien, Armeeoffiziere und Angehörige von Marokkos kleiner jüdischer Minderheit geplant haben soll. Dabei wurde ein großes Waffenarsenal gefunden. Ebenfalls verhaftet wurde Abdel Hafiz al-Saryati, ein Mitarbeiter von Al-Manar, dem Satellitenfernsehsender der Hisbollah. Marokkos Innenminister Chakib Benmoussa behauptete, die Verhafteten hätten im Libanon eine Ausbildung durch die Hisbollah erhalten. Belliraj wurde zu lebenslanger Haft verurteilt.

Im Februar 2014 stellten Marokko und der Iran die diplomatischen Beziehungen wieder her, und im Dezember 2016 schickte Marokko seinen Botschafter nach Teheran zurück. Für erneute Spannungen in dieser Zeit sorgte ein Dossier des südafrikanischen Geheimdienstes NIA, das 2015 an die Öffentlichkeit gelangte. Darin wurde die Spionagetätigkeit iranischer Dienste in Afrika beschrieben, die diese unter dem Deckmantel von Kulturvereinen oder Wirtschaftsunternehmen, etwa der Teppichindustrie, ausübten. In einem Satz hieß es: „Der iranische Einfluss ist beschränkt auf Gebiete mit beträchtlichen schiitischen Gemeinden: Tansania, Sansibar, Äthiopien, Nigeria, Marokko, Senegal, Mauretanien, Niger und Guinea.“ Marokkanische Zeitungen berichteten darüber (was in dem Land, in dem Zensur herrscht, sicherlich nicht ohne Billigung der Regierung geschehen wäre).

Die Arabische Liga bekundete unterdessen ihre Unterstützung für Marokko. Ein Sprecher von Generalsekretär Mahmoud Afifi sagte am Mittwochabend, die Arabische Liga verurteile Irans „Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Marokko und anderen arabischen Ländern“. Angesichts von „Irans Strategie, die darauf zielt, Chaos und Instabilität in der Region zu verbreiten“, dürften die arabischen Nationen nicht untätig bleiben.

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

**DANN HABEN WIR EIN
TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!**

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Donald Trump tut das Richtige

Ausstieg aus dem Iran-Abkommen: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende

Von Markus Somm (Basler Zeitung)

In den meisten europäischen Medien und an den meisten europäischen Regierungssitzen ist der Entscheid des amerikanischen Präsidenten Donald Trump, die USA aus dem sogenannten Iran-Deal zurückzuziehen, auf gnadenlose Kritik gestoßen – man warf dem ungeliebten Bewohner des Weißen Hauses vor, isolationistisch zu handeln, den Frieden zu gefährden, die Europäer dem Krieg auszusetzen, ja der „Spiegel“, ein deutsches Nachrichtenmagazin, das zugebenermaßen rasch zur Hysterie neigt, sprach gar von der größten Krise des europäisch-amerikanischen Verhältnisses seit dem Zweiten Weltkrieg.

Völlig abgesehen vom Inhaltlichen ist allein schon diese Geschlossenheit der europäischen Publizisten und Politiker irritierend, in Amerika, wo Trump bei der Hälfte der Bevölkerung kaum populärer sein dürfte als in Europa, wird über eine Frage wie den Iran-Deal immerhin noch offen und kontrovers debattiert. Man liest Artikel von linksliberalen Journalisten, die wie ihre Kollegen vom „Spiegel“ oder vom britischen „Guardian“ Gift und Galle verspritzen, man findet aber auch zustimmende Texte, man sieht oder hört am Fernsehen und in Podcasts auch brillante, aber konservative Leute, die Trump loben oder zumindest erkennen lassen, dass man auch mit vernünftigen Argumenten, dass auch intelligente Menschen dem Entscheid von Trump viel Gutes abzugewinnen vermögen. Mit anderen Worten, dort in Amerika herrscht Demokratie, doch in Europa?

Konsens der Selbstzufriedenen

Hier haben sich insbesondere die politischen, publizistischen und administrativen Eliten geradezu eingemauert in einer Festung des unwiderlegbaren Konsenses, wonach eigentlich alles, was in den vergangenen 20 Jahren von diesen Eliten vollbracht oder kommentierend verlangt worden ist, richtig war, nein, einen Erfolg darstellt. Multikulturelle Gesellschaft und faktisch unkontrollierte Immigration? Ein Erfolg. Energiewende und Klimapolitik: eine Meisterleistung. Europäische Integration und Euro: nicht so erfolglos, wie leider von ganz wenigen Vertretern der politischen Höhlenbewohner behauptet. Umgang mit den Diktatoren und Verrückten dieser Welt, heißen sie nun Iran, Putin, Erdogan oder Kim Jong-un: Was anderes als der Dialog blieb uns übrig? Auch das unter dem Strich also nur ein Erfolg. Es ist ein Konsens entstanden, der vor Selbstzufriedenheit zu strotzen scheint, wo aber bei näherem Hinsehen sich Panik verbirgt: die Panik des nackten Kaisers, der wie im Märchen von Hans Christian Andersen durch die Menschenmassen stolziert, immer in Angst, dass am Ende eben doch verraten wird, was allen so deutlich in die Augen fällt: dass er nackt ist. Wo ist das Kind, das dies ausspricht? Vielleicht heißt es Donald Trump.

Genauso nackt, im Klartext: bescheiden sind nämlich die Erfolge, die zu bewahren um jeden Preis sich diese Eliten anstrengen.

Obamas Entzauberung

John Kerry, der wohl wirkungsloseste Außenminister, den die Vereinigten Staat je besessen haben, tat einem fast leid, wenn man ihm zuhörte, wie er im Fernsehen darum kämpfte, seine Erfolglosigkeit zu einer historischen Errungenschaft umzudeuten. Kerry war maßgeblich am Aushandeln des Iran-Abkommens beteiligt, mit dem die USA, Frankreich, Deutschland, Russland,



Emmanuel Macron wollte wie die meisten EU-Politiker am Iran-Abkommen festhalten – doch Donald Trump hielt an seinem Kurs fest.

Großbritannien, China und die EU im Jahr 2015 versucht hatten, Irans Drang nach der Atombombe zu zügeln. Für Trumps Vorgänger, Barack Obama, bedeutete dieser Deal alles in dieser Welt, er hielt ihn für eine seiner größten Taten, wie er jetzt erneut durchblicken ließ, als er – ungewöhnlich für einen ehemaligen Präsidenten – seinen Nachfolger Trump öffentlich dafür tadelte, dass die USA sich von diesem Abkommen verabschiedeten. Wie viele Kommentatoren stellte er den Deal als einzige rationale Option dar, als der Weisheit letzter Schluss, als beste Lösung, zu der es keine Alternative gebe, als unwiderstehliches Resultat langjähriger Bemühungen von begabten, versierten und erfahrenen Menschen. Dass Obama es nicht einmal fertiggebracht hatte, eine Mehrheit des Senats für seinen Ausgleich mit den bärtigen Diktatoren in Iran zu gewinnen, verschwiegen er und seine Anhänger geflissentlich. Weil Obama keine Aussicht auf eine Mehrheit hatte, weil selbst in seiner demokratischen Partei

nationalen Experten militärische Anlagen nicht begutachten – was, wenn man länger darüber nachdenkt, geradezu wie ein Witz anmutet. Wenn eine Militärmacht Atomwaffen entwickelt und lagert, wo sonst als im militärischen Sperrbezirk? Vor wenigen Tagen hatte die israelische Regierung umfangreiche Dokumente vorgelegt, die der israelische Geheimdienst auf beeindruckende Art und Weise in Iran entwendet hatte. Diese belegten zweifelsfrei, wie lange Iran sich darum bemüht hatte, eine eigene Atombombe zu bauen – gewiss, die Dokumente stammten aus einer Zeit vor Abschluss des Abkommens, doch das macht es nicht besser, denn in jenen fraglichen Jahren hatte Iran ständig behauptet, gar keine Atombombe zu planen. Warum sollte man einem autoritären Regime jetzt trauen, das jahrzehntelang und offiziell und auf sämtlichen Kanälen gelogen hatte?

Offensichtlich hat Iran alle relevanten Informationen für den Bau einer Atombombe bloß archiviert, um sein Atomwaf-

nutzte Iran seine Zeit gut. Dank dem Abkommen, das die Wirtschaftssanktionen gegen Iran aufhob, flossen dem Land in den vergangenen Jahren substanzielle Beträge zu, unter anderem rund 100 Milliarden Dollar, die Iran zwar gehörten, aber worauf das Land keinen Zugriff mehr hatte, solange wegen der Sanktionen alle iranischen Konten im Ausland eingefroren blieben. Ebenso wurde Iran in die Lage versetzt, seine Ölexporte und damit seine Einnahmen wesentlich zu steigern. Mit anderen Worten, das Abkommen hätte Iran beste Chancen der wirtschaftlichen Erholung eröffnet – doch was macht eine Diktatur, wenn sie unverhofft zu Geld kommt? Die Erfahrung lehrt, dass selten deren Bürger daraus Nutzen ziehen – und im Fall von Iran geschah es nicht anders. Statt den Aufbau der heimischen Wirtschaft zu fördern, investierten die Mullahs nun erst recht in ihr Militär: Es wurden Raketen entwickelt, es wurden zahllose Waffen eingekauft, vor allem finanzierte Iran noch großzügiger die zahlreichen ausländischen Terrorgruppen, die schon vorher in der Region ihr Unheil anrichteten. Inzwischen hat Iran im Nahen Osten geradezu imperiale Ambitionen entwickelt und bedroht so gut wie jeden Nachbarn, nicht bloß den Erzfeind Israel, den man nach wie vor offiziell vernichten will, sondern eben auch manchen arabischen Staat wie Saudi-Arabien oder Ägypten, weswegen sich im Nahen Osten eine einzigartige Allianz zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn gegen Iran ergeben hat. Offen wird das nicht allzu intensiv kommuniziert, faktisch ist es aber der Fall. Iran fürchtet sich so gut wie jedermann. Iran wütet in Syrien, in Libanon, in Jemen; Iran ist überall.

All das war möglich, weil das Abkommen Iran wirtschaftlich deutlich entlastete, ohne dass man dem Land vorgeschrieben hätte, wie es das viele Geld, das ihm zuströmte, verwenden durfte. Das Abkommen ermöglichte es den Iranern, den halben Nahen Osten in die Luft zu sprengen, sodass Trump nichts anderes übrig blieb, als das Abkommen in die Luft zu sprengen.

Gibt es Krieg? Das ist die falsche Frage. Diesen gibt es schon lange. Jetzt hat der Westen die besseren Karten, ihn auch zu gewinnen.

„ Vor allen Dingen durften die internationalen Experten militärische Anlagen nicht begutachten – was, wenn man länger darüber nachdenkt, geradezu wie ein Witz anmutet. “

mit Widerstand zu rechnen gewesen war, legte er den Iran-Deal dem Senat einfach nicht zur Ratifizierung vor, er wurde daher nie verbindlich und Gesetz, weswegen es Donald Trump nun auch so leicht fiel, ihn mit einem Federstrich zu kündigen.

Ohne Zweifel war es kein guter Deal. Ob es gar der miserabelste aller Zeiten war, wie Trump in typisch Trump'scher Diktion behauptete, ist eine Frage des Geschmacks. Zwar konnten die Inspektoren der UNO Iran regelmäßig daraufhin überprüfen, ob das Land sein Atomprogramm wirklich aufgegeben hatte, doch musste sich die UNO sehr viele Auflagen gefallen lassen, was den Wert dieser Besuche stark beeinträchtigte. Faktisch bis zu 24 Tage vor einer Inspektion waren die Iraner darauf vorzubereiten, sodass sie stets Zeit genug erhielten, um Verdächtiges wegzuschaffen, falls das nötig gewesen wäre. Wir wissen es nicht. Vor allen Dingen durften die inter-

fenprogramm von einem Tag auf den anderen wieder aufnehmen zu können – was das Abkommen Iran in fünfzehn Jahren ja auch explizit erlaubt hätte. Darin lag die größte Schwäche von Obamas Deal. Faktisch handelte es sich um eine Kapitulation: Man gestand Iran zu, eine Atommacht zu werden, wenn nicht heute, dann halt morgen. Man bat lediglich um etwas Geduld. Was alles ein bisschen an die Prinzipien der antiautoritären Kindererziehung erinnerte: Einem ungezogenen Knaben, der seinen kleinen Bruder verprügeln möchte, wird das heute verboten, um ihm gleichzeitig zuzusichern, dafür in zwei Wochen die Schwester vermöbeln zu dürfen. Gewiss, man gewann Zeit, aber Zeit wozu? Tatsächlich verlor man alles andere.

Imperialer Iran

Während die Großmächte sich damit begnügen, auf bessere Zeiten zu hoffen,

Veröffentlicht mit freundlicher Genehmigung der Basler Zeitung.

Der US-Präsident zur Kündigung des Iranabkommens

Der Text im Wortlaut

Von „Die Achse des Guten“

Meine amerikanischen Mitbürger,

Heute möchte ich die Welt über unsere Bemühungen informieren, den Iran am Erlangen einer Atomwaffe zu hindern.

Das iranische Regime ist der führende staatliche Sponsor des Terrors. Es exportiert gefährliche Raketen, schürt Konflikte im gesamten Nahen Osten und unterstützt terroristische Vertreter und Milizen wie die Hisbollah, die Hamas, die Taliban und die El-Kaida.

Im Laufe der Jahre haben der Iran und seine Vertreter amerikanische Botschaften und Militäreinrichtungen bombardiert, hunderte von amerikanischen Soldaten ermordet und amerikanische Bürger entführt, inhaftiert und gefoltert.

Das iranische Regime hat seine lange Schreckensherrschaft aus Chaos und Terror finanziert, indem es den Reichtum seines eigenen Volkes geplündert hat.

Keine Maßnahme des Regimes war gefährlicher als das Streben nach Atomwaffen und den Mitteln zu ihrer Anwendung.

Im Jahr 2015 schloss sich die frühere Regierung mit anderen Nationen zu einem Abkommen über das iranische Atomprogramm zusammen. Diese Vereinbarung wurde als „Joint Comprehensive Plan of Action“ oder J.C.P.O.A. bezeichnet.

Theoretisch sollte der sogenannte „Iran-Deal“ die Vereinigten Staaten und unsere Verbündeten vor dem Wahnsinn einer iranischen Atombombe schützen, einer Waffe, die nur das Überleben des iranischen Regimes sichern wird.

Tatsächlich erlaubte das Abkommen dem Iran, die Anreicherung von Uran fortzusetzen und – im Laufe der Zeit – an den Rand einer nuklearen Anwendung zu gelangen.

Das Abkommen hob lähmende Wirtschaftssanktionen gegen den Iran im Austausch für sehr schwache Grenzen der nuklearen Aktivitäten des Regimes auf – und setzte keine Grenzen für sein anderes böses Verhalten, einschließlich seiner finsternen Aktivitäten in Syrien, im Jemen und an anderen Orten auf der ganzen Welt.

Mit anderen Worten, zu dem Zeitpunkt, als die Vereinigten Staaten die größtmögliche Hebelwirkung hatten, gab dieses katastrophale Geschäft diesem Regime – und es ist ein Regime des großen Terrors – viele Milliarden Dollar, einige davon in bar – eine große Peinlichkeit für mich als Bürger und für alle Bürger der Vereinigten Staaten.

Ein konstruktiver Deal hätte damals leicht zustande gebracht werden können, aber er wurde es nicht.

Die Fiktion vom friedlichen Kernenergieprogramm

Im Mittelpunkt des Iran-Deals stand eine riesige Fiktion: Dass ein mörderisches Regime nur ein friedliches Kernenergieprogramm wünschte.

Heute haben wir den endgültigen Beweis, dass dieses iranische Versprechen eine Lüge war. Letzte Woche veröffentlichte Israel Geheimdienst Dokumente, die das iranische Regime und seine Geschichte der Verfolgung von Atomwaffen schlüssig darstellen.

Tatsache ist, dies war ein schrecklicher, einseitiger Deal, der niemals hätte gemacht werden dürfen. Er brachte keine Ruhe, er brachte keinen Frieden, und das wird er auch nie.



Tänzer bei Feierlichkeiten anlässlich des Jahrestages des iranischen Atom-Programms.

In den Jahren seit dem Abschluss des Abkommens ist der Militärhaushalt des Iran um fast 40 Prozent gewachsen – während es seiner Wirtschaft sehr schlecht geht. Nachdem die Sanktionen aufgehoben wurden, setzte die Diktatur ihre neuen Mittel ein, um nukleare Träger-Raketen zu bauen, den Terrorismus zu unterstützen und Verwüstungen im gesamten Nahen Osten und darüber hinaus zu verursachen.

Das Abkommen wurde so schlecht ausgehandelt, dass das Regime, selbst wenn der Iran es vollständig einhält, in kurzer Zeit immer noch am Rande einer nuklearen Anwendung stehen kann. Die Sunset-Bestimmungen des Deals sind völlig inakzeptabel.

Wenn ich diesen Deal aufrechterhalten würde, gäbe es bald ein nukleares Wettrüsten im Nahen Osten. Jeder wür-

Ambitionen des Iran nur noch unverschämter geworden. Angesichts dieser eklatanten Mängel habe ich im vergangenen Oktober angekündigt, dass das Iran-Abkommen entweder neu verhandelt oder beendet werden muss.

Drei Monate später, am 12. Januar, wiederholte ich diese Bedingungen. Ich habe klargestellt, dass die Vereinigten Staaten nicht mehr Vertragspartei des Abkommens sein werden, wenn das Abkommen nicht korrigiert werden kann.

In den letzten Monaten haben wir uns intensiv mit unseren Verbündeten und Partnern auf der ganzen Welt, darunter Frankreich, Deutschland und Großbritannien, auseinandergesetzt. Wir haben uns auch mit unseren Freunden aus dem gesamten Nahen Osten beraten. Wir sind uns einig in unserem Verständnis der Bedrohung und in un-

„ In den Jahren seit dem Abschluss des Abkommens ist der Militärhaushalt des Iran um fast 40 Prozent gewachsen – während es seiner Wirtschaft sehr schlecht geht.“

de wollen, dass seine Waffen bereit sind, wenn der Iran seine hat.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Inspektionsbestimmungen des Deals keine angemessenen Mechanismen zur Verhinderung, Aufdeckung und Bestrafung von Betrug bieten und nicht einmal das uneingeschränkte Recht haben, viele wichtige Orte, einschließlich militärischer Einrichtungen, zu inspizieren. Nicht nur, dass das Abkommen die nuklearen Ambitionen des Iran nicht aufhält, sondern auch die Entwicklung von ballistischen Raketen, die nukleare Sprengköpfe tragen könnten, nicht anspricht.

Schlussendlich ist das Abkommen nicht geeignet, die destabilisierenden Aktivitäten des Iran, einschließlich seiner Unterstützung für den Terrorismus, einzuschränken.

Seit dem Abkommen sind die blutigen

serer Überzeugung, dass der Iran niemals eine Atomwaffe zur Verfügung haben darf.

Nach diesen Konsultationen ist mir klar, dass wir eine iranische Atombombe unter der zerfallenden und faulen Struktur des derzeitigen Abkommens nicht verhindern können. Der Iran-Deal ist im Kern fehlerhaft. Wenn wir nichts tun, wissen wir genau, was passieren wird. In kurzer Zeit steht der weltweit führende staatliche Terrorsponsor an der Schwelle zum Erwerb der gefährlichsten Waffen der Welt.

Deshalb kündige ich heute an, dass sich die Vereinigten Staaten aus dem Atomabkommen mit dem Iran zurückziehen werden.

In wenigen Augenblicken werde ich ein Memorandum des Präsidenten unterzeichnen, um mit der Wiedereinführung der Nuklearsanktionen der USA

gegen das iranische Regime zu beginnen. Wir werden die höchste Stufe wirtschaftlicher Sanktionen einführen. Jede Nation, die dem Iran bei der Suche nach Atomwaffen hilft, könnte auch von den Vereinigten Staaten stark sanktioniert werden.

„Death to America!“

Amerika wird nicht als Geisel der nuklearen Erpressung genommen werden können. Wir werden nicht zulassen, dass amerikanische Städte von Zerstörung bedroht werden. Und wir werden nicht zulassen, dass ein Regime, das „Death to America“ singt, Zugang zu den tödlichsten Waffen der Welt erhält.

Die heutige Aktion sendet eine kritische Botschaft aus. Die Vereinigten Staaten machen keine leeren Drohungen mehr. Wenn ich Versprechungen mache, halte ich sie. Tatsächlich ist Minister Pompeo gerade auf dem Weg nach Nordkorea, um mein bevorstehendes Treffen mit Kim Jong-Un vorzubereiten. Pläne werden gemacht, Beziehungen werden aufgebaut. Hoffentlich wird eine Einigung erzielt, und mit Hilfe von China, Südkorea und Japan kann eine Zukunft von großem Wohlstand und Sicherheit für alle erreicht werden.

Wenn wir aus dem Iran-Geschäft aussteigen, werden wir mit unseren Verbündeten zusammenarbeiten, um eine wirkliche, umfassende und dauerhafte Lösung für die nukleare Bedrohung durch den Iran zu finden. Dazu gehören Bemühungen, die Bedrohung durch das Raketenprogramm des Iran zu beseitigen, seine terroristischen Aktivitäten weltweit zu stoppen und seine bedrohlichen Aktivitäten im gesamten Nahen Osten zu blockieren.

In der Zwischenzeit entfalten auch mächtige Sanktionen ihre volle Wirkung. Wenn das Regime seine nuklearen Bestrebungen fortsetzt, wird es größere Probleme als je zuvor haben. Abschließend möchte ich dem leidenden iranischen Volk eine Botschaft übermitteln.

Das amerikanische Volk steht zu Ihnen.

Es ist nun fast 40 Jahre her, dass diese Diktatur die Macht ergriffen und eine stolze Nation als Geisel genommen hat. Die meisten der 80 Millionen iranischen Bürger haben leider nie einen Iran gekannt, der in Frieden mit seinen Nachbarn gedieh und die Bewunderung der Welt beherrschte.

Aber die Zukunft des Iran gehört seinem Volk. Sie sind die rechtmäßigen Erben einer reichen Kultur und eines alten Landes, und sie verdienen eine Nation, die ihren Träumen gerecht wird, ihre Geschichte ehrt und Gott Ehre macht.

Die iranische Führung wird natürlich sagen, dass sie sich weigert, ein neues Abkommen auszuhandeln. Sie weigern sich, und das ist in Ordnung. Ich würde wahrscheinlich dasselbe sagen, wenn ich in ihrer Position wäre. Aber Tatsache ist, dass sie ein neues und dauerhaftes Abkommen schließen werden wollen, das dem gesamten Iran und dem iranischen Volk zugutekommt.

Wenn sie das tun, bin ich bereit, willig und fähig. Für den Iran können große Dinge passieren. Und für den Frieden und die Stabilität, die wir alle im Nahen Osten wollen, können große Dinge geschehen. Es gab genug Leid, Tod und Zerstörung. Lass es jetzt aufhören. Ich danke Ihnen. Gott segne Sie. Ich danke Ihnen.

Auf dem Weg zu einem „judenreinen“ West-Europa

Die schleichende ethnische Säuberung in den westeuropäischen Staaten



BORIS HORVAT, AFP

Von Eran Yardeni

Französische Soldaten vor einer jüdischen Schule in Marseille

Es ist eine schleichende ethnische Säuberung. Nicht koordiniert, nicht zentral gesteuert. Ohne kaltblütige Generäle, skrupellose Lokaloffiziere und Schreibtischtäter, die man später vor ein Kriegsverbrechertribunal stellen könnte. Dabei sind die Methoden uralte – beginnend mit der Gettoisierung der Juden.

Diese folgt heutzutage in Europa einem neuen Muster: Man überlässt den Juden keine andere Wahlmöglichkeit, als sich selbst zu gettoisieren. In Paris und Belgien, das längst das Zentrum des europäischen Dschihad ist, sind laut dem letzten Bericht des „Moshe Kantor Database for the Study of Contemporary Antisemitism and Racism“ die staatlichen Schulen so gut wie „judenrein“. In den letzten Jahren haben nicht weniger als 40.000 Juden

Frankreich verlassen – die Mehrheit von ihnen nach Israel. Allein 2015 waren es 7.900.

Etwa 60.000 gehen in das innere Exil. Sie verlassen ihre Wohnungen und ihre

schaftlichen Isolation – und der Staat schaut dabei apathisch zu.

Der Jude in Europa muss sich ständig verstecken. Er versteckt seine Kippa, seinen David-Stern-Anhänger, er versteckt

„ Der sich zu integrieren verweigernde Mob zwingt den gut integrierten Juden zur gesellschaftlichen Isolation. “

Viertel, die im Lauf der Zeit für Juden zu gefährlich geworden sind, und ziehen wie Nomaden weiter. So makaber kann manchmal die Geschichte sein: Der sich zu integrieren verweigernde Mob zwingt den gut integrierten Juden zur gesell-

seine Identität in der Schule. Auf den Schulhöfen ist seine kulturelle Welt, seine Religion zum Schimpfwort geworden. Ihm hat der Mob untersagt, das zu sein, was er ist – ein Mensch jüdisches Glaubens.

Es sind aber keine sporadischen Anschläge, die die Juden langsam in das neue Ghetto oder gar aus dem Kontinent treiben. Anschläge gibt es schließlich auch in Israel. Es sind auch keine Einzelpersonen, die die Juden zur Selbst-Isolation und Auswanderung zwingen. Es sind mittlerweile Stadtteile, Bezirke, Nachbarschaften.

Eine Provokation für die in Malmö lebenden Araber

In Malmö, der drittgrößten Stadt Schwedens, war es schon 2009 nicht mehr möglich, die Sicherheit israelischer Tennisspieler vor dem randalierenden antisemitischen Mob zu garantieren. Der damalige Bürgermeister, Ilmar Reepalu, der das Spiel als „Provokation für die in Malmö lebenden Araber“ sah, hatte eine Lösung gefunden:

Das Davis-Cup-Spiel zwischen Israel und Schweden fand ohne Zuschauer statt. Eine Entscheidung, die nichts anderes bedeutet als Verachtung, Missachtung und Missbrauch des staatlichen Gewaltmonopols.

Seitdem verlässt vor allem die junge Generation der Juden die Stadt entweder nach Stockholm oder wandert aus. In einer Umfrage in Großbritannien erzählten 31 Prozent der 4.000 befragten Juden, dass sie schon mit der Idee gespielt haben, auf Grund des Antisemitismus das Land zu verlassen. Bezirke wie Neukölln und Wedding in Berlin sind für Juden auch schon längst ein Ex-Territorium. Dort verliert plötzlich aus mystischen Gründen die deutsche Gesetzgebung an Macht und Kraft.

Und während die Presse die Solidaritätskundgebung der jüdischen Gemeinde in der bürgerlichen Fasanenstraße zelebrierte, wurden die Teilnehmer an einer anderen Solidaritätskundgebung in Neukölln bespuckt und beschimpft.

Sie haben sich gefunden: der Pseudo-Intellektualismus breiter Schichten der politischen Linken, wie zum Beispiel in der Labour Party in Großbritannien und unter den Sozialdemokraten in Schweden, der dem Hass gegen die Juden den Weg vom Rand der Gesellschaft in die Wohnzimmer der Mittelschicht ebnete, und die importierten Antisemiten.

Sie agieren zusammen nicht im Namen des Staates, aber ungestört in dem Staat, inoffiziell aber effektiv. Eins dürfen wir aber nicht vergessen: Was mit den Juden anfängt, endet nicht nur mit den Juden.

ROSA & BELLA

fine flowers

Die West-Europäer haben den US-Präsidenten Trump von Anfang an unterschätzt

Mit der Weigerung gemeinsam mit den USA das schädliche Iran-Abkommen aufzukündigen degradiert sich Europa zum Zuschauer der Weltpolitik

Von Thomas Eppinger

Es hätte so schön sein können. Wir machen blendende Geschäfte mit Iran, das Land blüht auf und entwickelt sich zu einem verlässlichen Partner im globalen Sicherheits- und Wirtschaftssystem. Alles was war, ist vergessen, war nie so gemeint oder falsch übersetzt, und Hassan Rohani ist im Grunde seines Herzens ohnehin ein waschechter Liberaler. Niemand will eine Atombombe bauen. Nur ein paar Jahre noch. Dann wird alles gut.

„Wie wunderbar die Strategie auch sein mag, man sollte gelegentlich einen Blick aufs Resultat werfen“, empfahl Winston Churchill. Also tun wir das.

„Weder die erbärmliche Holocaust-Leugner-Konferenz in Teheran noch die unvermindert fortgesetzte nukleare Aufrüstung des Iran haben zu angemessenen Reaktionen Österreichs und der Europäischen Union geführt, und der sogenannte Dialog mit dem iranischen Regime ist nichts anderes als der Schutzmantel, hinter dem der Atombombenbau betrieben wird. Iranische Atombomben sind zwar primär eine Existenzgefährdung Israels, es wäre aber naiv, die darüber hinaus gehenden Bedrohungen nicht zu sehen: Im Visier der islamistischen Fundamentalisten steht die gesamte westliche Kultur und Zivilisation, stehen Demokratie und Menschenrechte, stehen alle, die keinen islamischen Gottesstaat wollen. (...) Als Historiker weiß ich, dass das Zurückweichen vor totalitären Diktaturen katastrophale Folgen haben kann.“

Seit Wolfgang Neugebauer, der langjährige wissenschaftliche Leiter des Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, diese Zeilen im November 2007 im „Standard“ schrieb, ist gut ein Jahrzehnt vergangen. Niemand kann ernsthaft behaupten, dass die Bedrohung durch Iran seither geringer geworden wäre.

In diesen zehn Jahren, die seither vergangen sind, ist Iran zur Hegemonialmacht im Nahen Osten aufgestiegen. Nach wie vor droht Iran Israel mit der Vernichtung. In Syrien sind inzwischen 80.000 iranische Milizionäre stationiert, der Libanon ist de facto unter iranischer Kontrolle. Längst verfügt Teheran über Kurz- und Mittelstreckenraketen und droht, sein umfangreiches Raketenprogramm um Langstreckenraketen zu ergänzen – die militärisch nur sinnvoll sind, wenn sie mit Atomwaffen bestückt werden. Iran will die Islamische Revolution nach Lateinamerika und nach Afrika tragen. Das Land ist in zig Nahost- bzw. Golfstaaten mit Militärs und Beratern präsent und führt einen Stellvertreterkrieg im Jemen, wo sich der Bürgerkrieg jederzeit zu einem regionalen Krieg ausweiten kann. Iran unterstützt die Taliban, die Hisbollah und die Hamas und ist der größte Terrorfinanzierer der Welt:

„Seit vielen Jahren stellt Teheran Geld und Ausrüstung zur Verfügung und trainiert militante Gruppen. Hilfe erhalten Berichten zufolge die Hamas, andere israelfeindliche palästinensische Extremisten sowie zahlreiche schiitische Milizen in Syrien, dem Irak, Afghanistan und im Jemen. Eine besondere Rolle spielt die libanesische Hisbollah. Sie wird vom Iran finanziert und bewaffnet – und weltweit für Anschläge verantwortlich gemacht. Die ‚Partei Gottes‘ ist über den Libanon hinaus ein Machtfaktor in der Region. Im Auftrag Teherans kämpft die Hisbollah seit Jahren aufseiten von Ba-



Emmanuel Macron, Theresa May und Angela Merkel

schar al Assad.

Sie ist die wichtigste militärische Stütze des Herrschers in Damaskus. Mithilfe der verschiedenen Milizen versucht der Iran, seinen Einfluss auszudehnen. Ziel ist ein ‚schiitischer Halbmond‘, der sich vom Mittelmeer bis zum Golf von Aden erstreckt und Teherans Vormachtstellung sichern soll. Genau das wertet Saudi-Arabien als Bedrohung. Die Folge: Stellvertreterkriege. Einer der schlimmsten tobt derzeit im Jemen, das Armenhaus der Arabischen Halbinsel. Dort kämpfen aufständische Huthi-Rebellen mit tatkräftiger Unterstützung des Iran gegen die offizielle Regierung, die umfangreichen militärischen Beistand aus Saudi-Arabien erhält.“

Ein Staat im Niedergang

Erst der Atomvertrag ermöglichte es dem Iran, seine militärische Expansion zu finanzieren. Seit der schrittweisen Aufhebung der Sanktionen sind zwischen 35 und 60 Milliarden Dollar aus eingefrorenen Konten in den Iran zurückgeflossen.

„Selbst wenn Teheran alle Bedingungen erfüllt, ebnet das Abkommen dem Iran den Weg zur Bombe: 2025 werden die Kontrollen der IAEA weitgehend eingestellt.“

Das Handelsvolumen der europäischen Unternehmen blieb mit rund 14 Milliarden Dollar im Jahr 2016 zwar weit unter den Erwartungen Europas, spülte aber dennoch zusätzliches Geld in die Kriegskassen des Regimes.

Iran investierte diese Summen nicht in den Wohlstand seiner Bürger, nicht in Infrastruktur oder Bildung, sondern in seine Expansion. Doch die außenpolitische Stärke wird zur innenpolitischen Schwäche. Die Inflation steigt, der Rial, die iranische Währung, befindet sich im freien Fall. „Der Immobilienmarkt stagniert, und der Bankensektor wackelt. Iraner greifen nach ausländischen Währungen, weil diese zu den wenigen vernünftigen Investments zählen, die verfügbar sind.“

kommentierte der „Economist“, der Iran folgt dem Kurs Venezuelas in die Armut. Allein in den letzten Wochen wurde Vermögen im Wert von 10 bis 30 Milliarden Dollar außer Landes geschafft.

Rohani hat die Hoffnungen der Bevölkerung in Reformen und Liberalisierung enttäuscht. Immer deutlicher wird, dass der Präsident gegenüber den Mullahs vergleichsweise machtlos ist. Die Verfassung sichert die unumstößliche Herrschaft der Mullahs ab. Es gibt keine Gewaltenteilung. Legislative, Exekutive und Judikative sind zur Gänze der religiösen Führung unterstellt. In Iran herrscht eine theokratisch-faschistische Diktatur.

Der Rückhalt des Regimes in der Bevölkerung sinkt, die Proteste werden immer lauter, immer deutlicher, immer intensiver. Die zunehmend verarmende Bevölkerung zeigt immer weniger Verständnis für die Milliarden, die vom Regime in außenpolitische Engagements investiert werden, während die Wirtschaft im Inland weiter schrumpft. Der Westen

lässt die liberalen Kräfte im Iran seit Jahren im Stich, doch ohne Unterstützung von außen ist ein Regimewechsel unter den derzeitigen Verhältnissen kaum machbar.

Europa als Zuschauer

Donald Trump bezeichnet das Atomabkommen, das Iran und USA, China, Russland, Frankreich, Großbritannien, Deutschland und die Europäische Union 2015 abgeschlossen haben, zurecht als beschämend und peinlich. Denn selbst wenn Teheran alle Bedingungen auf Punkt und Beistrich erfüllt, was spätestens nach dem jüngsten Coup der Israelis mehr als fraglich ist, ebnet das Abkommen dem Iran den Weg zur Bombe:

2025 werden die Kontrollen der IAEA weitgehend eingestellt. Spätestens dann hat Iran das Wissen und das Geld, um endgültig zur Atommacht aufzusteigen. Dass das Abkommen die atomare Aufrüstung Irans verhindern würde, ist eine blanke Lüge. Fake News, wenn man so will. Es verschiebt sie nur um ein paar Jahre, und bis dahin hilft es Iran sein Rüstungsprogramm zu finanzieren.

Europa gibt ein jämmerliches Schauspiel ab. Die Mischung aus Beharrlichkeit, Verzweiflung und Realitätsverweigerung, mit der die Europäer den Atomvertrag verteidigen, grenzt ans Lächerliche. Denn eines ist sicher: kein Unternehmen, das in den USA geschäftliche Interessen hat, wird diese durch Geschäfte mit Iran aufs Spiel setzen. Keine international tätige Bank wird Geschäfte mit Iran finanzieren. Wie wollen die Europäer also den Vertrag überhaupt halten, wie die wirtschaftlichen Beziehungen mit Leben füllen? Will Frau Merkel Steuergelder in den Iran investieren statt in die eigene Infrastruktur? Wohl kaum.

Fracking macht die USA unabhängig von Öl- oder Gasimporten

Der Vertrag ist tot. Die wirtschaftlichen Folgen daraus sind noch nicht absehbar. Abgesehen vom künftig entgehenden Geschäftsvolumen für die Wirtschaft werden der Öl- und Gaspreis steigen, sodass Inflation und Zinsen hochgetrieben werden könnten. Höhere Zinsen bringen die heillos überschuldeten europäischen Staaten in budgetäre Nöte, was wiederum den aktuellen Wirtschaftsaufschwung zum Erliegen bringen könnte. Amerika profitiert doppelt. Zum einen ist es dank des in Europa verpönten Frackings längst nicht mehr auf Öl- oder Gasimporte angewiesen. Steigende Preise machen die zuletzt ins Stocken gekommene Förderung wieder profitabel, was Jobs im Inland schafft und die Handelsbilanz verbessert. Zum anderen hat es Europa nicht geschafft, mit dem Euro die Dominanz des Dollars zu brechen: „Das gesamte Finanzsystem funktioniert auf Basis der amerikanischen Devisen. Das Gros der Zahlungsströme läuft auf Dollar-Basis. An jedem Punkt der Transaktionskette kann Washington sein Veto einlegen und einen Spieler ausschließen. Allein diese Drohkulisse ist so mächtig, dass sich niemand mit den Amerikanern anlegen will. Auch wer heute Öl kaufen muss, braucht dafür Dollar und ist damit in gewisser Weise auf die Gnade Amerikas angewiesen.“ Harsch formuliert, aber im Kern zutreffend.

Es rächt sich, dass die Europäer Trump so sträflich unterschätzt haben. Er handelt entschlossen und im Fall Iran auch richtig. Sowohl unter dem Aspekt, dass ein atomar bewaffneter Iran ein unabsehbares Sicherheitsrisiko für die gesamte freie Welt wäre, als auch in Hinblick auf die wirtschaftlichen Interessen der USA.

Anstatt weiter Potemkinsche Dörfer zu bauen, wäre Europa also gut beraten, über den eigenen Schatten zu springen und seine Iran-Politik neu auszurichten. Akkordiert mit den USA und mit dem klaren Ziel eines mittelfristigen Machtwechsels in Teheran. Das Ende dieses unseligen Vertrags bietet die Chance dazu. Nutzen wir sie!

Frankreich: Wo der Judenhasse zur Normalität wird

Nicolas Sarkozy, Manuel Valls, Charles Aznavour und Gérard Depardieu warnen in einem Manifest vor der zunehmenden Vertreibung der französischen Juden



Charles Aznavour und Gerard Depardieu gehören ebenso wie...



Von Paul Nellen

Was haben diese vier namhaften Franzosen gemeinsam: Ex-Präsident Nicolas Sarkozy, Ex-Premier Manuel Valls, der Sänger Charles Aznavour und Gérard Depardieu, der Filmschauspieler, den man als den gemütlichen Obelix aus den Asterix-Filmen kennt?

Sie alle sagen noch nicht, dass es jetzt für französischen Juden „Zeit“ sei „zu gehen“. Denn genau das wollen sie ja verhindern, obwohl es dafür fast schon zu spät ist – französische Juden stellen schon seit Jahren die größten Kontingente, die nach Israel emigrieren. Trotzdem und vielleicht in letzter Minute haben jene vier Prominenten kürzlich ein Manifest unterzeichnet, das vor der zunehmenden Vertreibung der französischen Juden durch den Neo-Antijudaismus von rechts, von links und besonders vonseiten muslimischer Einwanderer warnt. Die Londoner „Times“ berichtete darüber am 23. April 2018 („French Jews ‚face ethnic cleansing by Islamists‘“), just zu der Zeit, als auch in Deutschland die Diskussion über antijüdische Vorfälle auf deutschen Straßen und Schulhöfen losbrach.

Immer mehr schiebt sich in den Ländern der europäischen Masseneinwanderung die Frage in den Vordergrund, ob mit der wachsenden Anzahl von Muslimen ursächlich auch der Anstieg des registrierten Antisemitismus verbunden ist. Welche positive Resonanz die arabische und iranische Israelfeindlichkeit gerade auch unter europäischen Linken und Linkslibera-

len erfährt, kann man jedes Jahr beim sog. „Al-Quds-Tag“ in Berlin erfahren, wenn tausende Muslime unter wohlwollend-beschwichtigender Assistenz linker Parteien und Meinungskartelle „Tod Israel“, „Völkermörder Israel“ oder auch ganz offen „Juden ins Gas!“ rufen. Konsequenzen? So gut wie keine.

Vereint im Kampf gegen Israel

Die linksorthodox-islamische Zusammenarbeit beim Kampf gegen Israel, aber auch bei der Preisgabe aufgeklärt-säkularer Errungenschaften der Moderne kommt keineswegs von ungefähr, legt jetzt der Basler Philosoph Stefan Zenklusen (*1966) in seinem im Hintergrund-Verlag erschienenen Essay „Islamismus und Kollaboration“ dar. Zenklusens Fokus ist auf Frankreich gerichtet. Was er von dort berichtet – „Der Beitrag von französischen und europäischen Linken und Liberalen bei der Errichtung des Islamismus und Antisemitismus“ heißt es im Untertitel –, wirkt von außen her gleichwohl wie ein Blick auf eine gesellschaftlich-politische Laborschale, in der sich gefährliche und noch gar nicht richtig begriffene Reaktionen, Verbindungen und Prozesse abspielen. Mit denen haben auch andere Länder dieses Kontinents zu rechnen, namentlich Deutschland, wo die Anzeichen dafür schon manifest werden.

„Im Gesamtkontext der Kollision des postmodernen Kapitalismus mit der islamischen Herrschaftskultur wird [der] aufklärungshumanistische Kernaspekt der kulturellen Moderne negiert bzw.

von den westlichen Herrschaftsträgern mehrheitlich verraten“, schreibt in einer hochkomplexen Voruntersuchung zum Buch sein Verleger Hartmut Krauss. Er legt damit die Grundformel frei, die Zenklusen desweiteren als die in Frankreich aktuell prozessbestimmende Wesensveränderung in den tradierten gesellschaftlichen Übereinkünften erkennt: Ein „zunehmend nihilistisches Verhalten gegenüber den Grundinhalten der eigenen, europäisch gewachsenen, säkular-demokratischen Leitkultur“.

Im Mittelpunkt von Zenklusens Beschreibung, die zugleich Anklage ist und auf die er in vielerlei, der „multikulturellen“ Wirklichkeit entnommenen Beispielen immer wieder zurückkommt, steht Frankreichs „Aufklärungsverrat“ (Krauss) an sich selbst als „Vaterland der bürgerlichen Revolution“. Der Art. 10 der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte vom 26. August 1789 las sich noch so:

„Niemand soll wegen seiner Anschauungen, selbst religiöser Art, belangt werden, solange deren Äußerung nicht die durch das Gesetz begründete öffentliche Ordnung stört“.

Der Rückschritt wird als „kultursensibler“ Fortschritt gefeiert

Dies ist die Urformel des modernen rechtsstaatlichen Säkularismus, der kein in den Welt- und Gesellschaftsbetrieb hineinregierendes religiöses Gesetz und keine diesem folgende Vorschrift über das demokratisch und rechtsstaatlich verfasste weltliche Ge-

setz und über seine Anwendungsvorschriften stellt. Im Zeitalter endloser und zermürender Kopftuch- und Verschleierungsdebatten gerät diese aufgeklärt-republikanische Maxime zunehmend unter Druck. Ihre Preisgabe wird gar als „kultursensibler“ Fortschritt gefeiert, genau so, wie es die Zurückweisung jeder Kritik am Islam wird, dem man diesseits und jenseits des Rheins gerne und gerade auch von Links her den Charakter einer sozio-ökonomischen Befreiungstheologie zubilligt – sogar einer feministisch konnotierten!

Die Publikation eines islamkritischen Artikels im September 2006 durch den französischen Lehrer und Philosophen Robert Redeker war jedenfalls für diesen als Autor, aber schon sehr bald auch für viele andere – Zenklusen nennt hier den Philosophen Alain Finkielkraut – der Beginn einer um sich greifenden Denunziationskampagne gegen solche Intellektuelle, die – wie die Genannten – im Islam vor allem „eine totale Weltanschauungslehre mit einem Rechtssystem und einer integralen politischen Ideologie im Sinne eines autoritär-hierarchischen Herrschaftsmodells“ erkennen und welches „antithetisch zu den durch die bürgerliche Aufklärung erkämpften, unveräußerlichen Rechten des Menschen steht“. Eine auf jede klerikale oder papistische Anmaßung stets hochallergisch reagierende Linke ließ den von Todesdrohungen bedrängten Robert Redeker damals im Stich: „Keine einzige Gewerkschaft, kein einziges linkes Medium hat Redeker unterstützt“, beklagt Zenklusen.

Dies ist ihre Ursünde, die Zenklusen

der Linken von heute vorwirft, obwohl er selbst sich als Aufklärungslinker in der Tradition der älteren Kritischen Theorie, des Soziologen Pierre Bourdieu und von Karl Marx sieht, der seinerseits einst schnörkellos und wie von Carl Schmitt formuliert die Freund-Feind-Einteilung des Islam gegenüber der nicht-islamischen Welt beschrieben hatte:

„Der Koran und die auf ihm fußende muselmanische Gesetzgebung reduzieren Geographie und Ethnographie der verschiedenen Völker auf die einfache und bequeme Zweiteilung in Gläubige und Ungläubige. Der Ungläubige ist ‚harby‘, d.h. der Feind. Der Islam ächtet die Nation der Ungläubigen und schafft einen Zustand permanenter Feindschaft zwischen Muslimen und Ungläubigen.“

Der Islam nährt die Hoffnung auf eine Welt ohne Grenzen

Heute geschrieben, wäre dem Autor eine Ächtung als „islamophober Rassist“ zweifellos sicher.

Was ist hier passiert? „Wieso“, fragt Zenklusen, „neigen linke Pariser Intellektuelle immer wieder dazu, mit autoritaristischen und totalitären Ideologien zu fraternisieren?“ Sogar dann, wenn sie, wie der inzwischen wegen angeblicher #metoo-Verbrechen ins Gerede gekommene muslimische Pop-Professor Tariq Ramadan, die Laizität zerstören wollen oder offen eine Frauen- und Kulturpolitik nach iranischem Vorbild vorschlagen?

Die Linke, so Zenklusen, hat offenbar beschlossen, im Islam und speziell in den Muslimen der Banlieues die „Träger der Zukunft“ zu sehen. Der Islam, nicht die kommunistische Idee, ist nunmehr mit der Hoffnung auf eine Welt ohne Grenzen verknüpft. Die Muslime, die, wenn sie nicht gerade um ihr Leben fliehen mussten, als Migranten den Versprechungen und materiellen Verlockungen des Westens folgten und folgen und nun als weitgehend Abgehängte das neue Proletariat darstellen, verkörpern zunehmend „linke“ Hoffnungen auf einen fundamentalen Umsturz der Verhältnisse.

Die Bewegung „No Borders – No Nation“ ist gleichsam die „linke“ spiegelbildliche Entsprechung des klassischen islamischen Strebens nach Invasion zur Verbreitung des Islam durch den Dschihad mit dem Mittel der Migration der Muslime in andere Länder, ein Bestreben, auf das Bassam Tibi schon in seinem Buch „Der wahre Imam“ 1998 hingewiesen hatte. Wobei der Linken gar nicht auffällt, „wie stark der unreflektierte Antinationalismus von Grünen, Linken und ‚Liberalen‘ sich weitgehend deckt mit dem Diskurs und der Praxis der Hochfinanz und der multinationalen Unternehmen“.

Im Vorwort fasst Hartmut Krauss es in einem Satz zusammen: „Die Pseudolinke ist Funktionsbestandteil des politisch-ideologischen Herrschaftsapparats des postmodernen Globalkapitalismus im Allgemeinen und des migrationsindustriellen Komplexes im Besonderen geworden.“

Dabei bewahrt die „Pseudolinke“ ihren klassenkämpferischen Impetus, indem sie die migrantisch geprägten Vorstädte („Banlieues“) zur anti-nationalen „Gegenwelt“ des Kapitalismus und des umfassenden Amerikanismus erklärt. Denker wie der 1942 geborene postmarxistische Philosoph Étienne Balibar, der bis 1981 noch Mitglied der KPF war, erklären „heute die Bewohner der Banlieue zur Avantgarde der Menschheit“.

Wo kommt der Islamismus her?

Der kommunistisch orientierte, 1937 geborene Philosoph Alain Badiou wie-



...Manuel Valls und Nicolas Sarkozy zu den pro-jüdischen Mahnern der Republik.

derum „lässt sich gerne als eine Art Widerstandskämpfer innerhalb des intellektuellen Betriebs feiern... Seine Darstellung des Schicksals der Muslime in Frankreich ist weit über die Linke hinaus Konsens: Gezeichnet wird das Bild einer Minderheit, die ubiquitärem Rassistismus ausgesetzt ist und vom Staat in Gettos gesteckt wurde. Daraus entstünde der Islamismus, der allerdings absolut nichts mit dem Islam zu tun habe“. Dass ein Badiou explizite Sympathien für die antijüdische Hamas und Hisbollah hegt, überrascht da kaum noch.

Hier sieht Zenklusen eine „kollaborative“ Schnittstelle zwischen „klassischem“ und modern-migrantischem Antisemitismus. Letzterer wird immer mehr in den islamophilen Mainstream eingepflegt, geht mit ihm eine Symbiose ein, die im öffentlichen Diskurs, wie der Islam selbst, weitgehend von Kritik freigehalten wird. Dessen Analytiker und Kritiker werden nun inzwischen in einer Orwell'schen Drehung zu „Rassisten“ und zu „Nazis“ erklärt, in Frankreich, aber auch in Deutschland und anderen Ländern.

Marine Le Pen wird der Säkularismus überlassen

Vollends irrational und verwirrend wird der „Aufklärungsverrat“ in Frankreich, wenn etwa das Beharren auf der Laizität plötzlich allein zu einer Sache von Marine Le Pen wird, während die Linke in dieser französischen Spielart des republikanischen Säkularismus ein Hindernis für den Multikulturalismus zu erkennen meint. Zenklusen: „Es liegt eine bewusste Kollaboration von Teilen der Linken mit demjenigen Islam vor, der nur darauf wartet, die Menschen-, Frauen- und Bürgerrechte zu schleifen. Vor diesem Hintergrund ist das prononcierte Entstehen von Le Pen für den Erhalt der Laizität objektiv ein progressiver Akt.“

So erscheinen dem Autor die Wähler des Front National geradezu als „linke“ Rechte, oder, wie es der marxistische Philosoph Ernst Bloch einmal 1936 in

seinem Buch „Erbschaft dieser Zeit“ in Bezug auf die Nazis ausgedrückt hat, als „schiefe Statthalter der Revolution“ – als Wähler einer Partei, die „nicht das Recht hat, recht zu haben“.

Wo der Judenhass gedeiht

Für viele außerhalb Frankreichs dürfte die Erkenntnis überraschen, dass der Antisemitismus in Frankreich „gerade nicht das Produkt des FN ist. In den proletarischen und ländlichen Gebieten, wo der FN stark ist, spielt der Antisemitismus keine Rolle“. In denjenigen Gebieten aber gedeiht der Judenhass, in denen die Linke regiert oder aber eine überwiegend muslimische Bevölkerung ansässig ist. Dass es ein grüner Europa-Abgeordneter namens Pierre Minnaert war, der 2014 über Twitter verbreitete, dass „wenn sich die Synagogen wie Botschaften [Israels] verhielten, müsste man sich nicht über die Angriffe wundern“, erscheint danach wie eine logische Querfrontschließung.

Es verwundert auch nicht, wenn der neue grüne Bundesvorsitzende Robert Habeck aphoristisch-apodiktisch in einer TV-Sendung verkündet, „es gibt kein Volk“, was zuvor schon Aydan Özoguz (SPD), vormals Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, mit der Erkenntnis vorbereitet hatte: „Eine spezifisch deutsche Kultur ist jenseits der Sprache schlicht nicht identifizierbar.“ Während die eingewanderten Kulturen und Nationen sich zunehmend selber feiern, namentlich die erdoganisch-türkische, und dies multikulturell als Teil der „Vielfalt“ mitgefeiert, jedenfalls in der Linken kaum kritisiert wird, wird die „Verwurzelung der anderen“, der autochtonen Bevölkerung, als „provinziell und suspekt“ denunziert.

„Die Linke reagiert darauf so, wie es Brecht vorausgesehen hat: sie ersetzen das Volk durch ein anderes. Und um bei der voluntaristischen Absetzung ihres einstigen Wahlvolks ein gutes Gewissen zu haben, imaginiert die Linke die scheußlichsten Eigenschaften, um es in die rechtsextreme Ecke zu stellen: ängstlich, verschlossen, auf sich selbst zurückgezogen, nostalgisch, reaktionär soll es sein...“

Nur dort, wo mittlerweile tatsächlich reaktionär und rechtsextrem, wenn auch migrantisch grundiert, die Scheußlichkeit des Judenhasses und der Verleugnung der Shoa an der Tagesordnung sind, in den Schulen etwa, bleibt auch die Linke, gleich, ob in Frankreich oder Deutschland, „ängstlich und verschlossen“:

Aufklärung raus – Islam rein!

„In den Schulen ist ein kritischer Umgang mit dem Islam inzwischen unmöglich, da in den Territorien mit einer relevanten muslimischen Minderheit bereits der Zweite Weltkrieg bzw. die Shoah nicht mehr unterrichtet werden kann. Schon die Erwähnung von Juden löst Tumulte in den Schulzimmern aus... In den Schulen wird nach dem Prinzip verfahren: Aufklärung raus – Islam rein! Das hätte auch Himmler und Hitler gefallen, den erklärten Islambewunderern.“ Aus Deutschland berichten Lehrkräfte immer öfters ebenfalls Ähnliches.

Zenklusen hat am Beispiel Frankreichs das aktuelle Krankheitsbild nicht nur dieses Landes, sondern Europas in „seinen letzten Tagen“ (Walter Laqueur) facettenreich beschrieben. Wer gegen die dramatische Warnung der eingangs erwähnten vier prominenten Franzosen vor Neo-Antijudaismus und einem nicht mehr aufzuhaltenden Exodus der Juden aus Frankreich und Europa skeptisch bleibt, islamische Zuwanderung aber für „schaffbar“ weil angeblich alternativlos hält, dem wird der Autor auch nicht helfen können.

Alle anderen müssen nach der Lektüre freilich die Unruhe ertragen, die ihnen künftig ihr nunmehr geschärfter Blick auf die Wirklichkeit bescheren wird.

Stefan Zenklusen: „Islamismus und Kollaboration – Der Beitrag von französischen und europäischen Linken und Liberalen bei der Errichtung des Islamismus und Antisemitismus“. Hintergrund-Verlag, Osnabrück, 2017. ISBN: 978-3-00-057327-9. Preis: 15 Euro

◀ Fortsetzung von Seite 2

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Mehr noch, es drängt sich der furchtbare Verdacht auf, dass man in unserer Politik und ihren Claqueur-Medien, wie bereits auf manchen hier verbreiteten Landkarten gezeichnet, den von der UNO offiziell als einziges Friedenshindernis in dem sonst geradezu paradisiatisch friedvollen Nahen Osten dauer-verurteilten Störenfried Israel ohnehin nicht sehr vermessen würde. Dies umso mehr als der hier so heiß umworbene Iran und seine Hisb'Allah und Hamas erklärtermaßen und ohne jede Rüge durch unsere linke Politik offen und stets bekunden, das von den Israelis hochentwickelte Land der Juden nach der propagierten Vernichtung seiner jüdischen Bevölkerung zu übernehmen, wohl mit der Absicht aus ihm genauso eine Oase der Unterdrückung und gesteuerten Verelendung zu machen wie sie es uns nach Übernahme des ihnen von Israel unter dem Ministerpräsidenten Arik Sharon geschenkten blühenden Gazastreifens vorgemacht haben. Eine Vorprobe dieses dank der Verteidigungsbereitschaft des jüdischen Staates niemals in Erfüllung gehenden Wunsches unserer allgegenwärtigen Israelhasser geben uns bereits deutsche und europäische international agierende Mobilfunkanbieter, über deren Dienste man mitten im israelischen Kernland häufig nur noch über ein sich mit der Staatlichkeit PA identifizierendes Netz telefonieren kann.

All dies bewegt unsere etablierte Politik aber keinesfalls, dieser unsinnigen, böartigen und gefährlichen arabischen und sonstigen islamischen Aggression im wirklichen Friedensinteresse die Unterstützung zu versagen. Wenn schon nicht der amerikanische Präsident und Israel, so erfreuen sich doch die Gazaner großen Zuspruchs und großer Anteilnahme unseres linken parlamentarischen Parteienbündnisses innerhalb und außerhalb der Regierungskoalition und natürlich – wie könnte es anders sein – auch in ganz Westeuropa.

Im Gegenteil – es sind dies übrigens genau dieselben Gaza-Bewohner, die trotz ihrer unversöhnlichen Feindschaft gegen jüdisches Leben auch bei ihrer letzten gewalttätigen Aktion an der Grenze zu Israel insgesamt von unserer linksideologisierten politischen Führung, deren etabliert-parteilichen linken Epigonen und den regierungsnachgeschalteten öffentlich-rechtlichen Nachrichten-Filtermedien gestützt und hofiert werden.

Nicht der verbündete amerikanische Präsident und auch nicht etwa der demokratische und freiheitliche Staat Israel – die Terrorträger aus Gaza erfreuen sich großen Zuspruchs und großer Anteilnahme unseres linken parlamentarischen Parteienbündnisses innerhalb und außerhalb der Regierungskoalition und – wie könnte es anders sein – auch in ganz Westeuropa.

Richtigzustellen ist in diesem Zusammenhang auch ein von der hiesigen linksideologisierten Politik vorsätzlich falsch propagiertes Trugbild: die Gazaner sind in der Mehrzahl keinesfalls, wie hier stets und gern behauptet, nur die gegen ihren Willen gesteuerten Geiseln der Terrorbande Hamas, die sie unzweifelhaft mehrheitlich selbst zu ihrer Führung gewählt haben.

Sie sind ebenso wenig Geiseln und Opfer ihrer Führung wie die Deutschen die Geiseln Hitlers waren.

Die meisten von ihnen agitieren, sympathisieren und laufen freiwillig mit,

wenn es um die Ermordung von Juden geht, ganz wie weiland die Deutschen mit den Nazis und mit Hitler.

Letzterer erfreut sich übrigens bis heute großer Beliebtheit bei den Gazanern und anderen Muslimen, und ist wegen seiner dort sehr gelobten Effizienz bei der Ermordung von Millionen Juden ein beispielgebendes Idol in Gaza. Sein Andenken wird in Gaza in Ehren gehalten und es gibt Geschäfte, die völlig unbeanstandet stolz und plakativ den Namen Hitlers tragen.

Dennoch – derartige Petitesse vermögen nichts an dem Wohlwollen unserer Politik für die Gazaner zu ändern.

Das kann auch niemanden wirklich verwundern. Sind diese doch nach der Diktion unserer Politik und unserer Medien eingesperrt und gleichzeitig ausgesperrt. Natürlich schuldlos und natürlich von den Israelis und keinesfalls von den Ägyptern, obwohl sie mit denen eine große Grenze besitzen, die vor allem die Ägypter wirklich hermetisch ab-

„**Besonders wichtig war die im Mai durch Präsident Trump erfolgte Aufkündigung des gefährlichen, fahrlässigen Atom-Gefälligkeitsvertrages mit dem iranischen Mullahregime, für den besonders der Trump-Basher, Arafat-Huldiger und – man mag es kaum glauben – heutige Präsident der Bundesrepublik Deutschland F.-W. Steinmeier maßgeblich verantwortlich zeichnet.**“

geriegelt haben – sogar für humanitäre Hilfsgüter – und im Gegensatz zu den Israelis auf jeden schießen, der sich der Absperrung auch nur nähert.

Dabei erfreuen sich Gaza und seine Aggression gegen Israel ganz besonderer Sympathie in unserer Republik vor allem bei unseren links-durchseelten Politikern, die keine Sekunde müde werden, vor dem Antisemitismus von rechts und ganz besonders vor dem einer neuen, gerade wegen der linken Politik in den Bundestag gekommenen Partei zu warnen.

Nicht etwa, dass das nicht auch nötig wäre. Damit laufen sie gerade bei dem Verfasser offene Türen ein. Besonders in dieser Zeitung wurde dies schon lange und ganz früh gebrandmarkt. Gerade an dieser Stelle wurde belegbar eindringlich und vielfach vor dem historisch größten reaktiven Rechtsruck in der Nachkriegsgeschichte dieser Republik gewarnt, den das politische Versagen der Merkel-Regierung und die faktische Aushebelung der bisherigen segensreichen und freiheitlichen Rechtsordnung durch den unkontrollierten Einlass islamischer Gewalt verursacht haben und für den besonders unsere Kanzlerin und ihr politisches Gefolge die volle Verantwortung tragen.

Aber bei allen rechten Provokationen und Unappetitlichkeiten, die es in dieser neuen Oppositionspartei zweifelsohne gibt und die uns soeben wieder von einem ihrer Chefs neben früheren schwerwiegenden verbalen Entgleisungen mit dem unsäglichen Vogelschiss-Vergleich von Millionen Kriegsoffizieren und von den Nazis ermordeten Juden in untragbarer und widerwärtiger Weise vorgeführt wurden: Es fällt dem Ver-

fasser schwer sich zu erinnern – trotz allen dortigen abstoßenden völkischen Vokabulars und des Fischens am rechten Rand – seitens dieser Partei jemals Todeswünsche oder Todesdrohungen gegenüber Juden gehört zu haben.

Derartiges gehört schon eher zum quasi täglichen Repertoire einer nicht geringen Zahl unserer hiesigen Muslime und ganz vorn der vielen von unserer linken Politik vehement gestützten gazanischen Hitlerverehrer.

Für die Juden wächst trotz allem in der betreffenden Rede Alexander Gaulands auch enthaltenen Bekennens zur historischen Verantwortung für die Naziverbrechen immer mehr die Erkenntnis, dass Deutschland und Europa mit zunehmender Geschwindigkeit nachhaltig und irreversibel von der rassistischen, jüdenfeindlichen und mittelalterlich frömmelischen, unduldsamen Weltbeherrschungsideologie des Islam erodiert werden und/oder einen erheblichen Rechtsruck mit vielen seiner

von Merkel und Co. verschuldeten Frikationen im Verhältnissen mit dem wichtigsten Verbündeten unseres Landes. Außerdem ist es fraglich, ob es nicht ebenfalls eine Fehleinschätzung ist wie das sinnentleerte „Wir schaffen das“. Die Umfrageergebnisse für den Präsidenten werden wegen seiner erfolgreichen Politik immer besser und steigen zur Zeit weiter.

Frau Merkel jedenfalls ist jetzt Kanzlerin und sitzt das aus. Die ganze Misere der rechtswidrigen Islam- und Judenhas-Einlasspolitik wird immer deutlicher. Ein Mauschel- und Vertuschungsskandal zum unkontrollierten Flüchtlingsanlass und der verfehlten Asylpolitik jagt den anderen. Das scheint der Kanzlerin aber nicht zu schaden. Ihre eigene Partei hält zu ihr und übt sich in Nibelungentreue.

Ihre handverlesene Generalsekretärin warnt vor dem mit der neuen Partei erfolgten Eingang des Antisemitismus in den Bundestag als gäbe es nicht die Islam-Politik-gemachte Verunmöglichung jüdischen Lebens in Deutschland und die Dauer-Dämonisierung Israels oder die von der Politik trotz markiger verbaler Heucheleien immer noch ungeahndeten Juden-ins-Gas-Rufe unserer muslimischen Noch-Bevölkerungsminderheit auf unseren Straßen gar nicht.

Für den täglichen Antisemitismus brauchen die etablierten, insgesamt nach links gerückten Parteien die Neuen gar nicht. Das haben sie ganz allein geschafft. Auch spricht die außenpolitische Seitengängerschaft mit dem Iran und die festen Bande Hitler-likes Macht-Durchmarschierer, Panislamisten, Israelfeind und Antisemiten Erdogan nicht gerade für Sympathie mit den Juden.

Aber auch den Zentralrat scheint das alles nicht wirklich zu stören. Er ist voll des Lobes für unsere Kanzlerin und Zentralrat-gewürdigte Trägerin des Leo-Baeck-Preises. Er schlägt mit ihr zusammen auf die neue Opposition ein, obwohl die Juden in Deutschland und Europa ihre Heimatländer trotz aller dortigen provokativen Widerwärtigkeiten nicht wegen Herrn Gauland, Frau Weidel, Frau Le Pen oder Herrn Wilders verlassen, sondern wegen des weiterhin importierten und kleingeredeteten islamischen Judenhasses.

Spiegelgefechte werden geführt und die Lehrer an den Schulen der von Muslimen hinausgeprägten jüdischen Schüler bekommen vom Zentralrat Informationsmaterial zum Kampf gegen den Antisemitismus. Nicht gerade aktuelles und aus der Zeit vor der Flutung unseres Landes mit jüdenfeindlicher islamischer Gewalt. Aber der heutige Zustand soll ja ohnehin nicht gegen den Islam thematisiert werden. Dann passt es ja.

Erfreulicherweise gibt es Israel und das Dank Trump und Netanjahu starkgewordene amerikanisch-israelische Verhältnis. Die Mogherinis, Steinmeiers, Merkels, Rohanis, Macrons und Trudeaus werden es nicht schaffen.

Israel wird leben und prosperieren und in Frieden und Wohlergehen den 80., 90., 100. und, und, und Geburtstag feiern – forever and a day.

Am Israel Chai und allen Lesern und Freunden alles erdenklich Gute!

Bleiben Sie uns gewogen.

**Ihr
Dr. Rafael Korenzecher**

Deutsche Medien: Trump-Schelke im Rudel

Kaum eine deutsche Zeitung will sich dem Sog der Hetze gegen den US-Präsidenten entziehen

Von Chaim Noll

In meiner Kindheit in Deutschland hatte ich ein Kasperle-Theater mit bunten Figuren, deren geschnitzte Holzköpfe die guten und bösen Kräfte dieser und der kommenden Welt verkörpern: da gab es Narren und Weise, junge Mädchen und alte Hexen, Engel und natürlich einen Teufel. Ich erinnere mich, dass wir solche Puppen auch unseren Kindern geschenkt haben, während sie zur Zeit der Enkel schon aus der Mode waren, endgültig verdrängt von Smartphone und Co., wo alle diese Figuren im Überfluss zu finden sind.

Im Marionettentheater der Medien ist Angela Merkel eine weise Frau, Trump dagegen der Teufel. Diesem Muster folgen nicht nur deutsche Zeitungen, es prägt auch die Trump-Berichterstattung von „New York Times“ oder „HaAretz“, von Medien, die sich selbst als „liberal“ bezeichnen und unter „liberal“ offenbar das Hochkochen von Stimmungen verstehen. Doch deutsche Medien tun sich besonders hervor. Kein Anlass ist nichtig genug, Trump zu verteufeln und zu verhöhn.

Die „Bild“-Zeitung wusste zum Beispiel am Freitag, 27. April 2018, zu berichten:

„Während andere Ehemänner ihre Frauen an ihrem Geburtstag morgens schon mit duftendem Kaffee wecken, ging Melania leer aus. Denn ihr Donald ist natürlich einfach zu beschäftigt, um seiner Frau etwas Schönes zum Geburtstag zu besorgen (...) Trump schenkte ihr laut CNN nur ‚eine wunderschöne Karte und ein paar wunderschöne Blumen‘ (...) Ob sich Melania vor lauter Dankbarkeit für die ‚wunderschönen Blumen‘ (die Trump wahrscheinlich noch nicht mal selbst besorgt hat) überschlagen hat ...?“



Vielen macht das Hetzen Spaß

Eigentlich zum Lachen. Doch das alltägliche Schmähen ist längst zur systematischen Hetze gediehen. Besonders aufregend: Alle sind sich darin einig, diesen Mann herunterzumachen, für geistig beschränkt oder „unberechenbar“ zu erklären, zu ridiculisieren, zu dämonisieren. Man fühlt sich stark in der Meute. Keine einzige deutsche Zeitung kann sich dem Sog des neuen Spiels entziehen. Vielen macht das Hetzen Spaß, es kann zur Ge-

wohnheit werden, zur Sucht. Die sonst zunehmend braven Schreiber dürfen hier endlich einmal zeigen, wozu sie an Hohn und Häme fähig sind. Die Frage drängt sich auf, ob darin die Aufgabe der Medien besteht. Sollten sie nicht eigentlich Information übermitteln?

Natürlich ist „Bild“ an diesem Tag nicht die einzige deutsche Zeitung, die Trump schmäht. Die FAZ nennt ihn einen „egozentrischen, unerfahrenen, mitunter rassistischen Immobilienmakler (...) im

Weißes Haus“.

„Stern Online“, am selben Tag, dem 27. April 2018, reiht zum hundertsten Mal die bekannten Skandale aneinander, die nach Spekulation deutscher Journalisten demnächst Trumps Ende als Präsident einleiten sollen: Die sich bisher weitgehend ergebnislos hinschleppende „Russland-Affäre“, die Untersuchungen gegen Michael Cohen, „Trump langjährigen Anwalt und Ausputzer“, ein Interview mit Fox-News, in dem sich Trump angeblich „um Kopf und Kagen“ geredet hätte. Die „Süddeutsche Zeitung“ liefert am gleichen Tag ein vernichtendes Psychogramm des „Narzissen“ Trump: Er sei „an Eitelkeit nicht zu übertreffen“ und richte

„größten Schaden auf der Welt an, weil er sein Land als glaubwürdigen und verlässlichen Akteur aus dem Spiel genommen hat“.

So geht es Tag für Tag, in allen Spielarten, in einer fast rauschhaften Maßlosigkeit. Eine abgeklärte, neutrale Stimme wird man, was den amerikanischen Präsidenten betrifft, in deutschen Medien vergebens suchen. Die Schreiber scheint es nicht zu langweilen, ihn Tag für Tag aufs neue zu verteufeln. Sie fragen sich auch nicht, ob ihre Schmähungen womöglich kontraproduktiv sind im Sinne deutscher Interessen. Ganze zweieinhalb Stunden billigte Trump der deutschen Kanzlerin zu, ihn im Weißen Haus zu besuchen und ihre Bitten vorzutragen.

Nachdem er andere Besucher demonstrativ mit allen Ehren willkommener Staatsgäste empfangen hatte. Trotz der Zurücksetzung hat sich Angela Merkel alle Mühe gegeben, ihr nettestes Lächeln gezeigt, sogar ein Geschenk mitgebracht – ohne Erfolg.

Trump scheint Deutschland nicht zu mögen. Woran könnte das liegen? Womöglich liest jemand im „Weißen Haus“ deutsche Zeitungen?

Paraguay eröffnet Botschaft in Jerusalem

Nach den USA und Guatemala verlegen auch die Südamerikaner ihre diplomatische Vertretung in die Hauptstadt Israels

Von Israelnetz

Nach den USA und Guatemala verlegt auch Paraguay seine Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem. Der paraguayische Präsident Cartes drückt seine Bewunderung für Israel aus.

Paraguay hat am Montag seine Botschaft in Jerusalem eröffnet. Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu lobte den paraguayischen Präsidenten Horacio Cartes als „großen Freund Israels“. Es sei jetzt die Zeit gekommen, in der die Beziehung beider Länder „wie Wasser fließen“ werde. Die Botschaft Paraguays befindet sich jetzt im Malha Technikpark. Im selben Gebäude hatte bereits Guatemala vergangenen Mittwoch seine Botschaft eröffnet.

Paraguay unterstützt Israel schon seit Jahrzehnten

Netanjahu erinnerte an die Hilfe, die Paraguay Juden bei der Flucht aus Deutschland vor und während des Holocaust gab. Das Land habe jüdische Flüchtlinge während des Krieges aufgenommen. „Es war ein Akt der Güte und Gnade, der sich für immer in unsere Herzen eingepägt hat“, sagte Netanjahu. Auch habe Paraguay die

Gründung des israelischen Staates bei der UN-Abstimmung 1947 unterstützt.

„Ich bin kein halbherziger Freund“, sagte Cartes. Die Liebe und die Bewunderung, die er für das israelische Volk verspüre, basiere auf gemeinsamen Werten wie Demokratie, Frieden und die Verteidigung der Menschenrechte. Cartes war der erste paraguayische Präsident, der Israel im Jahr 2016 besuchte.

Cartes hatte israelisches Beraterteam im Wahlkampf

Cartes' fünfjährige Legislaturperiode endet im August. Im Wahlkampf hatte er auch ein israelisches Beraterteam, darunter Netanjahus früheren Bürochef Ari Harrow. Der paraguayische Präsident konnte wegen seiner bisherigen Amtszeiten nicht wiedergewählt werden. Sein Nachfolger Mario Abdo Benitez, ein Enkel libanesischer Einwanderer und aus derselben Partei wie Cartes, sagte, er sei in den Botschaftsumzug nicht einbezogen worden.

Die „Palästinensische Autonomiebehörde“ (PA) verurteilte den Botschaftsumzug. Es sei ein Akt der Aggression gegen die „Palästinenser“ und ihre Rechte. Auch verstoße die Verlegung gegen internationales Recht und wichtige UN-Resolutionen.



Premierminister Netanjahu begrüßt seinen paraguayischen Amtskollegen Horacio Cartes.

Zwischen Skylla und Charybdis – „No win“-Situation für die Juden

Islamisierung und reaktiver Rechtsruck gefährden den Bestand jüdischen Lebens in Deutschland



Von Dr. Rafael Korenzecher

Alexander Gauland hat es wieder getan.

Er hat gesagt, was er gesagt hat und was er in unterschiedlichen Variationen und gewollter Doppeldeutigkeit ständig sagt, bei vielen Gelegenheiten und gleichgültig welchem Kontext.

Ob er in einer Rede wie Martin Walser einen Schlussstrich unter die belastende Erinnerung der deutschen NS-Zeit setzen will oder ob er laut, öffentlich das Recht der Deutschen einfordert stolz zu sein auf Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen trotz seines Wissens um die maßgebliche Beteiligung der Wehrmacht an dem epochalen Mordverbrechen der Nazis gegen die Juden Europas wie etwa die schrecklichen in die Zehntausende gehenden Erschießungen wehrloser jüdischer Frauen, Kinder und Männer im ukrainischen Babi Jar: Herr Gauland – und nicht nur er in seiner Partei – wählt sein Vokabular und auch die übrigen Redeteile, die ihn gleichzeitig wieder exkulpieren sollen, mit Berechnung und Bedacht.

Herr Gauland sagt wörtlich: „Hitler und der Nationalsozialismus sind nur ein Vogelschiss in tausend Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte.“

Damit relativiert und minimiert er wie bei diesem letzten Zitat in seiner Rede vor der Thüringer AfD-Jugend die Gräueltaten der Nazis systematisch und absichtlich. Über 50 Millionen Kriegstote und 6 Millionen vorsätzlich, bestialisch und industriell ermordete Juden können kein Vogelschiss sein. Nicht heute und nicht morgen – nie-

mals und nirgends.

So war das nicht gemeint, wird Herr Gauland in seiner wahrscheinlich schon vorab vorbereiteten Rechtfertigung später sagen – es sollte nur klarstellen, dass die Niederungen der 12 Jahre Nazi-Gräuelt nicht die Sicht auf eine 1000-jährige deutsche Geschichte mit allen ihren Höhepunkten verstellen dürfen. Und schließlich habe er sich zur deutschen Verantwortung für diese finstersten Jahre deutscher Geschichte bekannt. Das mag bedingt stimmen, wenn auch die 1000 Jahre christliches Deutschland ohne Nazis für den jüdischen Bevölkerungsteil in weiten Zügen alles andere als ein Rosengarten waren. Von der nicht wirklich zufällig erscheinenden Alliteration an das von den Nazis großsprecherisch verkündete 1000-jährige Reich der vermeintlichen deutschen Erhebung ganz zu schweigen.

Diese Doppeldeutigkeit, die auch der AfD-Mann Höcke bei seiner „Mahnmal der Schande“-Rede für sich zu nutzen versucht hat, ist weder neu noch zufällig. Sie stellt einen gezielten und geschmacklosen Tabubruch mit eingebautem Notausstieg dar, und ist und bleibt ebenso infam wie inakzeptabel.

Trotz und mit anschließender Rechtfertigung – es bleibt dabei: Herr Gauland fischt mit Vorsatz und Kalkül am rechten Rand des mit wachsendem Versagen der etablierten Parteien immer ergiebiger werdenden braunen Morastes aus Geschichtsverleugnung, tumber undifferenzierter Xenophobie und vor allem tradiertem und nie wirklich

abgelegtem Antisemitismus dieser Gesellschaft.

Vor diesem reaktiven Rechtsruck, dem vor allem die Juden in diesem Lande zum Opfer fallen werden, warnt die JÜDISCHE RUNDSCHAU und warne ich seit Jahren. Unter anderem habe ich dazu im Juni 2016 in meinem Beitrag „Zwischen Skylla und Charybdis – unsere Wahl zwischen zwei Übeln“ bereits damals folgende – wie ich immer noch hoffe – allzu pessimistische Prognose für die Juden in diesem Lande abgegeben:

„Merkel & Co. haben sich unwählbar gemacht und die bundesrepublikanischen Volksparteien-Wähler durch ihre suizidale Deutschland- und Europa-Politik ihrer politischen Heimat beraubt.“

Sie haben Deutschland und Europa aus dümmlichem, linksromantisierendem, auf dem Islam-Auge erblindeten Pseudo-Gutmenschentum ohne jede Not polarisiert. Nichts wird so bleiben wie es mit allen im Rahmen gebliebenen Defizienzen in unserem wundervollen jahrzehntelang freiheitlich-demokratisch grundgeordneten Rechtsstaat war.

Deutschland und Europa werden mit zunehmender Geschwindigkeit nachhaltig und irreversibel von der rassistischen, jüdenfeindlichen und mittelalterlich frömmlichen, unduldsamen Weltbeherrschungsideologie des Islam erodiert oder erleiden einen erheblichen Rechtsruck mit vielen seiner undifferenziert xenophoben und häufig ebenfalls antisemitischen Auswüchse.

Auf der Strecke bleiben unsere freiheitlichen, rechtsgesicherten Demokratien, unsere säkularen, geschlechter-emanzi-

pierten Gesellschaften, unsere moderne Lebensart und der gesunde Menschenverstand.

Für unser jüdisch-abendländisches Kulturerbe und vor allem für die jüdischen Bürger Deutschlands und Europas bleiben die Auswanderung oder das jeder Hoffnung entledigte Abwarten, ob neben dem ohnehin nie erloschenen antijüdischen Vorbehalt unserer Gesellschaft an erster Stelle der neu-importierte islamgenerierte Juden Hass oder der mit der rechten Seite des politischen Spektrums wieder verstärkt an die Oberfläche gekommene tradierte Antisemitismus unseiner Zeiten die Oberhand gewinnen wird.

Am ehesten noch wird es eine unheilige Symbiose aus beidem werden.

Die alten griechischen Seefahrer hatten wenigstens noch die Wahl zwischen dem Monster Skylla und dem Monster Charybdis. Die Juden, die hierzulande nach der Katastrophe des letzten Jahrhunderts noch einmal für sich und ihre Kinder an ein Leben in Gleichberechtigung, Demokratie, Würde und Freiheit glauben wollten und noch wollen, werden wohl beide Monster gleichzeitig erleben.

Dr. Rafael Korenzecher

Der Autor ist Herausgeber der „Jüdischen Rundschau“ und der „Еврейская панорама“, stellvertretender Vorsitzender des „Koordinierungsrats gegen Antisemitismus“, ehem. Mitglied des Rundfunkrats des SFB und ehem. Mitglied der Repräsentantenversammlung der Jüdischen Gemeinde Berlin

Ines Pohl: Journalistin voll im deutschen Trend

Die Ex-taz-, jetzt Deutsche Welle-Frau exkulpiert die Hass-Aktionen der Hamas

Von Dr. Nikoline Hansen

„Große Herausforderungen und Unwägbarkeiten“ erkennt die Redakteurin der Deutschen Welle, Ines Pohl, in ihrem Kommentar anlässlich „70 Jahre Israel“ am 14. Mai 2018 mit dem Titel „Ein Jubiläum, eine Botschaft und ein Zerstörer namens Donald Trump“.

Das ist sicher nicht außergewöhnlich – die Weltpolitik ist voll von großen Herausforderungen und Unwägbarkeiten, die Welt ist voll von Gewalt, Kriegen und Verstößen gegen die Menschenrechte wie Massakern an der Zivilbevölkerung an einer Reihe von Brennpunkten, die mal mehr oder mal weniger stark im Fokus der deutschen Medienwelt stehen.

Was war also geschehen? Die Hamas in Gaza rief – nicht zum ersten Mal – dazu auf, gewaltsam gegen Israel vorzugehen. Und sie inszenierte ihren Protest wie so oft sehr medienwirksam. Israel feiert seinen 70. Geburtstag, die „Palästinenser“ feiern den „Tag der großen Katastrophe“ – dabei hätte es alles anders werden können, hätte man sich nicht bereits 1948 dafür entschieden, den jungen jüdischen Staat vernichten zu wollen. Indes, man wollte keine Zweistaatenlösung und führte einen Krieg – den das junge Land Israel unerwartet gewann.

Statt sich nun zu arrangieren und aufgrund der Staatsgründung entstandene Ungerechtigkeiten zu verhandeln, schuf man ein „Palästinenserproblem“ – in den Nachbarstaaten Israels und in den Teilen des ehemaligen Landstrichs Palästina, die nicht zu Israel gehörten. In Libanon und Syrien gibt es „Palästinenserlager“, die kleinen Städten gleichen und deren Einwohner deutlich weniger Aufmerksamkeit bekommen als die Bewohner Gazas und des „Westjordanlandes“. In Jordanien haben die „Palästinenser“ in vierter Generation Sonderrechte und werden von der UN unterstützt – man hat sich dort um des Friedens willen in einer segregativen Welt arrangiert.

Die Politik der „palästinensischen“ Führung in den „palästinensischen Gebieten“ ist derweil desaströs. Insbesondere die Hamas in Gaza steht in der Kritik, da die reichlich fließenden Gelder in erheblichem Umfang nicht bei der Bevölkerung ankommen, sondern Terroraktionen und Raketenbeschuss gegen Israel finanzieren und in die Taschen der Machthaber fließen – die wiederum die Dämonisierung Israels als Instrument des eigenen Machterhalts missbrauchen. Die Art und Weise wie dies geschieht zeigt Wirkung – ganz nach dem Motto „steter Tropfen höhlt den Stein“. Gerade in Deutschland trifft dieses Narrativ auf großes Verständnis und die Medienwelt ist schnell dabei, Israel als Aggressor zu verteufeln.

Am 14. Mai 2018 begann Ines Pohl ihren Kommentar zu „70 Jahre Israel“ also mit dem Satz: „Die Welt in Rauch und Flammen“. Wenn man den Kontext nicht kennen würde könnte man meinen, der Dritte Weltkrieg sei ausgebrochen und große Städte lägen in Schutt und Asche. Nein, das ist nicht der Fall, aber Ines Pohl meint es ernst:

„Das sind mehr als Nachrichtenbilder, die uns aus dem Gaza-Streifen erreichen. Sie werden zum Symbol für die Gefahren, die vom Regierungswüten eines Donald Trump ausgehen“.



Ines Pohl, Chefredakteurin der Deutschen Welle

Mehr als Nachrichtenbilder? Es ist der medienwirksam aufgebauchte Missbrauch der Zivilgesellschaft als Kanonenfutter bei dem Versuch, die israelische Grenze zu durchbrechen um den Terror wieder nach Israel zu bringen.

Der Hass der Hamas braucht keinen Botschaftsumzug

Am 14. Mai wusste man zwar noch nicht, dass die überwiegende Anzahl der an der Grenze durch israelische Scharfschützen Getöteten Hamas-Terroristen waren. Man hätte aber mit etwas politischem Gespür wissen können, dass es nicht Trump und die Verlegung der amerikanischen Botschaft nach Jerusalem waren, die diesen Gewaltexzess ausgelöst haben, sondern dass dies lediglich ein willkommener Anlass war, nicht nur Israel, sondern auch die ebenso verhassten Vereinigten Staaten von Amerika zum Sündenbock zu machen.

Ines Pohl: „Die vielen Toten und Verletzten hat Donald Trump deshalb mit zu verantworten“.

Zwar gibt sie zu, dass er nicht der Alleinschuldige an der Situation ist, aber sie sieht doch einen guten Teil der Verantwortung für die von den Terroristen ausgehende Gewalt bei ihm, so dass sie diese implizit billigt, denn die Verlegung der amerikanischen Botschaft nach Jerusalem wertet sie als Provokation. Daher stellt sie die Frage: „Was treibt diesen Mann an?“, der „nebenbei die seit 70 Jahren bestehende Friedensordnung mit und in Europa in eine Existenzkrise wirft.“ Es ist bedauerlich, dass eine derartige Frage anlässlich des 70. Geburtstages des Staates Israels für eine deutsche Chefredakteurin offensichtlich eine größere Bedeutung hat als das, was tatsächlich im Nahen Osten passiert.

Ihre Hypothese lautet: Er ist nicht als „demokratisch gewählter Politiker“

„sozialisiert“.

Und: „Donald Trump hat keinen Plan B. Er denkt bei seinem Handeln nicht an die Konsequenzen“.

Woher sie diese Erkenntnis nimmt, bleibt ihr Geheimnis, nur eines ist sicher richtig:

„Er übt Macht aus, weil er es kann.“

Ja, das ist etwas, das vom Präsidenten der Vereinigten Staaten erwartet wird. Alles andere ist Unterstellung – so auch die Feststellung, dass er

„den Iran-Deal zerschlägt, ohne zu wissen, was danach passieren soll“.

Alleine die Tatsache, dass er das Abkommen aufgekündigt hat, zeigt ja, dass er sich mit dem Thema befasst hat. Auch Trump ist nicht alleine auf der Welt, sondern er handelt im Kontext mit anderen Menschen – in einer freiheitlichen Demokratie, in der freie Meinungsäußerung ein hohes Gut ist.

Am Ende empfiehlt Pohl Europa und Deutschland „endlich aufzuwachen“:

„Sieben Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges muss Europa erwachsen werden. Und dazu gehört, außen- und sicherheitspolitische Verantwortung zu übernehmen. Deutschland muss sich endlich ehrlich machen, und wieder in seine Bundeswehr investieren. Auch wenn bisher viele mit einer nur bedingt verteidigungsbereiten Armee in Deutschland leben konnten.“

Denn: „Auf ein Land, das von einem Mann wie Donald Trump regiert wird, kann man sich nicht nur nicht mehr verlassen, sondern man darf es nicht“.

Kann oder darf? Israel kann sich sehr wohl auf die USA verlassen – ganz im Gegensatz zu Europa und Deutschland. Und wenn Europa und Deutschland aus der westlichen Werteordnung ausscheren im Glauben, damit den Weltfrieden retten zu können, etwa indem sie an einem Abkommen mit einem Regime festhalten, dessen Glaubwürdigkeit im Hinblick auf das Einhalten dieses Abkommens zumindest fragwürdig ist – abgesehen davon, dass die Regelungen des Abkommens mitnichten eine Sicherheit darstellten – kann einem eigentlich nur bange werden. Denn eine der Forderungen Trumps, die mit ursächlich für das Auseinanderleben war, war genau die, dass Deutschland mehr in die Verteidigung des westlichen Wertebündnisses investieren möge.

Frau Pohl nichts aus der Geschichte gelernt

Es ist erschreckend, diesen Kommentar zu lesen. Er beweist, dass selbst gebildete Deutsche, die eine verantwortungsvolle Position im öffentlichen Leben erlangt haben, nichts aus der Vergangenheit gelernt haben. Weder zeigen sie auch nur die geringste Sympathie für Israel, noch erinnern sie sich daran, was sie den Amerikanern zu verdanken haben. Die Zeiten des Nehmens sind vorbei, und eigentlich wäre es angemessen, nun zu geben. Stattdessen wird die Zerstörung der Welt befürchtet, wenn ein demokratischer Staat sich mit einem anderen demokratischen Staat solidarisch zeigt und ein Zeichen setzt, das eigentlich überfällig war. Die Gefahr droht von anderer Seite, und das sollte uns alle beunruhigen: Es ist die Angst vor der Angst, dass die Existenz eines Staates den Weltfrieden bedroht. Die Welt ist nicht in Rauch und Flammen aufgegangen, obwohl Israel seinen 70. Geburtstag gefeiert hat.

Die WDR-Sendung „Monitor“: Instrument einseitig anti-israelischer Hetze

Der Redaktionsleiter Georg Restle blendet das wirkliche Geschehen im Gaza-Konflikt aus

Von Gerd Buurmann

Sehr geehrter Redaktionsleiter von „Monitor“, Georg Restle,

„Wer die israelische Armee kritisiert, ist deshalb noch kein Antisemit. Wer auf Russlands Demokratiedefizite hinweist, kein Russlandfeind. Und wer Trump schlimm findet, nicht anti-amerikanisch. Traurig, dass das überhaupt erwähnt werden muss.“

Das haben Sie gesagt und es stimmt, was Sie sagen. Wer Israel kritisiert, ist kein Antisemit. Aber Sie, Herr Restle, sind ein Antisemit. Nicht weil Sie Israel kritisieren, sondern weil Sie über den mörderischen Judenhass geschwiegen haben und zwar dort, wo es geboten gewesen wäre, darüber zu reden. Stattdessen haben Sie nur die Seite kritisiert, die gehasst wird. Als Israel im Mai 2018 angegriffen wurde, berichtete Monitor wie folgt:

„Es waren erschütternde Bilder aus dem Gazastreifen am Montag. Rücksichtslos schießt die israelische Armee auf palästinensische Demonstranten, darunter auch Frauen und Kinder (...) Und nein, das waren keine Zusammenstöße, wie viele deutsche Medien schreiben, sondern ein maßlos übertriebener Einsatz von Gewalt, ein mögliches Kriegsverbrechen, begangen von der israelischen Armee und deren Führung (...) Die Eskalationsspirale im Nahen Osten dreht sich unaufhaltsam und es sind vor allem der US-amerikanische Präsident und der israelische Premierminister Netanyahu, die zur Zeit Öl ins Feuer gießen.“

Monitor fand deutliche Worte und erklärte Israel zu maßlosen, rücksichtslosen, schießwütigen Kriegsverbrechern. So sieht also Ihre neutrale Berichterstattung aus, Herr Restle.

Der Gründer der Hamas, Mahmud az-Zahar, erklärt offen, dass die Proteste selbstverständlich nicht friedlich waren und sogar mit Waffen von der Hamas unterstützt wurden:

„Wenn Sie Waffen haben, die von Männern eingesetzt werden, die Soldaten der israelischen Armee gefangen nehmen oder töten können, ist das dann wirklich friedlicher Widerstand? Das ist kein friedlicher Widerstand! Wenn wir über friedlichen Widerstand sprechen, täuschen wir die Öffentlichkeit. Dieser Widerstand wird von einer Militärmacht und von Sicherheitsbehörden verstärkt und erfreut sich enormer Unterstützung seitens der Bevölkerung.“

Mahmud az-Zahar ist Gründer der Hamas. Artikel 7 aus der Gründungscharta der Hamas erklärt:

„Die Zeit wird nicht anbrechen, bevor nicht die Muslime die Juden bekämpfen und sie töten.“



Georg Restle, Chefredakteur von „Monitor“

Die Hamas fordert die Vernichtung aller Juden weltweit, aber „Monitor“ erklärt, Israel übertreibe es. Das ist antisemitisch, Herr Restle.

Am 9. Oktober 2015 hielt der Kleriker Muhammed Salah „Abu Rajab“ folgende Predigt in der Al-Abrar-Moschee in Rafah im Süden des Gazastreifens:

„Unsere erste Phase soll lauten: Stecht die Juden ab! Sie haben keine Chance! Die zweite Phase soll lauten: Wir werden die Juden nicht mehr vertreiben! Wir werden sie allesamt abstechen und abschlachten!“

Was für ein maßvoller Kerl. „Monitor“ sagt dazu nichts. „Monitor“ findet jedoch Israel maßlos. Der stellvertretende Minister für religiöse Stiftungen der Hamas, Abdallah Jarbu, erklärt:

„Juden sind fremdartige Bakterien, sie sind Mikroben ohne Beispiel auf dieser Welt. Möge Gott das schmutzige Volk der Juden vernichten, denn sie haben

keine Religion und kein Gewissen! Ich verurteile jeden, der glaubt, eine normale Beziehung mit Juden sei möglich, jeden, der sich mit Juden zusammensetzt, jeden, der glaubt, Juden seien Menschen! Juden sind keine Menschen, sie sind kein Volk. Sie haben keine Religion, kein Gewissen, keine moralischen Werte!“

Was für ein friedfertiges Gemüt. „Monitor“ sagt dazu nichts. „Monitor“ erklärt stattdessen, Israel gösse Öl ins Feuer. Da wundert es nicht, dass im April 2018 im Gazastreifen im toxischen Rauch von Autoreifen, die Hakenkreuzflagge gehisst wurde und Soldaten der Hamas immer wieder dabei beobachtet werden, wie sie stolz den Hitlergruß machen.

Israel wurde angegriffen! Die Hamas orchestrierte einen Marsch auf den Grenzzaun, um in Israel einzudringen, um dort Massaker anzurichten, wie es die Charta der Hamas verlangt. Die Schlächter von der Hamas motivierten, rekrutierten und finanzierten die Massen am Grenzzaun.

Die Hamas schüttet großzügige Märtyrerrenten an alle Väter und Mütter aus, deren Kinder im Gefecht sterben, wie jung sie auch immer sein mögen. Die Hamas versteckt ihre Waffen in Schulen und Hospitälern und missbraucht so das eigene Volk. Selbst Babys werden als Schutzschilder missbraucht. Ganz bewusst wird der Hass auf Juden geschürt, in den Moscheen und Schulen, auf Marktplätzen und im Fernsehen, vor allem auch im Kinderprogramm, wo Kinder lernen, Juden zu hassen und sie zu töten.

All diesen brutalen Hass gibt es in Israel nicht! Der Unterschied zwischen Israel und dem Gazastreifen ist so groß wie zwischen einer Demokratie und einer Diktatur. Israel will in Frieden leben mit seinen Nachbarn, die Hamas aber will Israel für ihren Frieden vernichten. Das ist der Konflikt!

Wenn man in Deutschland über diesen Konflikt berichtet, gehört es zum journalistischen Anstand, in jedem Bericht und in jedem Artikel zu dem Thema, den Hass gegen Juden und Israel wenigstens zu erwähnen, denn dieser brutale Hass ist die Wurzel des Übels und der Grund für den Konflikt. Diesen Hass zu verschweigen, ist unverantwortlich! „Monitor“ tat genau das. „Monitor“ schwieg!

Dafür sind Sie verantwortlich, Georg Restle! Traurig, dass Sie all den Hass nicht erwähnt haben.

„Monitor“ verschwieg, dass die deutliche Mehrheit aller bei dem Angriff auf Israel getöteten Menschen Mitglieder der Hamas waren. „Monitor“ verschwieg alles, was hätte helfen können, einen objektiven Blick zu entwickeln. Stattdessen bediente „Monitor“ die Rhetorik der Israelkritiker und Israelhasser. Wer diesen Bericht von „Monitor“ gesehen hat und sonst keine weiterführenden Informationen zu dem Thema hatte, musste zu dem Ergebnis kommen: Israel ist unser Unglück!

Selten wurde es in Deutschland Juden so übel genommen, sich zu wehren, wenn Sie vernichtet werden sollen.

Dafür sind Sie verantwortlich, Georg Restle.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 70 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Jede weitere Ausgabe – eine zusätzliche Briefmarke.

Die geheuchelte Bürgernähe der deutschen Bundeskanzlerin

Das öffentlich gepflegte Graue-Maus-Image Angela Merkels macht sie nicht zu einer besseren Volksvertreterin als den schillernden US-Präsidenten

Von Dushan Wegner

„Die Merkel, die ist so anständig, die hat mit Sicherheit keine Affäre wie dieser Trump! Geschäfte mit ihrem Namen, wie der Trump, das würde sie nicht treiben! Die Merkel, das ist so eine wie ich.“

Kommt Ihnen das bekannt vor? Jeder von uns hat einen Nachbarn, einen Kollegen oder einen Freund, der solche Sachen sagt. Was aber ist die Basis solcher Ideen?

Sehen wir hier einmal von der Frage ab, wie realistisch das Image einer Kanzlerin ist, die regelmäßig kurz vor Wahlen von Zeitungen „zufällig“ und „spontan“ fotografiert wird, wie sie im Supermarkt die Butter für den Kuchen kauft. Wer so etwas glaubt, der glaubt auch, dass die Renten sicher sind.

Ich frage nach einer anderen Basis: An welchem Punkt der jüngeren Geschichte hat es sich etabliert, dass für die da oben dieselben Werte zu gelten haben wie für uns hier unten?

Es war in der Geschichte der Menschheit nie so, dass die Könige und Kriegsherren derselben Moral des Alltags folgten wie das gemeine Volk. In Zeiten, als der stärkste und klügste Krieger zum Häuptling erklärt wurde, war es etwa nützlich, dass er so viele Weibchen beschief, wie seine Lenden es hergaben. So entstanden zahlreiche kleine Kämpferkinder, und das nutzte dem gesamten Stamm. Es ist zudem eine sinnvolle Idee, den Häuptlingen so viel Nahrung und Ressourcen zur Verfügung zu stellen, wie sie brauchen, damit sie bei ihrem Nachdenken über das Wohl des Stammes nicht von Kleinkram und persönlichen Lästigkeiten behindert werden.

Privilegien gegen Leistung

Doch kein Recht darf ohne Pflichten sein, zumindest ist das in funktionierenden Gesellschaften so. Im Gegenzug für ihre Privilegien hatten die Mächtigen eine Leistung zu erbringen. Die Aufgabe der Macht ist es, die ihr anvertrauten Bürger vor äußerer und innerer Gefahr zu schützen; die Macht hat den Bürgern ein Leben in relativer Freiheit zu ermöglichen, ein Land, in dem sie in Frieden ihre Kinder großziehen, ihren Lebensunterhalt verdienen, die Gemeinschaft pflegen und sich am Glück versuchen können – dafür dürfen die Mächtigen dann gern Champagner saufen, bis es ihnen aus den Ohren schäumt.

Dieser Pakt wurde in den letzten Jahrzehnten einseitig aufgekündigt.

Die Banker, die längst nicht mehr nur der Wirtschaft das notwendige Kapital zur Verfügung stellen, sondern in Form gefährlicher Spekulationen die Wirtschaft immer wieder an den Rand des Kollaps bringen, nehmen Privilegien in Anspruch (und die Sozialisierung ihrer Verluste), ohne dafür eine gesellschaftliche Gegenleistung zu liefern.

In diesem Sinne ist Merkel vom gleichen Holz geschnitzt wie die Banker, die mit Derivaten spekulieren. Merkel hat ebenfalls den Deal einseitig aufgekündigt: Sie spielte auf der Klaviatur des Systems derart, dass ihr Macht zugestanden wurde, doch sie liefert nicht den Gegenwert. Sie liefert nicht Sicherheit, sondern Gefahr. Sie simuliert Normalheit und stellt jedwede Abgehobenheit in striktest denkbare Abrede.

Merkel und ihr Kreis von Ja-Sagern



Das Ehepaar Merkel/ Sauer



Das Ehepaar Trump

haben wenig Vorstellung davon, wie das „normale Leben“ aussieht. Man kann es an ihren Auftritten und ihrem Gestammel erkennen, man kann es zum Beispiel in „Die Getriebenen“ von Robin Alexander nachlesen, einem Autor der nun wirklich nicht übertrieben merkelkritischen „Welt“. Merkel und

ge du nur dafür sorgst, dass das Land beschützt wird und wir in Ruhe leben können.

Ich will nicht einer von den Mächtigen sein. Ich will nicht jeden Tag den ganzen Tag um meinen Posten ringen, Querelen schlichten und meine Feinde niederringen müssen. Ich will nur

„ Trump lebt im Luxus, kämpft aber für das Wohl seines Landes. Merkel tut bescheiden, lässt aber Gewalt ins Land.“

ihre Regierung nehmen erfolgreich die Privilegien der Macht in Anspruch, versäumen aber, ihren Teil des buchstäblich viele Jahrtausende alten Deals einzuhalten.

Vergoldete Badewannen sind o.k.

In diesen Tagen ist Merkel wieder auf Trump getroffen. Ein Treffen der Gegensätze. Merkel bricht den impliziten Deal mit den Untergebenen – Trump versucht, ihn zu halten.

Was den linken, neidzerfressenen Spießern in den Redaktionen an Trump wie verrückte Extravaganz vorkommt, ist nur Teil des Deals, den der amerikanische Wähler mit seinem Präsidenten abgeschlossen hat.

Trumps Wähler sagen: Es ist okay, dass du in vergoldeten Badewannen badest. Es ist okay, wenn du von dir erzählst, du seist der Klügste. Wenn du mit Playboy-Models schläfst, dann finden wir das, anders als linke Griesgrame, nicht verwerflich, sondern wären sogar etwas enttäuscht, wenn dem nicht so wäre. Alles das ist okay, solan-

lesen, nachdenken, schreiben, etwas nach draußen gehen und etwas Zeit mit meiner Familie verbringen. Das ist alles. Dafür nehme ich gern in Kauf, keine dicke Limousine zu fahren, keinen Jet nur für mich bereitstehen zu haben, keine Büros im Glaspalast zu besetzen, keine goldenen Wasserhähne zu bedienen und mir niemanden zu halten, der sich vor mir fürchtet und doch den Kottau machen muss.

Ich gönne Trump eventuelle Techtelmechtel. Wenn er hier und da ein Geschäft an der Seite machen sollte, dann kann er selbst das von mir aus tun. Solange Politiker das Land sicher halten, sollen sie gern in Luxus schwelgen. Ich will in Ruhe im Café sitzen, meinen Kindern beim Spielen zuschauen, und wenn der Politiker dafür sorgt, dass ich es kann, soll er doch in der Stretch-Limousine umherfahren und sich von halbnackten Damen diamantbesetzte Austern in den Rachen kippen lassen.

Wo ist die moralische Legitimation von Merkels Macht?

Mit Trump und Merkel treffen zwei

Welten aufeinander. Die eine tut bescheiden, ihre Politik aber brachte Antisemitismus ins Land, Terror, Messergewalt, Vergewaltigungen und Mord bis hin zur Enthauptung. Der andere lebt in Saus, Braus und goldenem Kitsch, kämpft aber für die Sicherheit des Volkes, hat die Arbeitslosigkeit gesenkt, besonders unter Schwarzen (einer unter Obama vernachlässigten Gruppe), was sogar seine politischen Gegner wie z.B. CNN anerkennen. Er hat positive Bewegung in die Korea-Spannungen gebracht, und er kämpft gegen unvorstellbare Widerstände darum, sein Land nach Süden hin abzusichern.

Wenn aber die Mächtigen, wie Merkel, auf ihrer Macht und ihren Privilegien bestehen, während sie die Bürger in Gefahr bringen, müssen wir fragen, was die moralische Legitimation ihrer Macht und ihrer Privilegien ist.

Sollen die Mächtigen doch alle Privilegien dieser Welt genießen, ich brauche das nicht – nur sollen sie dafür ihren Teil des Deals einhalten! Trump lebt im Luxus, kämpft aber für das Wohl seines Landes. Merkel tut bescheiden, lässt aber Gewalt ins Land. Ich gönne den Mächtigen allen Champagner dieser Welt – doch im Gegenzug sollen sie dafür sorgen, dass ich meinen Kaffee in Frieden trinken kann.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf dushanwegner.com.

Dushan Wegner (geb. 1974 in Tschechien, Mag. Philosophie 2008 in Köln) pendelt als Publizist zwischen Berlin, Bayern und den Kanaren. In seinem Buch „Relevante Strukturen“ erklärt Wegner, wie er ethische Vorhersagen trifft und warum Glück immer Ordnung braucht.

Irans langer Arm reicht bis in die ARD

Die Fernsehjournalisten Reinhard Baumgarten, Markus Preiß und Stefan Buchen tragen pro-iranische Propaganda in deutsche Wohnzimmer

Von Stefan Frank

Als die iranische Regierung vor zwei Jahren eine Ausstellung mit Cartoons über den Holocaust abhielt, kam ARD-Korrespondent Reinhard Baumgarten ins Schwärmen, angesichts der „Pluralität“, die es im Iran gebe: Dort finde man noch Leute, die sich die „künstlerische Freiheit“ herausnehmen, an „Tabu- und an Reizthemen“ zu „kratzen“, „die im Westen so nicht akzeptiert“ würden, u.a. eben „das Thema Holocaust von einer anderen Seite zu beleuchten“. Derselbe Baumgarten versicherte im Mai 2016, die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Iran seien „bedingt demokratisch“. Dass er dem System nicht ein noch besseres Zeugnis ausstellte, lag nicht etwa daran, dass bei „Wahlen“ nur vom Wächterrat geprüfte, linientreue Personen kandidieren dürfen; nicht daran, dass es im Iran ein Verbrechen ist, das System zu kritisieren; auch nicht daran, dass Dissidenten eingesperrt, gefoltert, vergewaltigt und ermordet werden; sondern lediglich daran, dass im Iran „Politik“ nach, wie Baumgarten formulierte, „eigenen, für Außenstehende kaum durchschaubaren Regeln“ funktioniere. Die iranische „Demokratie“ verhielte sich demnach zur westlichen wie Bridge zu Mau-Mau: die Regeln sind komplizierter.

Baumgarten wird sich geschmeichelt fühlen, wenn man ihn die „Stimme Teherans im deutschen Radio“ nennt. Doch mittlerweile muss man sich fragen, ob nicht das gesamte öffentlich-rechtliche deutsche Bezahlfernsehen und -Radio Teil der Basidsch-Milizen geworden ist. Markus Preiß, Leiter des ARD-Studios Brüssel, gibt in den Tagesthemen die Marschrichtung vor:

„Es heißt, europäische Firmen zu unterstützen, die aus unserer Sicht das Richtige tun und im Iran investieren, die dafür aber in den USA womöglich als Terrorhelfer verklagt werden. Es heißt, sich in dieser Frage Peking und Moskau als Verbündete zu wählen und nicht Washington. Es heißt auch, sich in dieser Sache vor ein Land namens Iran zu stellen, das die Menschenrechte mit Füßen tritt. Das muss man wollen und aushalten können.“

Man muss: Wollen, Aushalten und sich vor ein Land stellen, das die Menschenrechte mit Füßen tritt – das alles ist nichts, was die Deutschen in ihrer Geschichte nicht schon geleistet hätten. Wie schwer kann das sein? Müsste Markus Preiß oder irgendeiner von uns aushalten, dass ihm die Hand mit einer Guillotine abgetrennt wird – vielleicht würde er da zögern und überlegen, ob das seine Fähigkeiten im Aushalten nicht übersteigt. Glücklicherweise hängt die Messlatte niedriger: Wir müssen nur aushalten, dass dies Menschen im Iran widerfährt, weit weg, während wir Europäer lediglich zur selben Zeit Flugzeuge, Autos und Industrieanlagen an die Henker liefern und Erdgas fördern müssen. Das aushalten, ist leichter.

Khomeinis Erbe

Preiß' ARD-Kollege Stefan Buchen schwärmt:

„Angesichts der politischen Klasse, die



Marcus Preiß, Leiter des ARD-Europastudios in Brüssel.

jetzt in Washington regiert, fällt es ‚dem Mullah‘ Hassan Rohani nicht schwer, seine geistig-moralische Überlegenheit zu zeigen.“

Sein ganzes Leben lang nämlich war Rohani – einer der frühen Gefolgsleute von Ajatollah Khomeini – edel, hilfreich und gut. In den 1980er Jahren etwa als Mitglied im Obersten Verteidigungsrat. Rohani war mitverantwortlich dafür, dass Hunderttausende Kinder in den Krieg geschickt wurden, Zehntausende von ihnen ließen er und seine Leute über Minenfelder laufen. Auch heute noch schickt er Kindersoldaten in den Krieg nach Syrien.

Zumindest Mitwisser war Rohani bei dem Massaker an 30.000 Gefängnisinsassen, das 1988 auf Befehl Khomeinis verübt wurde. Mostafa Pourmohammadi, eines der drei Mitglieder der „Todeskommission“, die die Morde beaufsichtigte, wurde 2013 Justizminister im Kabinett Rohani. 2017 ersetzte Rohani ihn durch Alireza Avai, der 1988 ein Massaker in einem Gefängnis in Dezful im Südwesten des Iran geleitet hatte. In jüngster Zeit ließ das iranische Regime die Massengräber, in denen die Gebeine der 1988 Ermordeten liegen, planieren und darauf Straßen errichten.

2006 prahlte Rohani damit, wie er als Chefunterhändler bei den Atomverhandlungen die Europäer reingelegt habe: Während der Gespräche sei die Urananreicherung weitergegangen, während er die Europäer davon habe überzeugen können, dass nichts dergleichen passiere:

„Von Anfang an haben die Amerikaner

den Europäern gesagt: ‚Die Iraner lügen und betrügen Euch und haben Euch nicht alles gesagt.‘ Die Europäer haben geantwortet: ‚Wir glauben ihnen.‘“

Tyrannen und einige ihrer Bewunderer

Wie kann es sein, dass zu einer Zeit, wo die Hinrichtungsmaschinerie des Iran im In- und Ausland auf Hochtouren läuft, iranische Raketen Südosteuropa erreichen können und das iranische Regime buchstäblich die Tage bis zu der von ihm angestrebten Vernichtung Israel zählt, eben dieses Regime fanatische Unterstützer in Deutschland hat?

Es ist schwer zu begreifen, aber in der Geschichte nicht ungewöhnlich. Josef Stalin wurde seinerzeit unter Europas linken Intellektuellen nicht trotz, sondern wegen der Schauprozesse der 1930er Jahre zum Idol. Der Schriftsteller Bertolt Brecht blieb auch dann noch Stalinist, als seine Freundin, die Schauspielerin Carola Neher (sie spielte u. a. die Seeräuber-Jenny) in den Gulag deportiert wurde, wo sie bald darauf umkam. Auch in den Sechziger und Siebziger Jahren galt es unter westlichen Intellektuellen als schick, Tyrannen zu verklären und zu romantisieren. Man denke an Noam Chomsky, der Pol Pot und die Roten Khmer verteidigte, oder an Richard Falk, der 1979 in der „New York Times“ über Khomeini schrieb:

„Die Schilderungen, die ihn als fanatisch, reaktionär und als Träger von kruden Vorurteilen beschreiben, sind sicherlich und glücklicherweise falsch. Es ist zudem ermutigend, dass der Kreis seiner engen Berater durchgängig aus modera-

ten und progressiven Individuen zu bestehen scheint.“

Rassismus der niedrigen Erwartungen

Der Philosoph Michel Foucault schwärmte von der „politischen Spiritualität“, die ihm 1978 bei einer Reise in den Iran unter den Khomeinisten begegnet sei. Mit Khomeinis Macht ergreifung im Iran etablierte sich die Schule des Kulturrelativismus, der zufolge man Länder wie den Iran nicht nach westlichen Maßstäben – etwa denen der Menschenrechte – messen dürfe. Damals entstand auch die eng damit verbundene Lehrmeinung, dass man Islamisten nicht bekämpfen dürfe. Im Jahr 2005 veröffentlichte der „Boston Globe“ einen Aufsatz des Harvard-Gelehrten Mohammad Mahmoud Ould Mohamedou, in dem dieser dazu riet, „mit Al-Qaeda zu reden“. Besiegen könnten die USA Al-Qaeda ohnehin nicht; doch als „Gegenleistung“ für ein Eingehen auf seine „Beschwerden“ werde Osama bin Laden sicherlich den von ihm erklärten Krieg einstellen, schließlich habe er gezeigt, dass er zu seinem „Wort steht“.

Dass man zu Dschihadisten nett sein soll, hörte die Welt erneut 2014, als der Islamische Staat (IS) große Teile des Irak und Syriens eroberte und u. a. mit Massenhinrichtungen und Sklavenmärkten Schlagzeilen machte. Der Politikwissenschaftler Michael J. Boyle schrieb in der „New York Times“, dass man der „Versuchung“ widerstehen solle, den Islamischen Staat „böartig“ zu nennen. Er sei auch nicht mit Al-Qaeda

vergleichbar (die Reputation der Organisation hatte zwischenzeitlich gelitten), sondern sei eine „erfolgreiche Aufständischengruppe“, die bloß „einen Platz am Tisch“ wolle.

Augsteins Atomprogramm

Jakob Augstein sah die Schuld wie immer beim Westen. Nach dem Massaker von Paris am 13. November 2015 fragte er: „Was haben wir ihnen angetan, dass ihr Hass so groß wurde?“ Augstein freut sich schon seit einigen Jahren auf die iranische Atombombe. 2015 frohlockte er:

„Auch wenn unsere Politiker sich noch nicht trauen, das offen auszusprechen: Die iranische Bombe ist nicht mehr zu verhindern.“

Dies sei, so Augstein, der „Anfang vom Ende einer Anomalie: Israel wird in absehbarer Zeit nicht mehr die einzige Atommacht im Nahen Osten sein.“ Mittlerweile fordert Augstein „Atombomben für alle“. Zustimmung zitiert er einen amerikanischen Politikwissenschaftler, der gesagt habe, „Macht“ müsse „ausgeglichen werden“. Gemeint ist der qualitative militärische Vorsprung Israels gegenüber den muslimischen Staaten der Region. Er ist der Grund dafür, dass es seit 1973 keinen Krieg zwischen Israel und seinen Nachbarstaaten mehr gegeben hat und Ägypten und Jordanien sogar Friedensverträge mit dem Staat Israel unterzeichnet haben. Darum ist er allen, die Israel verschwinden sehen wollen, ein Dorn im Auge, und darum setzen sie ihre Hoffnungen auf einen mit Atomraketen bewaffneten Iran.

Die, die die Menschheit vor der iranischen Bedrohung warnen, gelten ihnen als Störenfriede. Ihnen – allen voran dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu – schlägt vonseiten großer Teile der deutschen Presse purer Hass entgegen, wie der folgende ARD-Kommentar von Stefan Buchen zeigt:

„Die aufdringlich lärmende Rolle der israelischen Regierung kann niemand ignorieren. ... Die Anti-Iran-Clique in Washington geht mit der Regierung in Jerusalem Hand in Hand. Der israelische Verteidigungsminister Avigdor Lieberman posaunte vor einigen Tagen, es gebe ‚drei Probleme: Iran, Iran und Iran.‘ Damit plapperte er die Worte des amerikanischen Verteidigungsministers Jim Mattis nach, der sich vor zwei Jahren genauso ausdrückte.“

Wer dem Steinigungsregime Steine in den Weg legen will, statt es zu belohnen, gehört also zu einer Anti-Iran-Clique. Und israelische Politiker reden



Reinhard Baumgarten

nicht, sie lärmern, plappern, posaunen. Man spürt, wie Buchen von körperlichem Unbehagen ergriffen wird: die antisemitischen Stereotype sprudeln aus ihm heraus. „Im Besonderen“, schreibt Buchens Bruder im Geiste Richard Wagner, „widert uns nun aber die rein sinnliche Kundgebung der jüdischen Sprache an. Es hat der Cultur nicht

gelingen wollen, die sonderliche Hartnäckigkeit des jüdischen Naturells in Bezug auf Eigenthümlichkeiten der semitischen Aussprechweise durch zweitausendjährigen Verkehr mit europäischen Nationen zu brechen. Als durchaus fremdartig und unangenehm fällt unsrem Ohre zunächst ein zischender, schrillender, summsender und murksender Lautausdruck der jüdischen Sprechweise auf: eine unsrer nationalen Sprache gänzlich uneigenthümliche Verwendung und willkürliche Verdrehung der Worte und der Phrasenconstructionen giebt diesem Lautausdrucke vollends noch den Charakter eines unerträglich verwirrten Geplappers (!) bei dessen Anhörung unsre Aufmerksamkeit unwillkürlich mehr bei diesem widerlichen Wie, als bei dem darin enthaltenen Was der jüdischen Rede verweilt.“

Freilich ist längst nicht immer Antisemitismus im Spiel, wenn die zum Schweigen gebracht werden sollen, die das Stelldichein mit Diktatoren stören. Manche wollen einfach nur in Ruhe Geschäfte machen – im Iran geht es ja auch um wirklich viel Geld.

Hitlers feinfühlige Hände

Das Wüten gegen Netanjahu und Trump erinnert daran, wie in den 1930er Jahren in den USA alle abgemahnt wurden, die Hitler verärgern könnten. Charly Chaplin musste die Produktion von „Der große Diktator“ aus eigener Tasche bezahlen, weil die Produzenten in Hollywood keine Anti-

„Charly Chaplin musste die Produktion von „Der große Diktator“ aus eigener Tasche bezahlen, weil die Produzenten in Hollywood keine Anti-Nazi-Filme wollten. Der lange Arm Nazideutschlands nämlich reichte bis weit in die amerikanische Gesellschaft.“

Nazi-Filme wollten. Der lange Arm Nazideutschlands nämlich reichte bis weit in die amerikanische Gesellschaft.

Die amerikanische Presse berichtete über die ersten Jahre der NS-Herrschaft voller Sympathien. Unter der Schlagzeile „US-Regierung sieht Hitlers Aufstieg gelassen“, berichtete die „Cleveland Press“ am 30. Januar 1933:

„Die hiesigen Behörden sehen den Aufstieg Adolf Hitlers mit Gelassenheit. ... Sie äußerten Vertrauen, dass Hitler mit Mäßigung handeln werde. Experten gründen diesen Glauben auf frühere Ereignisse, die zeigen, dass sogenannte ‚radikale‘ Gruppen sich üblicherweise mäßigen, sobald sie an der Macht sind.“

Das Philadelphia „Evening Bulletin“ schrieb, Hitler habe in der Vergangenheit extrem geschienen, „in der letzten Zeit aber gab es Anzeichen von Mäßigung.“

Anne O’Hare McCormick, die berühmte Reporterin der „New York Times“, schrieb:

„Hitlers Augen sind kindlich und ehrlich ... Seine Stimme ist so ruhig wie seine schwarze Krawatte ... Er hat die feinfühligsten Hände eines Künstlers.“

Der „Diktator von Deutschland“ sei ein „recht schüchtern und einfacher Mann, jünger als man vermuten würde, robuster, größer. ... Seine Augen haben beinahe die Farbe wie der blaue Ritter-

sporn in einer Vase hinter ihm.“

Der auf der Titelseite gedruckte Artikel mit der Überschrift „Hitler strebt nach Jobs für alle Deutschen“ bot Hitler alle Gelegenheit, seine Propaganda auszubreiten: Er wolle Straßen und U-Bahnen bauen, die „Bürokratie reduzieren“, die „Fabriken dezentralisieren“ und Autos bauen, die sich auch Menschen

„mit geringem Einkommen“ leisten könnten. Besonders große Unterstützung erfahre er von Frauen. Gefragt, ob es „nach vier oder zwanzig Jahren der Diktatur“ wieder ein Parlament geben werde, machte er „eine Pause“, ehe er antwortete: „Ja, aber ein anderes und besseres Parlament, mit einer Vertretung auf einer technischen Basis.“ Eine Frage nach der Lage der Juden beantwortete er, indem er sagte, diese würden in Deutschland nicht etwa deshalb verfolgt, weil sie Juden seien.

„Es stimmt, dass wir diskriminierende Gesetze erlassen haben, doch sie richten sich nicht so sehr gegen die Juden, sondern sind für das deutsche Volk da, um der Mehrheit gleiche wirtschaftliche Möglichkeiten zu geben.“

Am Ende beschreibt die Reporterin, wie sich Hitler vor ihr mit einem „herzlichen Lächeln“ und einem „Handkuss in bester deutscher Manier“ verabschiedet



Stefan Buchen

das State Department – außer, wenn ich ein Abkommen aufkündige oder so.“

Hull entschuldigte sich erneut, nachdem LaGuardia im März 1937 in einer Rede gesagt hatte, auf der New Yorker

Weltausstellung 1939 werde es ein „Horrorkabinett“ geben, dessen „Hauptausstellungsstück“ Hitler sein werde, der „Fanatiker“, der „den Frieden der Welt bedroht“. Die Deutsch-Amerikanische Handelskammer protestierte: Die Äußerungen seien „unangebracht und sicherlich nicht im Geiste der Einladung, die kürzlich über offizielle Kanäle in Washington an Deutschland ausgesprochen wurde, an der Weltausstellung teilzunehmen. Sie sind den guten Beziehungen, die es zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland gibt, sehr abträglich und gefährden eine mögliche deutsche Teilnahme an diesem großen Unternehmen, auf welches Tausende Menschen als einem Symbol der internationalen Freundschaft und des guten Willens blicken.“

Hull versicherte dem Nazi-Regime, LaGuardia vertrete nicht „die Haltung dieser Regierung gegenüber der deutschen Regierung“.

Achse Berlin-Teheran

„Das Phänomen westlicher Führer und Journalisten, die Diktatoren unterschätzen, hat nicht mit den 1930er Jahren aufgehört“, sagt der Historiker Ronald Radosh vom Hudson Institute.

„In unserer Zeit wurden sowjetische Führer in den Medien fälschlich als Pragmatiker beschrieben, die den Kalten Krieg beenden wollten, Castro wurde als weiser Führer gepriesen – vor allem von Hollywoodstars, die ihn besuchten –, und der iranische Präsident Hassan Rohani wird weithin als ein ‚Moderater‘ bezeichnet, selbst wenn er zu Hause damit prahlt, wie er die Vereinigten Staaten erfolgreich ausgetrickt habe. Manchmal scheint es, dass nur wenige die Lektionen gelernt haben, die die Geschichte ihnen hätte beibringen sollen.“

Unterdessen wird in den deutschen Medien, vor allem den öffentlich-rechtlichen, offenbar bereits eine antiamerikanische Achse Berlin-Teheran vorbereitet. Tagesschau.de stimmt darauf ein mit dem Propagandafoto eines „Demonstranten“, der in Teheran „die Faust ballt“. Eine im Vordergrund zu sehende angesengte US-Flagge bezeichnet Tagesschau.de höhnisch als „ramponiert“.

Der „Spiegel“ schmückt seine Artikel ebenfalls mit brennenden amerikanischen Fahnen. Ein englischsprachiger, also für das Ausland bestimmter Beitrag trägt die Überschrift: „Time for Europe to Join the Resistance“. „Widerstand“ ist der Begriff, den Ajatollah Khomeini und seine Nachfolger benutzt haben, wenn sie von ihrem eigenen Regime oder schiitischen Terrorgruppen wie der Hisbollah sprachen. Es ist kein Versehen, dass die Hisbollah in Deutschland nicht verboten ist und sogar Spenden sammeln darf. Irans langer Arm reicht mindestens ebenso weit wie einst der Arm der Nazis.

Die fragwürdige Solidarität des „Zentralrats der Muslime“ mit den Juden

Die Kooperation mit dem Vorsitzende Aiman Mazyek ist weder ergiebig noch hilfreich im Kampf gegen den Antisemitismus

Von Felix Perrefort

Wenn Bundespräsident Steinmeier behauptet, dass es den Zuwanderern nicht möglich wäre, ein Zuhause in Deutschland zu finden, „wenn sich Antisemitismus in diesem Lande breit macht“, dann beginnt er im Wissen, wie endemisch der Antisemitismus in den moslemischen Bezirken sowie den fast „judenreinen“ Herkunftsländern verbreitet ist, diese Lüge in just jenem Moment zu glauben, in dem er sie in den Dienst von etwas Höherem stellt: Geglättet werden sollen die immer deutlicher hervortretenden, selbstverschuldeten Widersprüche der Migrationsgesellschaft und zwar durch die Beschwörung eines multikulturellen Gesamtfriedens, an den nur noch glauben kann, wer in Deutschland, dem „Reich der Illusionen“ (Broder), wohnt.

In dieses Deutschland bestens integriert ist auch der Vorsitzende des sogenannten „Zentralrats der Muslime in Deutschland“. Wenn nun Mazyek behauptet, dass es den Moslems nicht möglich wäre, aus dem Islam Hass abzuleiten, dann beginnt auch er im Wissen, wie vollgestopft der Koran mit christen- und judenfeindlichen, zur Verfolgung aufrufenden Suren ist, diese Lüge in genau jenem Moment zu glauben, in dem auch er sie in den Dienst von etwas Höherem stellt: Nivelliert werden soll der Widerspruch zwischen dem behaupteten Anspruch einer Religion des Friedens und dem mörderischen Treiben ihrer Anhänger, deren Blutspur sich quer durch Europa, Afrika und Asien zieht, und zwar durch die Beschwörung eines reinen Islams, an den nur noch glauben kann, wer in einer Wunschwelt wohnt.

„Mit den Christen ist es dann zu Ende“

Doch um fair zu bleiben, sei der „deutsche Weltbürger mit syrisch-alemanischen Wurzeln“ auch dort zitiert, wo er die Wahrheit sagt. „Historisch gibt es auch sehr viele Anknüpfungspunkte zwischen Deutschland, Europa und dem Islam.“ Richtig, als Kaiser Wilhelm 1914 einen Bündnisvertrag mit dem Osmanischen Reich einging und sich als „Beschützer“ aller Moslems wähnte, worin er heute Jürgen Todenhöfer, dem ideellen Gesamtgutmenschen neudeutscher Prägung, sehr ähnelt – da ahnte er in seinen Worten voraus, was im Völkermord an den christlichen Armeniern Wirklichkeit werden sollte: „Mit den Christen ist es dann zu Ende.“ Diese deutsch-moslemische Freundschaft – „der Kaiser ließ Islamisten gegen Christen wüten“ (Wolfgang G. Schwanitz) –, drückt sich heutzutage und linksdeutsch verwandelt zum Beispiel so aus, dass auf dem Festival „Offenes Neukölln“ die DITIB hofiert wird. Deren Beitrag zum buntdeutschen Gesamtfrieden besteht dort nicht nur darin, einen „Einblick in die Welt des Ramadans“ zu gewähren, während dem islamische Mordbrenner statistisch besonders stark dazu tendieren, gegen alles zu wüten, was sie an individuelle Freiheit erinnert. Sondern



Aiman Mazyek wird von Bundeskanzlerin Merkel hofiert.

DITIB widmet sich auch Veranstaltungen, welche die „armenische Genozidlüge“ zum Thema haben, und organisiert diese mit den „Grauen Wölfen“: Linke Kooperation mit Faschisten – in Buntdeutschland nichts Ungewöhnliches. Gegen Seehofer und mit Mazyek darf also durchaus zugestanden werden, dass der Islam zu Deutschland gehört: Heute wie damals bestehen die „Anknüpfungspunkte zwischen Deutschland, Europa und dem Islam“ in der geteilten Zivilisationsfeindlichkeit, dem Hass auf Individualität und den Westen.

Mazyeks Solidarität mit den Juden ist ein schlechter Witz

Deswegen verwundert es auch nicht, Mazyek wie einen geradezu linksalternativen Aktivisten zu reden zu hören, wenn es um ausgrenzende Begriffe geht. Gegen die Bezeichnung Deutschlands als „christlich-jüdisches Abendland“ weiß er zwar nicht deshalb etwas einzuwenden, weil zu dessen Geschichte eben auch der islambegeisterte Hitler und al-Husseini gehören, die mit ebenjener christlich-jüdischen Zivilisation Schluss machen wollten; auch bringt er nicht den Einwand der von Freud diagnostizierten nur oberflächlichen Christianisierung und damit Zivilisierung der Deutschen, die im nationalsozialistischen Christen- und Judenhass und der Entfesselung barbarischer Triebkräfte endete. Nein, er begründet seine Abneigung aus tiefer Solidarität mit den Juden: „Konfrontieren Sie einmal einen jüdischen Vertreter mit dem Begriff ‚christlich-jüdisches Abendland‘. Er wird schlucken. Denn

er verbindet damit oft – und historisch völlig zu Recht – Vertreibung, Pogrome und den Holocaust.“

Was jener jüdische Vertreter wohl zum Begriff des islamischen Morgenlands sagen würde? Denn auch mit diesem verbindet er oft – und historisch völlig zurecht – Vertreibung, Pogrome und den Holocaust: Nach den unzähligen Pogromen, die sich durch die islamische Geschichte ziehen, wollte al-Husseini den Holocaust auch auf die islamische Welt ausweiten, was anders als die Vertreibung fast sämtlicher Juden aus dem Orient nach der Gründung Israels glücklicherweise verhindert wurde. Und was würde jener jüdische Vertreter wohl erst zu dem Foto sagen, das Mazyek mit al-Qaradaghi zeigt? Ob er sich über den Zufall wundern würde, dass das Islamische Zentrum Aachen, in dem Mazyek sozialisiert wurde, vom syrischen Moslembruder Issam al-Attar gegründet wurde, und al-Qaradaghi wiederum begeisterter Unterstützer von al-Qaradawi ist, einem der einflussreichsten Ideologen der Moslembruderschaft? Warum diese Nähe zur durch und durch antisemitischen Organisation?

Zweifellos würde den jüdischen Vertreter irritieren, warum Herr Mazyek, der Tag ein Tag aus damit beschäftigt ist, aus dem Holocaust zu lernen, um den Islam zu verteidigen, mit Islamgelehrten indirekt verbunden ist, die sich vor Millionenpublikum wünschen, dass jener von den Moslems vollendet wird. Sicherlich würde er sich fragen, warum einer, der schwermütig verkündet, dass im Islam Antisemitismus eine Sünde sei, gemeinsame Presseerklä-

rungen mit dem „European Council for Fatwa and Research“ herausgibt, dessen Gründungsmitglied und Vorsitzender eben jener Al-Qaradawi ist.

Wie ideologisch am Ende muss ein Land eigentlich sein, wenn man mit Leuten gegen Antisemitismus kooperiert, die ihrerseits mit Leuten kooperieren, die ganz offen für Antisemitismus eintreten: „Es gibt keinen Dialog zwischen uns, mit Ausnahme von Schwert und Gewehr“, ließ al-Qaradawi mit Bezug auf die Juden bereits 2004 verlautbaren.

Man sollte nicht einerseits davon schwafeln, dass der Islam „eine Religion mit einem ganz eindeutigen Friedensauftrag“ sei, und jammern, dass, „wenn wir Muslime sagen, die Terroristen sprechen nicht in unserem Namen, [...] immer wieder die gleiche Leier [kommt], der Terror habe sehr wohl etwas mit dem Islam zu tun“, während man andererseits Leute zu schätzen weiß, die die Wahrheit über den Islam ausplaudern: „Es ist durch islamisches Recht festgelegt, dass Blut und Gut der Menschen des Dār al-Harb nicht geschützt sind. Denn sie kämpfen gegen die Muslime und sind ihnen feindlich gesinnt, sie haben den Schutz ihres Blutes und Gutes verwirkt“ (al-Qaradawi).

Die Unmündigkeit des Mazyeks und sein perfekter Islam

Peinlich ist die jeder aufgeklärten Gesellschaft spottende Unfähigkeit zur Selbstkritik. Mazyek, der anderen vorwirft, eine kindische Debatte zu führen, wehrt alles ab, was seine geliebte Religion in Verruf bringen könnte: „Immer klebt dabei das Etikett Islam dran“, jammert er,

wenn seine Ideologie negative Schlagzeilen macht, und findet deshalb auch den Begriff „islamistisch“ unsäglich.

Diese Unfähigkeit zur Islamkritik und die damit verbundene Selbstviktimsierung wurzelt im islamischen Perfektibilitätsanspruch: Dem zum Gottesknecht degradierten Moslem, dem anders als dem Christen und Juden der Zweifel nicht erlaubt ist, verbietet sich die Islamkritik schlechthin. Die Fähigkeit zur Selbstkritik, die voraussetzt, sich ohne Leitung eines Anderen seines Verstandes zu bedienen, ist im Islam nicht vorgesehen. Dafür sind nicht nur Mazyek und Konsorten der lebendige Beweis, sondern auch die in Todesgefahr lebenden mutigen Islamkritiker, denen Leute wie er in den Rücken fallen.

Wären diese Funktionäre nicht so gefährlich, man könnte ihnen mit Vergnügen folgen. Das Folgende sagt ein Mann, der beständig behauptet, dass es den Islam ja nicht gebe: „Künstliche Unterscheidungen zwischen ‚konservativ‘ oder ‚liberal‘ führen zu nichts und tragen zur weiteren Politisierung der Debatte bei. Es gibt einen Islam, aber keinen liberalen, konservativen oder extremistischen. Auch die Fundamentalisten verstehen das nicht.“ Dass die „Fundamentalisten“ ihren Islam nicht als Spielart desselben begreifen, sondern wie er davon ausgehen, dass es nur einen gebe, merkt er womöglich nicht einmal selbst. Einer, der fest an die Reinheit des einen Islams glaubt und dies glaubensdogmatisch muss, erfährt den sogenannten extremistischen Islam nicht als islamischen Angriff auf Menschen, sondern als äußerlichen Angriff auf den Islam selbst. Der Schutz der Ideologie geht den Islamhörigen über den Schutz des Individuums.

Von Idioten regiert

Weil eben nichts Schlechtes im Islam selbst sein kann, macht er sich die Welt, wie sie ihm gefällt, und hält folgerichtig sogar die Scharia für demokratiekompatibel. Auf das Gegenargument von „Welt Online“, dass in „Scharia-Staaten [...] Urteile gesprochen und vollstreckt [werden], die mit den Prinzipien eines Rechtsstaates ganz und gar nicht vereinbar sind“, antwortet er, dass dies ja nichts mit der islamischen Lehre zu tun habe: „Und hierzulande wird dies dann alles eins zu eins dem Islam in die Schuhe geschoben, ohne eine einzige Sekunde zu verweilen, ob dies nun islamisch gerechtfertigt ist, oder ob dies wieder einmal nur zur Machterhaltung für irgendeiner Diktatur erhalten musste.“ Der menschenrechtswidrige Scharia-Islam sei zum einen nicht unbedingt islamisch gerechtfertigt und diene lediglich der Machterhaltung diktatorischer Regime, während zum anderen – das muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen – „das Konzept des Zentralrates [gilt], als deutsche Religionsgemeinschaft die Brücken des Dialoges und der Freundschaft zu allen Islamischen Ländern zu festigen und weiter auszubauen.“ Zum Beispiel einer Diktatur wie die der Vereinigten Islamischen Emirate, der Aiman Mazyek jüngst seine Aufwar-

tung machte und in dessen „Toleranzminister“ er Vorbildcharakter erblickte. Dass wir tatsächlich von Idioten regiert werden, zeigt sich darin, dass man dem politischen Islam solche grotesken Widersprüche, ja Respektlosigkeiten einfach durchgehen lässt, die zu dulden ein beträchtliches Maß an Selbstvergessenheit erfordert.

Deutschland, ein zukünftiger failed state?

Von Mazyek wird man nie auch nur ein einziges Wort kritisches Wort zum Islam hören, der ihm als perfekte Lehre indoktriniert wurde, die in Frage zu stellen ihn Gefahr laufen ließe, ernsthafte Probleme zu bekommen. Das darf durchaus berücksichtigt werden, wenngleich es auch

nichts entschuldigt. Solchen Leuten die Deradikalisierung von Jugendlichen oder die Erziehung von moslemischen Kindern anzuvertrauen, indem man sie in die Integration einbindet, bedeutet jedoch, sich schuldig zu machen, indem man sie zu ebenso unmündigen Erwachsenen heranwachsen lässt, Erwachsenen, die unfähig sind, sich in ein kritisches Verhältnis zur Herkunftsgemeinschaft zu setzen, was die Bedingung gelungener, durchaus schmerzhafter Individuation wäre. Solche Leute in Islamfragen zu Rate zu ziehen und ihnen gar Posten zu überlassen – Mazyek sitzt laut Selbstauskunft im Beirat von RTL und fordert im „Migazin“ moslemische Vertretungen im Rundfunk – bedeutet nichts anderes als Aufklärungsverrat: „Das ist durchaus eine wichtige Position, da es

über die Rundfunkräte auch Korrektive gibt. Genau um diese geht es den muslimischen Vertretern im Grunde. Aktuell fehlen diese. Und da ist die Politik der richtige Ansprechpartner. Ich weiß nicht, ob eine Sendung wie bei ‚Anne Will‘ mit muslimischer Präsenz in den Rundfunk- und Medienräten durchgegangen wäre.“ In der war nämlich Ahmad Mansour, der ihm als „sogenannter Islamkritiker“ natürlich ein Dorn im Auge ist.

Schluss zu machen wäre endlich mit der peinlichen Augenwischerei; es besteht keine Notwendigkeit, mit dem politischen Islam zu kooperieren. Könnten die Vertreter des politischen Islams jegliche Islamkritik aus der Öffentlichkeit verbannen, sie würden es unverzüglich tun.



Unser Service für Sie

Gregory's Joaillier am Kurfürstendamm zeichnet sich nicht nur durch innovatives Design unter der Verwendung edelster Schmucksteine aus. Eine Besonderheit ist die haus-interne Werkstatt mit Goldschmied und Steinfasser, die vor Ort individuell auf Kundenwünsche eingehen können. Exklusive Sonderanfertigungen oder das sensible Umarbeiten von altem Schmuck wird hier professionell und mit größter Sorgfalt erledigt. Sowohl Fasser als auch Goldschmied können jahrelange Erfahrung und Expertise vorweisen und arbeiten auf höchstem Niveau.

Umarbeiten

Geliebter alter Schmuck hat oft einen starken emotionalen Wert, entspricht manchmal aber nicht mehr dem eigenen Geschmack. Gregory's Joaillier hilft Ihnen ein neues Lieblingsstück daraus zu machen, ohne dass es den ursprünglichen Charakter verliert. Von kleinen Änderungen bis hin zur kompletten Neufassung von Steinen und Umnutzung des Trägermaterials erstrahlen die antike Kette oder ein alter Ring in neuem Glanz.

Unikate

Entweder wählen Sie eines der bereits fertigen Unikate von Gregory's Joaillier oder aber Sie bringen einen eigenen Entwurf mit. Gemeinsam mit dem Inhaber Gregoy Loeb wird die Auswahl der Materialien und Steine sowie die Umsetzung besprochen. Leidenschaftlich gerne designt Gregory's Joaillier

Reparaturen und Reinigung

Ein Standard-Service für unsere Kunden: kleine Reparaturen und regelmäßige Reinigung Ihres vielgetragenen Schmucks gehören zum Standard-Repertoire. Selbstverständlich sind wir durch unsere hauseigene Werkstatt in der glücklichen Lage Ihre Schmuckstücke selbst zu reparieren. Gerne stehen wir Ihnen beratend zur Verfügung und machen Ihnen einen unverbindlichen Kostenvorschlag.

Kurfürstendamm 50A 10707 Berlin

Tel.030 88917555
 contact@gregorysjoaillier.com
 www.gregorysjoaillier.com

Das Bundesverdienstkreuz für Henryk Broder ist überfällig!

Der unbequeme Journalist hat die Auszeichnung mehr als verdient

Von Chaim Noll

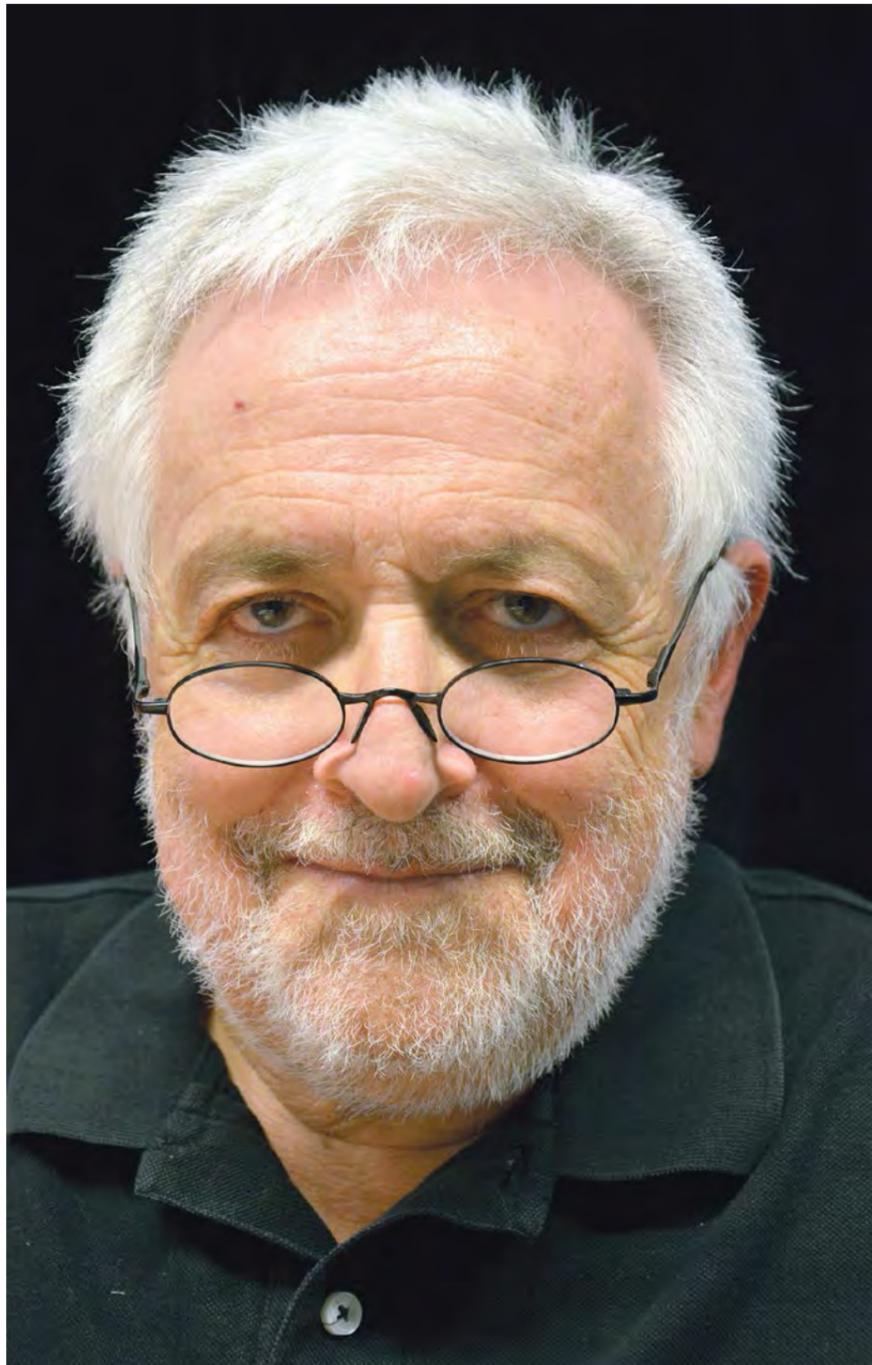
Ein Bekannter in Bayern hatte vor zwei Jahren meine in Deutschland geborene, seit 1980 in Jerusalem lebende Kollegin Lea Fleischmann aus Anlass ihres 70. Geburtstags für das Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland, genannt Bundesverdienstkreuz, vorgeschlagen.

Sie bemühe sich, wie er in der Begründung seines Vorschlags schrieb, seit vierzig Jahren in ihren zahlreichen Büchern und alljährlichen Vortagsreisen um den Abbau antisemitischer Vorurteile in Deutschland und um die Verbesserung der Beziehungen zwischen Deutschland und Israel.

Zuständig für den Antrag war, da Lea Fleischmann in Israel lebt, das Auswärtige Amt unter Sigmar Gabriel. Um es gleich zu sagen: Lea hat das Bundesverdienstkreuz nicht bekommen. Das, worum sie sich seit Jahrzehnten bemüht, schien den Verantwortlichen nicht verdienstvoll genug. Ihr bayerischer Leser erwägt, seinen Vorschlag zu ihrem nächsten runden Geburtstag zu wiederholen.

Die Verleihung dieses Ordens ist, soweit ich weiß, nicht mit praktischen Vorteilen verbunden, weder mit Geld noch irgendwelchen Ehrenrechten, es handelt sich um eine symbolische Handlung. Doch gerade das Symbolische macht viel Eindruck auf Außenstehende und Nachgeborene. In der Liste der bisherigen Ordensträger fand ich Filbinger, Globke und Kiesinger, Ceausescu, Mohammed el-Baradei, die in Politikerkreisen beliebte Bischöfin Margot Käßmann, sämtliche Bundespräsidenten, die ewige Bundeskanzlerin und sogar einige Juden, meist Funktionäre des von der Bundesregierung subventionierten „Zentralrats“. Auch der Karikaturist Dieter Hanitzsch, der kürzlich in der „Süddeutschen Zeitung“ eine antisemitische Karikatur veröffentlichte, wurde mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt.

Man könnte es sich leicht machen und den ganzen Orden als Nonsens verwerfen. Doch die Liste der Ordensträger ist von Interesse, weil sie die



Henryk Broder

geistige Befindlichkeit der politischen Klasse Deutschlands widerspiegelt, die

ihn vergibt. Man geht – verständlicherweise – nach dem Nutzen, den die Vor-

geschlagenen Deutschland gebracht haben. Er war offenbar bei dem IG-Farben-Direktor und vielfachen Aufsichtsrat Heinrich Bütefisch groß genug, dass er 1964 auf Vorschlag des Bundesverbandes der deutschen Industrie das Verdienstkreuz erhielt – später musste es ihm wieder aberkannt werden, als Protestbriefe darauf hinwiesen, Bütefisch sei im IG-Farben-Prozess wegen „Versklavung von Zwangsarbeitern“ zu sechs Jahren Haft verurteilt worden.

Bei anderen wird der Nutzen, den sie Deutschland bringen, geflissentlich übersehen. So habe ich in der Liste der Preisträger einen Namen vermisst: Henryk Broder. Hat ihn niemand anlässlich seines 70. Geburtstags vorgeschlagen? Der Nutzen, den Henryk Deutschland bringt, kann nur von Illiteraten unterschätzt werden. Er kämpft auf fast verlorenem Posten für die Erhaltung der Meinungsfreiheit in einem Klima sich verdichtender, erstickender political correctness. Wenn heute in der sterilen Atmosphäre linker Pädagogik und Humorlosigkeit ab und zu noch ein intellektueller Scherz gewagt wird, ist es weitgehend ihm zu verdanken, der die Maßstäbe kritischer Meinungsäußerung hochhält. Sie erodieren, werden verstoßen, Stück für Stück, verschoben, bis wir am Ende alle so brauchbar angepasst sind wie die Schreiber von „Zeit“ und „Spiegel“.

Welchen Eindruck würde dieses Land machen ohne Broder und die von ihm gegründete „Achse des Guten“? Den eines allmählichen Verstummens, einer schleichenden Banalisierung. Dafür, dass er es verhindert, gebührt ihm das Bundesverdienstkreuz. Ich meine das ganz ernst. Wir sind nicht immer einer Meinung gewesen, hatten unsere Auseinandersetzungen, es gab Augenblicke, da habe ich mich über ihn geärgert. Aber so soll es ja sein in einer freien Gesellschaft. Ehre, wem Ehre gebührt!

Ich hoffe, einige von seinen hunderttausenden Fans werden sich vor seinem nächsten runden Geburtstag dazu aufraffen, seine überfällige Ehrung vorzuschlagen.

Die antisemitischen Karikaturen von Hanitzsch waren kein Betriebsunfall der „Süddeutschen Zeitung“

Das Münchener Leitmedium nutzt selbst den Sieg Netta Barzilai beim Eurovision Song Contest zur Hetze gegen Israel

Von Gerd Buurmann

1979 fand der Eurovision Song Contest (damals noch Grand Prix Eurovision de la Chanson) in Israel statt. Der Austragungsort war Jerusalem. Zwanzig Jahre später, im Jahr 1999, fand der Eurovision Song Contest wieder in Israel statt. Wieder war der Austragungsort Jerusalem. Wieder zwanzig Jahre später wird der Eurovision Song Contest in Israel stattfinden. Diesmal aber empören sich viele darüber, dass der Wettbewerb in Jerusalem stattfinden soll und wittern böse Machenschaften der israelischen Regierung dahinter.

Die „Süddeutsche Zeitung“ schreibt über Jerusalem:

„Diese Stadt steht für das andere Israel, das ausgrenzende, einengende.“

Damals hatte die transsexuelle Künstlerin Dana International den Eurovision Song Contest nach Jerusalem geholt. So eine ausgrenzende, einengende Stadt aber auch. Die „Süddeutsche“ schreibt weiter:

„Dass Netanjahu, der Netta Barzilai als ‚echten Schatz‘ titulierte hat, sogleich Jerusalem als Austragungsort für den nächsten Songcontest ausgerufen hat, zeigt: Er will diese Veranstaltung für seine Zwecke politisch missbrauchen.“

Die „Süddeutsche“ verschweigt, dass es Netta war, die Jerusalem als Austragungsort ausgerufen hatte und zwar

bereits als sie den Preis vor einem Millionenpublikum in Empfang nahm und sich mit diesen Worten bedankte:

„Ich bin so glücklich. Vielen Dank, dass Ihr Euch fürs Andersein entschieden habt. Vielen Dank, dass Ihr die Unterschiede akzeptiert! Vielen Dank, dass Ihr die Vielfalt feiert. Ich liebe mein Land! Das nächste Mal ist in Jerusalem“

Netta liebt halt das Ausgrenzende und Einengende an Jerusalem.

Im Jahr 2019 wird etwas zu einem Problem gemacht, das vor zwanzig und vierzig Jahren kein Problem war. Warum? Weil die Propaganda der Israelhasser bei vielen Deutschen verfangen hat. Die „Süddeutsche“ trägt daran eine

Mitschuld, denn ihre tendenziös negative Berichterstattung wenn es um Israel geht, ist bekannt.

Die „Süddeutsche Zeitung“ nimmt es selbst bei einem so harmlosen Thema wie dem Eurovision Song Contest nicht so genau mit Wahrheit. Selbst beim Eurovision Song Contest sorgt die „Süddeutsche“ dafür, dass etwas Negatives über Israel geschrieben wird.

Einfach mal nur über Israel berichten, ohne das Land zu kritisieren und zu dämonisieren, geht nicht. Deshalb ist heute ein Problem, was 1999 und 1979 kein Problem war. Da ist eine Propaganda, die unsere Gesellschaft vergiftet hat. Das sollte uns alle erschrecken.

„Wir haben alles getan, um nicht schießen zu müssen!“

Ein Reservist berichtet von den Bemühungen der israelischen Armee an der Grenze Gazas Opfer selbst bei ihren Feinden zu vermeiden

Von Kinley (Moshe) Tur-Paz
(Redaktion Audiatur)

Ich schreibe dies für meine guten Freunde, meine moralisch einwandfreien und humanen Freunde und für all jene, die sich sorgen und wütend sind über die an der Grenze zum Gazastreifen getöteten und verwundeten „Palästinenser“.

In der biblischen Erzählung vom Auszug aus Ägypten, als die ägyptische Armee im Roten Meer ertrank, kurz bevor sie die Israeliten einholen konnte, habe Gott die Engel davon abgehalten zu singen und zu jubeln und sie mit den Worten zurechtgewiesen: „Meine Geschöpfe ertrinken im Meer und Ihr singt?!“, so erzählen es uns unsere Weisen.

Ich schreibe diese Worte mit großer Bedachtsamkeit und einem gewissen Sendungsbewusstsein nieder. Ich kann all die guten und moralisch einwandfreien Zionisten, die fürchten, dass die zahlreichen „palästinensischen“ Opfer möglicherweise unsere Schuld und das Ergebnis von Fehlern sind, die unsere Seite begangen hat, verstehen und mich mit ihnen identifizieren. Ich schreibe dies auf, weil ich einer der wenigen bin, der vor Ort war, in Uniform, zwar als Reservist, aber ich war dort. Ja, unmittelbar am Zaun, wo die Demonstrationen stattfanden. Es war vorletzten Freitag und ich habe es mit meinen eigenen Augen gesehen; ich war auf unserer Seite des Zauns, aber ich konnte alles sehen, hören und verstehen. Ich will Zeugnis von meinem Wissen geben, welches ich aus erster Hand erhalten habe – nicht etwa von einem theoretischen Standpunkt aus. Sondern, weil ich dort war.

Ich will bezeugen, dass das, was ich sah und hörte, eine enorme und immense Anstrengung unsererseits war, um auf jede nur erdenkliche Weise Tote und Verwundete auf „palästinensischer“ Seite zu vermeiden.

Selbstverständlich war die vorrangige Aufgabe, Hunderttausende Bewohner des Gazastreifens davon abzuhalten, in unser Territorium einzudringen. Eine solche Invasion wäre bedrohlich,



Soldaten der Zahal schützen den Grenzzaun zu Gaza.

ja sogar lebensgefährlich für die nahegelegenen Gemeinden; sie würde als Zivilisten maskierte Terroristen in die Gemeinschaften unserer Kibbuzim und Moshawim bringen und uns keine andere Wahl lassen, als jeden Eindringling einzeln ins Visier zu nehmen. Aus diesem Grund wurden unsere Soldaten angewiesen, deren Eindringen auf verschiedene Arten zu verhindern und nur als letzten Ausweg scharfe Munition zu verwenden.

Die IDF verfügt über viele erfinderische Mittel, um die Reibungen mit den Bewohnern des Gazastreifens zu reduzieren und verwendet zahlreiche Methoden, von denen die meisten nicht publik gemacht werden, um sie davon abzuhalten, an den Zaun zu gelangen. Des Weiteren gab es in den vergangenen Wochen ernsthafte Bemühungen, das Leben von Kindern und Zivilisten zu retten, die von

der Hamas an die Frontlinien gedrängt wurden, um sich hinter ihnen zu verstecken und unbemerkt nach Israel zu gelangen und dort Anschläge zu verüben.

Wenn es keine andere Möglichkeit gibt und scharfe Munition eingesetzt werden muss, um die zu stoppen, die den Zaun stürmen, unternehmen die Soldaten erhebliche und mitunter gefährliche Anstrengungen, um die auf der anderen Seite des Zauns nicht zu töten, sondern lediglich zu verwunden. Die ranghohen Offiziere der IDF-Posten weisen bei jeder Konfrontation darauf hin, dafür Sorge zu tragen, dass jeder Schuss von einer verantwortlichen Person mit der entsprechenden Befugnis autorisiert und abgesichert ist. Jeder Sammelpunkt ist mit einer besonders großen Truppenstärke ausgestattet, um zu gewährleisten, dass die Soldaten nicht in lebensbedrohliche Situationen geraten, in denen

sie keine andere Wahl haben, als willkürlich zu schießen.

Jede Kugel und jeder Treffer wird in einer Excel-Datei vermerkt

Eine Situation, in der Tausende Menschen auf dich zustürmen ist einschüchternd, ja sogar angsterregend. Es ist extrem schwierig, Zurückhaltung zu üben und es erfordert eine ruhige, reife Professionalität. Zweiundsechzig Tote sind eine enorme Anzahl. Aber ich kann aus meinen Erfahrungen aus allererster Hand bezeugen, dass jede Kugel und jeder Treffer sorgfältig in Excel-Tabellen berichtet, dokumentiert und untersucht wird. Bis ins kleinste Detail. Ich war dort und habe es mit meinen eigenen Augen gesehen.

Dies ist nicht der richtige Zeitpunkt oder Ort, um die Situation im Allgemeinen oder die verzweifelte Lage der Bewohner im Gazastreifen zu erörtern. Es liegt nicht in meinem Interesse, an dieser Stelle eine politische Diskussion loszutreten, auch wenn ich diesbezüglich eine klare Haltung vertrete. Ich will vielmehr allen, die wirklich zuhören wollen, das Ausmaß der enormen Anstrengungen darstellen, welche die IDF unternehmen, um die Grenzen Israels zu schützen und dabei gleichzeitig die Anzahl der Verletzten und Todesopfer auf der anderen Seite so gering wie möglich zu halten.

Und trotz all dieser Anstrengungen wird die Lage an der Grenze zum Gazastreifen immer schlimmer. Ich hoffe, dass wir nicht bald wieder zum Reservendienst einberufen werden, um unser Land zu beschützen. Sollte es dennoch geschehen, werden wir mit dem Wissen gehen, dass wir einer moralisch gerechten Sache dienen. Wir sind weit davon entfernt zu jubeln, wenn wir in den Krieg ziehen müssen, aber wir gehen nicht wie die Schafe zur Schlachtbank. Nie wieder.

Kinley (Moshe) Tur-Paz ist Gründer und Geschäftsführer des Kibbutz Hadati Educational Network. Auf Englisch zuerst erschienen bei The Times of Israel.

Kampfkunstschule Mikoyan Karate, Kampfkunst, Selbstverteidigung

Kampfkunst und Nahkampf wie Systema liegen voll im Trend. Wachsende Kriminalität macht Selbstverteidigung immer wichtiger. Der erfolgreiche Weg zur körperlichen und geistigen Stabilität beginnt mit der Wahl der richtigen Kampfschule. Aram Mikoyan hat diesen Trend erkannt und bietet in seiner Kampfkunstschule auf die Bedürfnisse der Schüler abgestimmten Unterricht.

Er schult den Umgang und das Verhalten in möglichen Gefahrensituationen und stärkt zugleich das Selbstbewusstsein. Ob Manager, Hausfrau oder Schüler, jeder kann in eine gefährliche Situation geraten. So bietet die Kampfsportschule verschiedenste Kurse bereits ab dem 3. Lebensjahr.

Von Kinderkarate, Frauen-Selbstverteidigung bis Senioren-Selbstverteidigung dienen die Kurse der Stärkung des Selbstbewusstseins, der Verbesserung der Konzentrationsfähigkeit und dem Stressabbau. Die Kampfkunstschule bietet auch Kurse in den Bereichen Karate, Nahkampf Systema, Kyokushinkai, Tae-Kwon-Do, Kickboxen, Thaiboxen, Boxen, MMA.

Die Kampfkunstschule zeigt sich mit erfahrenen und erfolgreichen Meistern in einer puristischen und angenehmen Unterrichts Atmosphäre und einem qualitativ hochwertigen Equipment.

Im Trend liegt auch der angebotene Nahkampfstil „Systema“. Aram Mikoyan trainierte selbst 8 Jahre beim Schöpfer des Stils und kann dadurch das Original aus erster Hand wiedergeben.

Wir befinden uns im Herzen der City Berlin West, nur wenige Gehminuten vom Kurfürstendamm, in der Uhlandstraße.



Kontakt:
Uhlandstraße 19 10623 Berlin
Tel.: +49 (0)30 88 6281 80
eMail: kontakt@kampfkunstschule-mikoyan.de
Weitere Informationen unter
www.kampfkunstschule-mikoyan.de



**KAMPF
KUNST
SCHULE
MIKOYAN**

„Die beste Erfahrung ist es, sich selbst einen Eindruck zu verschaffen und Israel zu besuchen“

Interview der JÜDISCHEN RUNDSCHAU mit dem Botschafter des Staates Israel in Deutschland, S.E. Jeremy Issacharoff



Botschaft des Staates Israel/Ruthe Zünz

JÜDISCHE RUNDSCHAU: *Exzellenz, wir freuen uns sehr, mit Ihnen im 70. Jahr der Gründung des Staates Israel über den aktuellen Stand und zukünftige Perspektiven der deutsch-israelischen Beziehungen zu sprechen. 70 Jahre Israel sind die Geschichte eines jüdischen und demokratischen Staates in der historischen Heimstätte des Judentums.*

Was verbinden Sie persönlich mit diesem Jubiläum? Wie steht es aktuell um die bilateralen Beziehungen?

Seine Exzellenz Jeremy Issacharoff: Am 29. August vergangenen Jahres trat ich meinen Dienst als Botschafter in Deutschland mit einer Gedenkzeremonie am Gleis 17 im Grunewald an, von wo aus die Berliner Juden einst in die Vernichtungslager der Nazis deportiert wurden. Mir ist es wichtig, diese Brücke zwischen Vergangenheit und Gegenwart zu schlagen, um uns stets im Bewusstsein zu halten, dass die Shoah sich niemals wiederholen darf. Als israelischer Botschafter in Deutschland liegt mir viel daran, diese Orte der geteilten Erinnerung zu bewahren und zugleich gemeinsame Perspektiven für die Zukunft daraus zu entwickeln.

Im 70. Jahr der Gründung Israels finden aus diesem Anlass zahlreiche Veranstaltungen statt – nicht nur in Berlin, sondern bundesweit. Erwähnenswert sind sicher der große Israeltag am Gendarmenmarkt unter der Schirmherrschaft der Botschaft und des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Michael Müller. Die Regionalverbände der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und viele jüdische Gemeinden bieten darüber hinaus eigene Veranstaltungen

an, die auf unterschiedliche gesellschaftliche Zielgruppen ausgerichtet sind.

JR: Israel wird häufig aufgrund der sogenannten „Siedlungspolitik“ von einzelnen Staaten wie auf multilateraler Ebene kritisiert. Darin manifestieren sich latente Vorbehalte gegen Israel, zugleich findet eine Reduzierung des Landes auf den seit der Staatsgründung schwelenden Konflikt mit den Arabern statt. Was ist zur Lebenssituation der etwa einen Million arabischer Israelis zu sagen? Wie beurteilen Sie diese oftmals einseitige Wahrnehmung Ihres Landes?

S.E. JI: Wie alle Bürger unseres Staates, haben auch die Israelis arabischer Abstammung ihre Rechte und Pflichten. Daneben gibt es einige Sonderregelungen: So sind arabische Israelis beispielsweise von der Wehrpflicht befreit, nicht wenige dienen jedoch freiwillig. In zivilrechtlichen Fragen haben die arabischen Gemeinden große Handlungsspielräume. Auch in die Rechtsprechung in diesem Bereich greift der Staat nur bei sicherheitsrelevanten Fällen ein. Was Israels häufige Verurteilungen in der UNO betrifft, so handelt es sich zumeist um Symbolpolitik. Die Berichterstattung fokussiert sich meist auf Negativschlagzeilen – dass die meisten relevanten Abstimmungen zu unseren Gunsten ausfallen, wird selten geschrieben. Wir suchen mit allen Ländern, die uns gegenüber aufgeschlossen sind, gemeinsame Interessen zu identifizieren. Es wäre sinnlos, die Gespräche mit bedeutenden Staaten einzustellen, weil es Differenzen in Einzelfragen gibt.

Was die, wie Sie zurecht sagen, vielfältigen Facetten unseres Landes und deren Wahrnehmung im öffentlichen Bewusstsein betrifft: Die Presseberichterstattung tendiert oft zur Fokussierung auf den Konflikt selber. In Jerusalem, wo ich lebte, ist der Alltag von Arabern, Christen und Juden von Koexistenz geprägt. Die beste Erfahrung ist es, sich selbst einen Eindruck zu verschaffen und Israel zu besuchen. Ob als Tourist oder im Rahmen eines der vielfältigen akademischen und sonstigen Austauschprogramme – das persönliche Erleben der Realitäten vor Ort lehrt einen, dass diese eben komplexer und vielschichtiger sind, als es medial vermittelt werden kann.

JR: Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte die für Mai 2017 anberaumten deutsch-israelischen Regierungskonsultationen abgesagt – u. a. aufgrund von Meinungsverschiedenheiten in der Frage des Siedlungsbaus. Wie haben Sie den Führungswechsel im Auswärtigen Amt und den Israelbesuch des neuen Außenministers Heiko Maas aufgenommen? Welche nächsten Schritte erhoffen Sie davon für die Verbesserung des zuletzt angeschlagenen Verhältnisses?

S.E. JI: Deutschland ist einer unserer wichtigsten strategischen Partner und daher arbeiten wir in allen Bereichen sehr eng und vertrauensvoll zusammen. Denken Sie beispielsweise an die Zusammenarbeit im militärischen Bereich und die Bereitstellung deutscher U-Boote zum Zwecke der maritimen Sicherheit unserer Hoheitsgewässer. Auch in Cyber- und Technologiefragen stimmen wir uns mit Deutschland eng

ab. Der frühzeitige Besuch von Außenminister Heiko Maas in Israel und Jerusalem war ein wichtiges und zugleich persönlich sehr engagiertes Zeichen für die Stärkung der Freundschaft zwischen unseren beiden Nationen.

Eben weil unsere Beziehungen derart stark gewachsen sind, würde ich nicht von zu großen Verwerfungen in den jüngeren deutsch-israelischen Beziehungen sprechen. Natürlich haben wir Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen. Aber darüber kann man mit uns immer sprechen, an einem konstruktiven und lösungsorientierten Austausch ist uns sehr gelegen. Die Siedlungen sind mit Sicherheit nicht das größte Hindernis für Frieden und Stabilität in unserer Region. Mit dem Haschemitischen Königreich Jordanien und der Arabischen Republik Ägypten besteht eine über Jahrzehnte gewachsene, mittlerweile vertrauensvolle und sehr effektive Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit und des Grenzschutzes auf der Grundlage gemeinsamer Interessen.

Die Palästinensische Autonomiebehörde und Israel arbeiten auf mehreren Ebenen eng miteinander. Wenngleich die terroristischen Aktivitäten der radikalislamistischen Hamas in Gaza und der den Libanon kontrollierenden Hisbollah nicht zu vernachlässigen sind: Der Konflikt der Palästinenser mit Israel ist nicht die zentrale Herausforderung im Mittleren Osten, wie es gerne dargestellt wird. Die Sorge vor den aggressiven Expansionsbestrebungen des Iran teilen wir mit den Golfstaaten. Hier sehe ich aktuell die größte Bedrohung für Stabilität in der Region.

JR: *Wie beurteilen Sie das Verhältnis zwischen Erinnerungskultur und Gedenken an die Schoah einerseits und den aktuell zunehmenden, antisemitischen Anfeindungen in Deutschland lebender Juden andererseits? Gibt es aus Ihrer Sicht bestimmte gesellschaftliche Milieus, bei denen die deutsche Politik zu lange weggesehen hat? Wissen Sie von den Gründen jüdischer Bürger, die aktuell von Deutschland nach Israel auswandern?*

S.E. JI: Die Vergangenheit ist die Grundlage der Gestaltung unserer Gegenwart und Zukunft. Wir dürfen niemals vergessen, was Juden in Deutschland und Europa geschehen ist. Wer in Deutschland leben möchte, muss sich mit der Geschichte befassen und die Gesetze respektieren. Gegenüber Antisemitismus in allen Ausprägungen kann es keinerlei Toleranz geben. Die Lehren aus der Schoah und der Grundsatz der Sicherheit jüdischen Lebens in Deutschland dürfen sich nicht in Lippenbekenntnissen erschöpfen, sondern muss von den politischen Entscheidungsträgern durch konkrete Maßnahmen flankiert werden. Die Einrichtung des Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus ist ein wichtiger Schritt hin zu einer gesamtgesellschaftlichen Sensibilisierung für dieses Thema. Weiterhin

braucht es systematische Ansätze im Bildungsbereich um die Ausprägung antisemitischer Stereotype von Anfang an zu verhindern. Die Förderung regionaler Gedenkstättenarbeit bildet einen wichtigen Bestandteil der Arbeit, um abstrakte Vorstellungen von Antisemitismus zu überwinden und konkrete Bezugspunkte zu ermöglichen. Die Gründe von deutschen Juden, die aktuell nach Israel einwandern, erfasst die israelische Botschaft nicht.

JR: *Israel genießt internationales Ansehen als Vorreiter auf dem Gebiet der Digitalisierung und Innovationsförderung, während Deutschland hier bekanntlich Nachholbedarf hat. In welchen weiteren Bereichen soll die bilaterale Kooperation ausgebaut werden? Welche konkreten Projekte können wir im Laufe des Jahres erwarten? Und was kann man als Bürger dazu beitragen, die Beziehungen mit Israel zu stärken?*

S.E. JI: Wir möchten insbesondere den bilateralen Jugendaustausch stärker fördern, um möglichst vielen jungen Menschen die Chance zu ermöglichen, das jeweils andere Land kennenzulernen und persönliche Bindungen aufzubauen. Auch den Austausch zwischen Unternehmen und Fachkräften möchten wir stärken. Den Bereich der digitalen Industrie und Hightech haben Sie bereits angesprochen, auch im Energiesektor möchten wir neue Ko-

operationen mit deutschen Firmen und Fachkräften schaffen. Nicht zuletzt die Förderung erneuerbarer Energien steht dabei im Fokus unseres Interesses.

Durch die Schaffung von Verbindung in das Alltagsleben der Menschen entsteht Vertrauen, dies ist die Basis jeder Verständigung. Dabei sind wir stets offen für neue Initiativen sowohl von staatlichen Akteuren, als auch aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Insbesondere bei der Zusammenarbeit von jungen Deutschen und Israelis aus dem Start-Up-Bereich sehe ich große Potentiale. Ich lade jeden Bürger Deutschlands herzlich dazu ein, sich im Rahmen seiner persönlichen Interessen die deutsch-israelischen Beziehungen anzuschauen, aktiv zu werden und somit neue Partner, die gleichsam Freunde werden können, zu gewinnen.

JR: *Abschließend möchte ich noch auf Israels Rolle in der Welt zu sprechen kommen. Premierminister Netanjahu war der erste israelische Staatschef, der Kasachstan und Aserbaidschan besuchte, seit 30 Jahren der erste israelische Ministerpräsident auf Staatsbesuch in Afrika und im September ebenfalls erstmalig in Lateinamerika. Was ist der Anlass dieser Neuorientierung der israelischen Außenpolitik? Wie kann Israel seine Stellung im System der Vereinten Nationen langfristig festigen?*

S.E. JI: Gute Beziehungen mit West

und Ost sowie Nord und Süd schließen sich nicht gegenseitig aus. Vielleicht bedingen sie sich vielmehr in der komplexen geopolitischen Situation, die wir derzeit erleben. Die USA bleiben unser wichtigster Partner. Gleichzeitig hat Premierminister Netanjahu ein gutes Verhältnis zu Präsident Putin, das sich angesichts der massiven russischen Präsenz in unserem Nachbarland Syrien als wichtige diplomatische Verbindung erwiesen hat, um ungewollte Zwischenfälle zu vermeiden, wo es geht. Die gemeinsamen Sicherheitsinteressen mit Russland in der Region sind für uns die Basis bilateraler Gespräche.

Neben den von Ihnen erwähnten Staaten verfügen wir auch über starke Beziehungen zu Indien und Südkorea, ebenso wie zu Argentinien und den zentralamerikanischen Staaten. Zu unseren engsten Verbündeten gehört neben Deutschland und anderen europäischen Ländern auch Australien. Wir suchen die gemeinsamen Schnittmengen und Potentiale in den bilateralen Beziehungen, um erfolgreiche Projekte mit unseren Partnern zu realisieren und Situationen des beiderseitigen Vorteils zu schaffen.

JR: *Herr Botschafter Issacharoff, danke für dieses Gespräch!*

Das Gespräch führte
Urs Unkauf.

Israel: Revolutionäre Methode zur genaueren Erkennung von Brustkrebs

Wissenschaftler aus Be'er Scheva vermelden einen neuen Erfolg bei der Bekämpfung der bei Frauen am häufigsten diagnostizierten Krebsart

Von Redaktion Audiatur

Wissenschaftler sprechen von einer kostengünstigen „elektronischen Nase“, die mit 95-prozentiger Exaktheit Brustkrebs diagnostizieren und zukünftig auch zur Diagnose anderer Krebsarten genutzt werden kann.

Forscher an der Ben-Gurion-Universität des Negev sowie in der Soroka-Universitätsklinik in Be'er Scheva kündigten die Entwicklung einer neuen und exakten Methode zur Früherkennung von Brustkrebs an – bei der kostengünstige Atem- und Urin-Analyseverfahren zum Einsatz kommen.

Wie die Ben-Gurion-Universität (BGU) bekanntgab, setzt ein israelisches Forschungsteam zwei verschiedene „elektronische Nasen“, Gas-Sensoren, für den Atem ein, um – zusammen mit Gaschromatografie und Massenspektrometrie – relevante Daten zu isolieren und somit Brustkrebs-Biomarker genauer zu identifizieren.

In ihrer in „Computers in Biology and Medicine“ veröffentlichten Studie konnten die Forscher Brustkrebs mit durchschnittlich 95-prozentiger und höherer Genauigkeit nachweisen – und zwar mithilfe von zwei verschiedenen elektronischen Nasen (E-Nasen), die bei Frauen mit Brustkrebs spezifische Atemmuster nachweisen.

Zusätzlich, so die Wissenschaftler, erbrachten umgearbeitete statistische Analysen der Urinproben von sowohl gesunden als auch an Brustkrebs erkrankten Probandinnen eine durchschnittliche Genauigkeit von 85 %.

„Die Überlebenschance bei Brustkrebs ist eng an die Reizempfindlichkeit von

Tumordetektoren gekoppelt“, sagt Prof. Yehuda Zeiri, Mitglied der Abteilung für Biomedizintechnik an der BGU und einer der Autoren der Studie. „Genauere Methoden, um noch kleinere Tumore noch

weltweit am häufigsten diagnostizierte Krebsart bei Frauen und betrifft allein in den USA jede achte Frau; unter den tödlichen Krebsarten bei Frauen rangiert sie als zweite.



Ben-Gurion-Universität des Negev

früher zu erkennen, haben weiterhin Priorität. Unsere neuen Verfahren nutzen Urinproben und solche der Ausatemluft, die mit kostengünstigen kommerziell verfügbaren Systemen analysiert werden – sie sind nicht-invasiv, leicht zugänglich und können in verschiedenen Situationen eingesetzt werden.“

Weltweit am häufigsten diagnostizierte Krebsart bei Frauen

Der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zufolge ist Brustkrebs die

Obwohl Mammografie-Screenings die Sterblichkeitsrate bei Brustkrebskrankungen nachweislich gesenkt haben, sind sie nicht immer in der Lage, in dichtem Brustgewebe kleine Tumore zu erkennen. Tatsächlich, so die Wissenschaftler, verringere sich die Genauigkeit der Mammografie-Empfindlichkeit von üblicherweise 75–85 % bei Frauen mit dichtem Brustgewebe auf 30–50 %.

Bisherige diagnostische Bildgebungsverfahren zum Nachweis kleiner Tumore haben erhebliche Nachteile, sagten die

Wissenschaftler. Digitalmammografie mit Doppelenergie sei zwar effektiv, erhöhe aber die Strahlenbelastung; und die Magnet-Resonanz-Methode (MRI) sei teuer. Andere Methoden wie Biopsien und Tumorentifikation durch Serum-Biomarker seien invasiv, geräte-intensiv und erforderten ein spezielles Know-how.

„Jetzt haben wir gezeigt, dass kostengünstige, kommerziell erhältliche elektronische Nasen zur Klassifizierung von Krebspatienten in frühen Stadien ausreichen“, sagt Zeiri. „Mit weiteren Studien wird es vielleicht möglich werden, auch andere Krebsarten anhand von ausgeatmeter Luft und Urinproben zu identifizieren.“

Zu den weiteren Autoren der Studie gehören Or Herman Saffar, Zvi Boger und Raphael Gonen aus dem biomedizintechnischen Forschungsteam der BGU, Dr. Shai Libson, Chirurg am Brustzentrum der Soroka-Klinik sowie Dr. David Lieberman, außerordentlicher Professor an der Joyce-and-Irving-Goldman-Medical-School im Fachbereich Gesundheitswissenschaften an der Ben-Gurion-Universität.

Am Technion, Israels Technische Universität in Haifa, entwickelt Prof. Hossam Haick seit einem Jahrzehnt die NaNose, eine nanotechnische „Nase“ – die in klinischen Studien bereits erfolgreich Lungen- und Magenkrebs in fortgeschrittenem Stadium nachwies. Derzeit arbeitet Haicks Team daran, mithilfe von NaNose-Atemanalysen Krebs im Frühstadium und sogar Krebsrisiken zu erkennen.

Auf Englisch zuerst erschienen
bei Israel21c.

Der heiße „Nichtkrieg“

Erstmals kämpfen Iran und Israel in Syrien direkt gegeneinander



Von Ulrich Becker

Kasim Soleimani (rechts), der Kommandeur der vor allem im Ausland tätigen Al-Quds-Einheit, verbeugt sich vor Ayatollah Chamenei, dem Machthaber des Iran. Soleimani gilt als Organisator eines Raketenangriffs auf Israel von Syrien aus.

Was braucht es für einen Krieg? Wie weiß man, ob man sich mit einem anderen Land im Krieg befindet? Im geordneten Europa mag das wie eine alberne Frage erscheinen. Oder heute auch schon etwas weniger? Hier im Nahen Osten auf jeden Fall, ist das nicht ganz so einfach.

Was war da gerade mit Israel und Iran? Militärischer, offener Schlagabtausch? Zig Raketen, Zig Flugzeuge, Zig Tote? Befinden sich Israel und Iran ab jetzt im Krieg? Oder noch nicht? Oder schon lange?

1914. Ein politischer Mord in Sarajevo – oder nennen wir es „Terroranschlag“ – durch einen politischen Aktivist – oder nennen wir ihn „Terroristen“. Anlass zu einem Weltkrieg.

Eine einzige, nicht-staatliche Terroraktion, mit wenigen Toten, reichte in Europa aus, um ein ganzes Bündniswerk zum Ticken und Explodieren zu bringen und Millionen in die grausamste, jahrelange Kriege zu führen. Diesen „terroristischen Provokationen“ folgten auf dem Fuß die hochamtlichen Depeschen der Kriegserklärungen und danach dann die Jahre und Millionen (von Toten).

Iran hat vor wenigen Wochen Israel mit einer bewaffneten Drohne und dann einige Wochen später mit einer Boden-Boden-Raketensalve direkt aus Syrien angegriffen. Israel seinerseits bombardiert seit Monaten iranische Militärziele in Syrien, u.a. mit Toten und Verletzten der iranischen Armee oder iranischer Revolutionsgarden. Syrien beschießt israelische Flugzeuge mit Raketen und vernichtet u.a. eine israelische F-16I – beide Piloten werden verletzt, einer schwer.

Der heiße „Nichtkrieg“

Die drei Länder haben sich zu den jeweiligen offenen Kampfhandlungen bekannt – aber Krieg? Kein Wort von Krieg! Alles geht normal weiter, auch wenn sich alle Seiten auf die nächste kriegerische Runde dieses Nichtkrieges vorbereiten. Oder ist das Teil der nahöstlichen Normalität?

Vor einem Monat wollte ich über die sich anbahnenden Zeichen eines nahenden Krieges schreiben. Israel warnte seit Monaten immer wieder auf

zweideutigen Wörter Netanjahus, Liebermans und des Oberbefehlshabers Eisenkot. – Aber wir sind Drohungen und rhetorische Spiele gewohnt, nicht wahr? Seit Jahren reden und reden wir von der iranischen Bedrohung. Und die Europäer entpuppen sich immer wieder als Profis im Abwinken israelischer Warnungen.

Wegen Israels Nicht-Bekanntnis muss sich Syrien nicht „rächen“

Dann waren da natürlich die etlichen israelischen gezielten Luftschlä-

- Im November 2017 wurde eine Waffenfabrik bei Homs zerstört.

- Im Dezember 2017 bombardierte Israel eine iranische Armeebasis und Waffenlager bei Damaskus.

Warum bekannt sich Israel plötzlich zu den Luftschlägen?

Dann passiert etwas scheinbar Kleines, eine Änderung im Ton, aber diese ließ tief blicken: Israel begann in dieser Zeit sich offiziell zu den Luftschlägen in Syrien zu bekennen. Die jahrelange Politik der Uneindeutigkeit war auf einmal vorbei.

Aus geheimnisvollem Schmunzeln wurden offene Bekenntnisse und aus offenen Bekenntnissen wurde im April-Mai 2018 offene Herausforderungen des Irans.

Mitte April ein „Versprecher“ eines hohen israelischen Offiziers in einem „New York Times“-Interview nach dem Angriff auf die syrische Basis T4, in dem dieser Thomas Friedman gegenüber angibt, dass Israel dabei gezielt die sieben Mann einer iranischen Drohneneinheit getötet hat.

Gleichzeitig berichten Syrien und Hisb'Allah, und kurzzeitig sogar die russische Armee in Syrien, von israelischen Luftangriffen via Libanon, die mit zig Luftabwehrraketen abgefangen werden konnten. Aber der große israelische Luftangriff war nur echt in den Radaranlagen, das massive Abwehrfeuer ins Nichts aber ganz real, und bald beschuldigten Syrien und Co. Israel eines elektronischen Scheinangriffs.

Gleichzeit – am Unabhängigkeitstag – ruft Israel seine Reserveverbände (zum Krieg) ein, teilt aber kurz darauf

„ Der Iran will – in seiner dunklen, geduldigen Weise – in Syrien eine vierte und potentiell vernichtenden Front gegen Israel aufbauen: Israels Feinde wissen, dass Gasa alleine gegen Israel keine Chance hat

allen nur erdenklichen Kanälen und in allen erdenklichen Weisen die Iraner und ihre Verbündeten, und vor allem die Europäer, dass alles auf eine offene, kriegerische Konfrontation hinausläuft, wenn Iran nicht aufhört – oder daran gehindert wird – vor den Golanhöhen in Syrien eine für Israel existenziell gefährliche und komplett inakzeptable iranische Front hochzurüsten.

Wie sagt man auf Jiddisch?

„As, haste gesugt.“

Englisch: „So what?“

Der Anzeichen auf eine Eskalation gab es viele. Natürlich waren da die un-

ge in Syrien. Ein Raketendepot hier, eine Waffenfabrik da, ein „hochwertiger“ Waffentransport dort. Aber in Echtzeit bekannte sich Israel nicht zu den Angriffen. Und so mussten die Iraner und Syrer nicht unbedingt „erwidern“, obwohl es ziemlich klar war, wer die Bomben schmiss und worauf sie fielen:

- Im September 2017 zerstörten angebliche israelische Luftangriffe eine Chemiewaffenanlage im Nordwesten Syriens.

- Im Oktober 2018 vernichtet Israel syrische Boden-Luftstellungen, die israelische Flugzeuge beschossen.

mit, dass es sich nur um einen „Computerfehler“ handelte. Aber auch so werden überall Israelis zum Reservendienst gerufen.

Keine Flugzeuge nach Alaska

Ein paar Tage später dann verkündete Israel, keine seiner F15-Kampfflugzeuge auf die lange geplante gemeinsame Luftwaffenübung „Red Flag“ nach Alaska zu entsenden – „in Anbetracht der aktuellen Lageeinschätzung der Luftwaffe“.

Der Angriff aus Syrien und Iran bleibt aus. Irans Interesse ist der langsame, gründliche Aufbau seiner Bedrohung, nicht die schnelle, voreilige und potentiell gefährliche Einsetzung. Man dümpelt weiter mit einigen Scharmützeln hier und dort, aber heute kann man, vielleicht die nun folgende Entwicklung, in der Israel immer „angriffslustiger“ erscheint, verstehen:

Der Iran will – in seiner dunklen, geduldigen Weise – in Syrien eine vierte und potentiell vernichtenden Front gegen Israel aufbauen: Israels Feinde wissen, dass Gasa alleine gegen Israel keine Chance hat. Sie wissen, dass Israel eine mögliche, großflächige „Intifada“ in Judäa und Samaria unter Kontrolle bringen würde. Sie wissen, dass der Libanon alleine gegen Israel viel Schaden anrichten, aber letztendlich von Israel verheerend besiegt werden würde. Sie wissen, dass ein offener Raketenbeschuss Israels aus dem Iran, wohl zu großen Teilen – auf Grund der relativ wenigen Raketen mit großer Reichweite und des langen Flugweges – von den verschiedenen Raketenabwehrsystemen neutralisiert werden würde. Aber wenn alle diese Fronten und Angriffe gleichzeitig losgehen würden, wäre Israel schon heute in einer sehr strapazierten Lage.

Der Iran hat Zeit und Geduld

Wenn jetzt noch eine militärisch strukturierte syrische Front dazukommen, die die libanesische Bedrohung in den Schatten stellen würde: Hunderttausende von hochwertigen, zielgenauen Lenkraketen mit großen Sprengköpfen, die vor Ort in Massen produziert werden und ganz Israel in ihrer Reichweite haben. Parallel dazu ein neu aufgebautes, massives Chemiewaffenarsenal gleich an Israels Grenze. Die kurze Distanz und die Masse der Raketen könnten Israels Abwehrmechanismen schnell überfordern. Und zu alledem sollte man sich nicht einmal vorstellen, was passieren würden, wenn der Iran doch in den Besitz von Atomwaffen kommen würde, und sie mittels schneller, unidentifizierbarer Kurzstreckenraketen aus Syrien auf Israel abschießt. Der Iran hat seinen langjährigen Traum erreicht, endlich eine „direkte Front“ zu Israel zu haben, an die er ungestört Armee und Waffen bringen kann.

„Syrische Rebellen“ sind teilweise in Wirklichkeit amerikanische Kommandos

Bis jetzt halten „syrische Rebellen“ (es ist ein relativ offenes Geheimnis, dass es sich dabei zu großen Teilen um amerikanische Kommandos handelt) den strategisch wichtigen Grenzübergang im Dreieck Syrien/Jordanien/Irak, und der Iran kann hier nicht ungestört seine Einheiten in den Golan kutschieren.

Iran scheint darauf gebaut zu haben, dass es mit einem „niedrigen Profil“ und ein paar kleineren Attacken über Dritte (Hisb'Allah und Co.), ungestört eine Massenvernichtungsbasis vor Israels Haustür aufbauen kann, bis zum selbstgewählten Stichtag.

Anscheinend hat Israel diese Taktik seit langem verstanden und seit Kurzem sich dazu entschlossen, nicht brav der Vernichtung abzuwarten, sondern einen Konfrontationskurs einzuschlagen.

Nur wenige Tage vor dem großen Luftschlag gegen den Iran in Syrien, formulierte Netanjahu, was offenbar die israelische Doktrin wurde:

„Wir sind fest entschlossen, die iranische Aggression gegen uns abzublocken, selbst wenn dies zu einem militärischen Konflikt führen sollte. Besser jetzt, als später!“

Seit langem kennen wir Netanjahus Wertschätzung von Churchills Aktivismus und seine Warnungen vor Appeasement gegenüber mörderischen Terrorstaaten.

Aber die Rhetorik war nicht nur Rhetorik und es scheint, als habe Israel einiges unternommen, um den Iran in Kampfhandlungen zu verwickeln, bevor er es schafft, all seine Vorbereitungen abzuschließen.

Schon seit Beginn 2017 baut Israel energisch an einem neuen, verbesserten Grenzwall gegenüber Libanon, der

„Aber der große israelische Luftangriff war nur echt in den Radaranlagen, das massive Abwehrfeuer ins Nichts aber ganz real, und bald beschuldigten Syrien und Co. Israel eines elektronischen Scheinangriffs.“

zig Millionen Euro kosten soll und sich mit neugegrabenen Kliffs, Betonbarrieren und verbesserten Zäunen durch die Landschaft zieht.

Das erste abgeschossene Flugzeug seit 1982

Auch bei dem folgenschweren iranischen Drohnenangriff im Februar, reagierte Israel energisch und flog dabei aber anscheinend in eine iranische Falle, die Israel das erste abgeschossene Flugzeug seit 1982 kostete. Irans Außenminister Zarif feierte lautstark „das Zusammenbrechen des Mythos der Unbesiegbarkeit“ der israelischen Armee.

Es handelte sich um eine Tarnkappen Drohne, die der amerikanischen Drohne nachempfunden war, die Iran in 2011 in seine Gewalt bringen konnte. Tarnkappe oder nicht, Israel ortete die Drohne binnen Sekunden und zerstörte sie via Helikopter. In den Stunden darauf ging Israel zum größten Luftschlag in Syrien seit 1982 über und zerstörte nicht nur die Drohnenbasis, sondern etliche Luftabwehrstellungen. Es sollte nicht der letzte und größte Luftschlag bleiben.

Aber gerade dieser Vorfall scheint für Israel ein „Point of no return“ gewesen zu sein, der auf eine Konfrontation hinauslief, an dessen Ende eine physische und politische Zerschlagung der iranischen Militärfrastruktur in Syrien stehen soll.

Im März 2018 empfing Israel dann tausende ausländische Soldaten zur großen Luftwaffenübung „Juniper Cobra“, in der ein feindlicher „Roter Staat“ bekämpft wurde, der dem Iran verblüffend ähnlich war.

Für noch mehr Spannungen sorgte, dass Israel – nachdem es sich bereits offiziell zu „zig“ Luftschlägen gegen Syrien bekannt hatte – sich jetzt auch erstmalig offiziell zur Vernichtung des syrischen Atomwaffenreaktors vor

zehn Jahren bekennt und gleichzeitig eine detaillierte Karte mit allen iranischen Stützpunkten in Syrien veröffentlicht. Noch ein Wink mit dem Zaunpfahl, ein Verweis auf das, was man alles weiss...

Greift Iran aus Angst vor einer Blamage nicht an?

Am 30. April dann, legt Israel nach:

In der Nacht ein weiterer bedeutender Luftschlag in Syrien. Man spricht von 200 iranischen Boden-Bodenraketen, die sich vor Ort in ein Feuerwerk verwandelten, anstatt auf israelische Städte, Straßen und Militärbasen zu regnen.

Militärkommentator Alex Fischmann spricht in der israelischen „Yedijot Achronoth“ von nagelneuen iranischen Kurzstreckenraketen QIAM 1. Erst ein Jahr einsatzbereit und mit 750 km Reichweite vom Iran aus keine wahre Bedrohung für Israel – von Syrien aus aber ist das etwas anderes: Ganz Israel liegt in ihrer Reichweite. Die Raketen sind relativ zielgenau und mit 750 kg Sprengkopf in Massen für Israel absolut

gefährlich. Sie sind es wohl, die israelische Sprecher in den letzten Jahren und Monaten im Kopf hatten, wenn sie von existentiell bedrohlichen „Game Changer“ sprachen (außer chemischen und atomaren Varianten natürlich). Bei den Angriffen in dieser Nacht sollen insgesamt 40 Soldaten in Syrien getötet worden sein – 18 davon Iraner.

Das war also in der Nacht. Der Tag wurde nicht weniger dramatisch. Am Morgen darauf sagt Netanjahu überraschend eine lange geplante, feierliche Knessetsitzung ab, befindet sich zeitweilig im Armeehauptquartierbunker und gibt am Abend seine Iran-Atomwaffen-Rede vor aller Welt.

Wieder ein Vorwärtsschritt in Richtung Iran. Vielleicht auch eine Drohung, dass Israel fast alles über Ihre Pläne weiß.

Iran reagiert nicht, sondern droht mit Vergeltung, die kommen werde.

Und dann kam der Showdown:

Israel warnte die Bevölkerung mehrmals – sehr korrekt – vor einem bevorstehenden iranischen Raketenbeschuss aus dem syrischen Golan. Im israelischen Golan wurden dann die öffentlichen Bunker geöffnet. Am 8. Mai beschießt Israel mehrere Ziele in Syrien, und verhindert nach eigenen Angaben damit genau diesen iranischen Raketenbeschuss. Auch hier sterben etwa 8 iranische Soldaten.

Endlich bekommt Israel grünes Licht, den iranischen Militäraufbau in Syrien systematisch und dramatisch zu stützen: 28 israelische Jets (u.a. die neue Tarnkappen-F-35 – weltweit erster Einsatz) und etwa 70 israelische Raketen schlagen in Syrien in allem ein, was iranisch und potentiell gefährlich ist: Waffenarsenale, Logistik- und Geheimdienststützpunkte, Hauptquartiere, Beobachtungsposten, etwa vier Luftabwehrstellungen (die noch übrig waren). Keine der etwa 100 syrischen abgeschossenen Boden-Luftraketen

erreicht eine israelische Maschine. 18 Iraner und 5 syrische Soldaten sterben bei den Angriffen.

Israels Verteidigungsminister zu den Kämpfen: „Ich hoffe, wir haben das Kapitel abgeschlossen und jeder hat die Botschaft verstanden“.

Irans Ajatollah Khatami zu den Kämpfen: „Wir werden unsere Raketenfähigkeit Tag für Tag verbessern... eine Leichtsinnigkeit [Israels] wird zur totalen Vernichtung Tel Avivs und Haifas führen.“

Also, sind wir im Krieg oder nicht? Vielleicht.

Nicht weniger beeindruckend als der militärische Aspekt ist der politische Aspekt in dieser Operation, die den Anschein hat, als sei sie die erste seit Jahren, die von A bis O auf allen Leveln durchdacht war.

Nur wenige Stunden vor der großen Operation in Syrien war Netanjahu von langen Gesprächen mit Putin aus Moskau zurückgekehrt, wo er gut sichtbar an der Seite Putins an den Feiern zum Sieg über Nazideutschland teilgenommen hatte, während er den Iran klar mit eben diesem Nazideutschland verglich. Der Iran-Alliierte Putin feiert zusammen mit „dem kleinen Satan“ Israel den Sieg über Nazi-Iran?

Da mussten alle roten Lampen in Teheran aufleuchten. Niemand weiß, wüber Netanjahu und Putin wirklich so lange unter vier Augen sprachen, und ob Putin wirklich den Iranern hier in den Rücken gefallen ist. Aber auf jeden Fall machte es nach außen den Anschein und das war bereits genug.

Russen sorgen für Erfüllung des israelischen Wunsches in Südwest-Syrien

Bei den Angriffen wurde offenbar kein einziger russischer Soldat verletzt (viele waren seit dem 1. Mai sowieso im Urlaub) und allgemein wurden keine russischen Ziele angegriffen. Vielleicht erst einen Monat später wird es etwas klarer: Am 28. Mai verkündete der russische Außenminister Lavrov offiziell eine „Deeskalationszone in Südwest-Syrien“ und einen „Rückzug aller nicht-syrischer Kräfte aus diesem Teil der arabischen syrischen Republik“. Sprich, die Forderung Israels, Iran aus diesen Gebieten zu verbannen, wurde erfüllt!

Nicht weniger beeindruckend sind die Berichte, wonach die syrische Luftwaffe den Iranern ob sofort jegliche weitere Benutzung oder Zugang zu syrischen Luftwaffenstützpunkten versagt.

Anerkennung Syriens als Teil der russischen Machtsphäre?

Es scheint als hätten Israel und die USA es geschafft, Putin und Syrien vom Iran abzuspalten. Als Gegenzug erhalten sie dafür sicherlich Syrien – ihre ungestörte Machtsicherung und bestätigte Einflussphäre.

Vielleicht konnten Netanjahu und Trump Putin überzeugen, dass die russischen Interessen in Syrien auch ohne Iran zu erlangen sind – bzw., dass der Iran gerade diesen Interessen schaden könnte.

Sollte dies kein weiteres Manöver sein, sondern sich langfristig bestätigen, so hätte Israel durch ein geschicktes Zusammenspiel von politischen und militärischen Zügen es wirklich geschafft, diese strategische Bedrohung auch langfristig abzuwenden.

Auf jeden Fall ist die Atmosphäre in den letzten Wochen wieder etwas spannender geworden. Fast schon wie in Friedenszeiten. Oder sind wir gar nicht im Krieg?

Palästina ist historisch das Land der Juden

Auch nach der Vertreibung durch die Römer haben Juden ununterbrochen auf dem Gebiet des heutigen Israels gelebt

Von Thomas Eppinger

Sie hätten gar kein Anrecht auf das Land, das sie Israel nennen, heißt es. Sie seien gekommen und hätten Millionen von ihrem Land vertrieben, heißt es. Das Land, in dem sie leben, habe früher den „Palästinensern“ gehört, heißt es. Sie hätten einen Apartheidstaat errichtet, heißt es. „Der Antisemitismus ist das Gerücht über die Juden“, heißt es bei Theodor W. Adorno. Heute ist der Antisemitismus auch das Gerücht über Israel.

Palästina war zu keinem Zeitpunkt ein rein arabisches Land, schon immer lebten dort Angehörige verschiedener Volksstämme und Religionen. Einen „palästinensischen“ Staat gab es nie. Auf dem heutigen Staatsgebiet Israels leben Juden nachweislich seit mindestens 3.700 Jahren. Selbst nach der Zerstörung des Zweiten Tempels und dem Beginn der jüdischen Diaspora kam das jüdische Leben in Palästina nicht zum Erliegen. Bis zu den Kreuzzügen im 12. Jahrhundert hatten sich große jüdische Gemeinden entwickelt, unter anderem in Jerusalem, Tiberias, Rafah, Gaza, Aschkelon, Jaffa und Caesarea. Und auch nachdem tausende Juden den Kreuzfahrern zum Opfer fielen, stieg schon in den beiden Jahrhunderten darauf die Zahl der Juden durch eingewanderte Rabbiner und Pilger wieder an.

Die Frühgeschichte

Einzelne Stadtstaaten sind seit dem 3. Jahrtausend vor Christi nachweisbar, damals wurde die Region von Ägypten dominiert. Im 12. Jahrhundert v. Chr. begann die Einwanderung israelitischer Stämme, der Einfluss Ägyptens schwand. Die „Zwölf Stämme Israels“ schlugen ihre Wurzeln. Die ergiebigste Quelle für die Geschichte dieser Epoche ist die Bibel, deren historische Substanz freilich zweifelhaft ist. Archäologischen Beweis für die ersten Könige des „Königreichs Israel“, Saul, David und Salomo, gibt es keinen, wohl aber für Salomos Sohn Rehabeam. Professor Gabriel Barkai von der Bar Ilan Universität meint dazu: „Jeder Mensch hat einen Vater.“ Wenn der Sohn nachgewiesen ist, dann müsse auch sein Vater existiert haben. Salomon gilt als der Erbauer des ersten Tempels in Jerusalem, von dem schon zahlreiche Spuren gefunden worden sind. Heute steht an dessen Stelle der Felsendom.“

Von 597 bis 582 v. Chr. wurde Juda dreimal vom neubabylonischen König Nebukadnezar II. erobert, 587/86 v. Chr. wurde der erste Tempel in Jerusalem zerstört. Die jüdische Elite wurde nach Mesopotamien deportiert, wo sie bis zu ihrer Befreiung im Jahr 520 v. Chr. lebte. 332 v. Chr. eroberte Alexander der Große das Gebiet ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen. Die Region profitierte von der hellenistischen Herrschaft kulturell und wirtschaftlich.

Nach dem Aufstand der Makkabäer richteten die Juden für 100 Jahre einen unabhängigen jüdischen Staat, bis Pompeius 63 v. Chr. das Land für Rom eroberte und dem Römischen Reich als Provinz eingliederte, die von jüdischen Königen regiert wurde. Dreimal kämpften die Juden in den ersten beiden Jahrhunderten nach Christi Geburt vergeblich gegen die Römische Vorherrschaft um ihre Unabhängigkeit. Der erste Jüdische Krieg begann 66 n. Chr. in Judäa und endete mit der Eroberung von Jerusalem und der Zerstörung des Zweiten Tempels im Jahr 70 n. Chr.

Vier Jahre später fiel die Festung von Masada. Die 960 Männer, Frauen und



Klagemauer, Gemälde von Gustav Bauernfeind, 1848

Kinder beschlossen, ein ruhmvoller Tod sei besser als ein Leben im Elend. Sie bestimmten durch Los 10 Männer, die alle Bewohner töteten und am Ende sich selbst. Nur zwei Frauen und fünf Kinder hatten sich verborgen und konnten be-

Juden und Christen auch Muslime in der Region präsent. Innerhalb von 100 Jahren konvertierte die Mehrheit der Bevölkerung zum Islam.

Mit dem Beginn der Kreuzzüge am Ende des 11. Jahrhunderts wurden in Palästina

Innerhalb von 100 Jahren konvertierte die Mehrheit der Bevölkerung zum Islam.

richten, was geschehen war. Bis heute gilt Masada als Symbol des jüdischen Freiheitswillens. „Masada darf nie wieder fallen“, ist zugleich Schwur und Versprechen, dass Israel nicht mehr untergehen wird.

Römer, Kreuzritter und Mamluken

Für den Großteil der Juden begann nach der Niederlage gegen die Römer die jüdische Diaspora. Zehntausende Juden wurden entlang der Straßen von Jerusalem gekreuzigt. Auch nach dem zweiten Aufstand gegen die Römer, dem Diaspora-Aufstand um 116, und dem dritten, dem Bar-Kochba-Aufstand 132-135, wurden tausende Juden von den Römern ermordet oder als Sklaven verkauft. Judäa wurde von den Römern in Syria Palaestina umbenannt, um die Erinnerung an Palästina als jüdisches Königreich und Heimat der Juden auch im Namen der Region zu tilgen.

Die Römische (später oströmisch-byzantinische) Herrschaft endete, als Araber im Zuge der Islamischen Expansion im Jahr 638 Jerusalem eroberten. 691 errichteten die Muslime auf dem Tempelberg den Felsendom. Seit dieser Zeit waren neben

vier christliche Kreuzfahrerstaaten errichtet, darunter im Jahr 1099 das Königreich Jerusalem unter Balduin von Flandern, der den Felsendom in ein christliches Heiligtum umwidmete und in der Al-Aksa-Moschee residierte, bis der sunnitische Sultan Saladin im Jahr 1187 Jerusalem eroberte. In der Folge wurden Kirchen und Tempel mehrheitlich in Moscheen umgewandelt, zu denen Christen und Juden allerdings Zutritt hatten. 1291 verloren die Kreuzritter mit Akkon ihre letzte Bastion an die Mamluken, die bis 1517 über das Gebiet herrschten.

Die Osmanische Herrschaft

Nach dem Sieg der Osmanen über die Mamluken im Jahr 1517 wurden Ägypten, Syrien und Palästina für 400 Jahre in das Osmanische Reich eingegliedert. Während dieser Zeit war Palästina stark unterbevölkert. Anfangs des 19. Jahrhunderts lebten knapp 300.000 Menschen in Palästina, davon ungefähr 10.000 Juden. Die meisten Araber hatten sich ebenfalls erst seit ein paar Jahrzehnten dort angesiedelt. Palästina bestand zu dieser Zeit vor allem aus erodiertem Bergland, Sandwüste und

malariaverseuchten Sümpfen. Als Mark Twain 1868 Palästina besuchte, schrieb er:

„Palästina sitzt in Sack und Asche ... diese unterbevölkerten Wüsten, diese rosafarbenen Erdhügel ... Jericho, das verfluchte, liegt heute als zerfallene Ruine da ... über ihm brütet der Bann eines Fluches, der seine Felder hat verdorren lassen, und seine Tatkraft gefesselt hat. ... Das berühmte Jerusalem selbst, der erhabenste Name in der Geschichte, hat all seine Größe verloren und ist ein Bettlerdorf geworden; die Reichtümer Salomos sind nicht mehr vorhanden, um die Bewunderung zu Besuch weilender orientalischer Königinnen zu erregen. Palästina ist verlassen und hässlich.“

Das Aufkommen des Zionismus

Erst mit der Ankunft der ersten jüdischen Siedler änderte sich das spürbar. Baron Edmond de Rothschild engagierte sich für den aufkommenden Zionismus. Er erwarb Grundstücke in Palästina und gründete die Stadt Rischon LeZion. 1889 übergab er 25.000 Hektar palästinensischen Agrarlandes samt deren Ansiedlungen an die Jewish Colonization Association.

So konnten nach der Ermordung von Zar Alexander II. und den darauffolgenden Pogromen in Russland während der ersten Alija bis zu 30.000 Juden aus Russland, Rumänien und dem Jemen nach Palästina einwandern. Rothschild finanzierte in den folgende Jahren die Gründung von mehr als 30 weiteren Kolonien und gilt zurecht als „Vater der Kolonisierung Palästinas“.

Die Geschichte des Zionismus muss an dieser Stelle außen vor bleiben, erwähnt sei nur, dass die Zionistische Weltorganisation 1901 den Jüdischen Nationalfonds gründete, um erstmals jüdische Ansiedlungen in Palästina gezielt zu fördern. Jedenfalls wurden die Voraussetzungen geschaffen, dass sich nach weiteren Pogromen in Europa und der gescheiterten Russischen Revolution während der zweiten Alija von 1904 bis 1914 weitere 40.000 Einwanderer, hauptsächlich aus Russland und Polen, ansiedeln konnten. Die Siedler kultivierten die verseuchten Sümpfe und machten das Land urbar. 1909 wurde mit Tel Aviv die erste moderne jüdische Stadt gegründet. Die Region „Palästina“ begann seit Jahrhunderten erstmals wieder aufzublühen. Bis 1914 wuchs die jüdische Bevölkerung auf etwa 85.000 Menschen an.

Fakten gegen Gerüchte

Schon der kurze Streifzug durch die Geschichte der Region zeigt: Palästina war zu keiner Zeit ein ausschließlich arabisches Land. Zu keiner Zeit gab es einen unabhängigen arabischen oder „palästinensischen“ Staat in Palästina. Juden leben in diesem Landstrich seit nahezu 4.000 Jahren, später kamen Christen und Muslime dazu. Bis zum Ende des Ersten Weltkriegs hatte keine einzige Obrigkeit „für Palästina eine eigene Verwaltung vorgesehen oder das Gebiet als selbstständige geographische Einheit betrachtet. Auch für die Osmanen war die Region ein Teil Syriens, wohl auf die römische Bezeichnung Syria zurückgehend.“ Die jüdischen Siedler haben niemanden verdrängt oder vertrieben. Sie haben Land gekauft, bestellt und urbar gemacht, haben eine über Jahrhunderte lang verrottete Gegend zu einer neuen Blüte geführt.

1917 wurde die osmanische Herrschaft über Palästina beendet. Und die Vorstellung eines jüdischen Staates wurde konkret. Aber das ist eine andere Geschichte.

Ich bin kein Musiker – ich bin die Musik!

Mit nur 62 Jahren ist der berühmte jüdische Jazz-Musiker Michail Alperin gestorben

Von Sergei Gawrilow

Selten hat das sowjetische Plattenlabel „Melodiya“ Anstalten unternommen, um Jazzaufnahmen zu produzieren. Umso wertvoller war jedes Vinyl-Zeugnis von der Freiheit des Geistes in jenem Land, in welchem ein solcher Luxus von der Regierung nicht begrüßt wurde, ihr gar verdächtig erschien.

Als ein solcher seltener Kontrapunkt zu der allgemeinen Linie der Partei erschien die zweite Platte aus der Reihe „Jazz-82“, die auf dem VIII. Moskauer Festival der Jazzmusik aufgenommen wurde. Die Seite A ist fast komplett den Musikern der Kischenewer Formation „Quarte“ von Simon Shirman gewidmet, in der mir sofort der Pianist aufgefallen war – Michail Alperin. Auch von den Produzenten der Platte wurde er hervorgehoben, indem sie ein Solostück des Musikers, „Karikatur in aller Freundschaft“, auf der Platte veröffentlichten.

Eine leuchtende persönliche Handschrift, unaufhaltsame Fantasie und einen leidenschaftlichen Drang, der Trägheit und Routine zu entgehen – all das besaß Mischa (so wurde er später liebevoll und vertraut unter Freunden sowie auf Plattencovern genannt). Bald hatte ich das Glück, mich mit Alperin ein wenig zu unterhalten. Das war nach dem Kiewer Konzert der Formation „Arsenal“, in welcher Mischa kurz wie ein Asteroid aufblitzte, um dann die neuen Weiten des Alls zu bezwingen. Letzten Herbst erinnerte ich ihn an die damalige Begegnung. Das passierte in der Pause beim Berliner Auftritt des legendären „Moscow Art Trio“, das im zweiten Teil durch die Präsenz der extraordinären, hervorragenden Akkordeonistin und Vokalistin Evelina Petrova, der Gattin Alperins, zum Quartett erweitert wurde.

Krebs

Viele wussten bereits, dass Mischa schon seit einigen Jahren mit einer Krebs-Erkrankung kämpft. Es gab beste Hoffnungen auf Genesung. So schien es auch an diesem Abend, als ob er die Krankheit bezwungen habe – das sah man in seinen Augen, hörte man in seiner Musik. So, als würde er uns eine Botschaft übermitteln: „Ihr Lieben, ich bleibe noch lange bei euch, und ihr hört zu! Hört und staunt!“ Und plötzlich der erschütternde Post von Evelina auf Facebook:

„Am 11. Mai um 8.30 Uhr in der Früh ist mein allerteuerster Freund, Mischa Alperin, auf die himmlische Reise gegangen. Er kämpfte bis zuletzt, er glaubte an das Leben und an die Unsterblichkeit. Selbst auf dem schweren Weg der Krankheit jubelte seine Seele wegen den kleinen Freuden des Lebens, die für ihn das ganze Leben lebenswert machten.“

Er ging wie ein Sieger, demütig und stolz auf sein Leben! Sogar im schweren Zustand predigte er leidenschaftlich das einzige Gesetz des Lebens – die Dankbarkeit. Und fühlte sich absolut glücklich! Zusammen gingen wir diesen Weg und für jede Sekunde dieser Prüfung bin ich dankbar. Etwas Großes und Mächtiges ist geschehen! Er versprach, dass er nicht weg sein wird. Und ich weiß, dass er für ewig mit uns ist! Er sagte mir einmal: Ich bin kein Musiker – ich bin Musik. Und Musik stirbt nie!“

Wunderbare, präzise Worte. Jedoch, wie unfair: ein weiterer Eingeweihter, der in die verborgenen Geheimnisse der Musik, also auch des Universums, ein-

gedrungen ist, hat die physische Hülle so frühzeitig abgeworfen. Soll man das schon wieder mit der Floskel „So ist nun mal das Leben“ abtun?

Ein langjähriger Weggefährte Alperins in vielen Projekten ist der Virtuose der Blasinstrumente Arkady Shilkloper (Horn, Flügelhorn, Alphorn). Ihr gemeinsames Duo-Album „Wave Of Sorrow“ wurde 1989 von dem Münchner Label ECM produziert, was dem Eintreten in das Pantheon des Ruhms des zeitgenössischen Jazz gleichzusetzen

haus gemacht wurden. Da improvisiert Alperin zu einem Video, auf dem Koreaner Flöte und Schlagzeug spielen – und da hat man sofort diese unglaublich tiefe und perfekte Synthese der verschiedenen musikalischen Welten.

Vereinte Nationen der Musik

Er hatte die Idee, im Sommer eine Arbeitsgruppe mit Musikern aus der ganzen Welt zu organisieren. Hat sogar schon einen Raum gefunden, der von einer norwegischen Gemeinde kostenlos zur Ver-

gar kein Schöpfer mehr, kein Künstler“. Yuri Markin sagte: „Ein echter Künstler ist ein Kamikaze, der auf eine Rakete aufspringt, die Richtung versteinerte Begriffe fliegt“. Und so war auch Mischa.

Ich führe ihn immer als Beispiel für andere Pianisten an, weil er einer der wenigen „atmenden“ Klaviermeistern war. Glenn Gould war so, Vladimir Horowitz auch. Bevor ein eine Note spielte, atmte Mischa ein – das ist ähnlich bei den Dirigenten, wenn sie, bevor sie dem Orchester ein Zeichen zum Beginnen



Michail Alperin: „Nur mit denen spricht der Schöpfer, die gelernt haben, nicht mit dem Verstand, sondern mit dem Herzen zu verstehen.“

war. Die Fortsetzung der Geschichte Alperin/Shilkloper fand im „Moscow Art Trio“ statt. Und wer sollte Mischa besser gedenken, als Arkady – durchlebten sie doch zusammen so viele Augenblicke des schöpferischen Glücks. Am Anfang unseres Gedenkgesprächs sagt Shilkloper:

Auf dem Portal jazz.ru wurde ein Nachruf auf Mischa veröffentlicht und ich schrieb dazu einen Kommentar. Er beginnt so: „Freund, Kollege, Lehrer, Weggefährte, der Begründer des ‚Moscow Art Trio‘ ist gegangen... Mischa veränderte mein Leben radikal!... Wir lernten uns im Jahr 1985 kennen. Nach einem meiner Auftritte mit Mischa Karetnikov kam Alperin auf mich zu und sagte: „Alter! Du spielst gut, aber du spielst nicht deine Musik“. Ich antwortete: „Ja. Ich weiß.“ Dann schlug Mischa vor, im Rahmen seines Abends zwei Teile der Suite „Licht und Schatten“ zu spielen. Sie erklangen Ende Dezember desselben Jahres im Kulturhaus „Moskworeschtsje“. Proben fanden im Krylatskoje statt, meist nachts, zuerst im Verwaltungshaus, dann später im Kindergarten – ein Glück, dass wir in der Nähe wohnten! Ich begriff Mischas Sprache nicht sofort, ungeachtet dessen, dass ich begeistert war von seinen musikalischen Ideen und wie ein Wahnsinniger probte, die Zeit vergessend. Später gesellte sich Sergey Starostin zu uns und es entstand das „Moscow Art Trio“. So waren die Anfänge.“

Mischa wurde in eine jüdischen Familie geboren, lebte in der Ukraine, in Moldawien, Russland, Norwegen. Und wie ein wahrer Weltbürger spürte er sehr fein den musikalischen Kulturen verschiedener Länder nach. Andrey Kondakov veröffentlichte im Internet eine der letzten Videoaufnahmen, die bei Alperin zu-

fügung gestellt würde. Viele waren bereit, anzureisen. Und genau das ist eine der Hauptaufgaben dieses globalen Dorfes – Demonstration dessen, dass die musikalische Welt, und im Besonderen die Welt der folkloristischen Tradition, ein Ganzes sind. Diese Idee trug Mischa im Verlauf vieler Jahre in sich und wollte diesen Weg weiter beschreiten – eine Art „musikalische Vereinte Nationen“ gründen. Diese Aufgabe löste er teilweise, denn das „Moscow Art Trio“ trat zusammen mit bulgarischen und russischen Chören, mit Tuwinern, Italienern, Spaniern und Norwegern auf. Mischa war offen für einen Dialog mit den Musikschöpfern aus allen Ländern der Welt, er war ein absolut kosmopolitischer Mensch, wie in der Musik, so auch im Leben. Jedoch erlebte er im Moskau der 80er Jahre viel Unangenehmes und Unschönes. Der Antisemitismus hat ihm das Leben schwermgemacht. Man hat ihn nicht auftreten lassen, er hungerte, ich habe ihm geholfen, wo ich konnte. In Moldawien konnte er wenigstens auf Hochzeiten spielen, in Moskau war nicht einmal das möglich. Es waren schwere Zeiten für ihn. Man warf ihm sogar Scheiße auf den Balkon mit den Zetteln „Hau ab, Judenfratze!“ Das war kurz bevor er nach Norwegen übergesiedelt ist, im Jahr 1991.

Und nach zwei Jahren unterrichtete er schon an der norwegischen Musikakademie, voll und ganz an seinem Platz. Er hatte keine Angst zu riskieren, sich lächerlich zu machen, wenn er etwas Komisches, Lustiges, Ironisches spielte. Er machte das dermaßen innig und aufrichtig, dass es nicht möglich war, ihm nicht zu glauben. In seinen letzten Jahren pflegte er zu sagen: „Der, der kein Risiko in der Kunst eingeht, der ist so

geben, die Hand aufschwingen. Anders kann man nicht spielen, denn wenn es keine Pausen, kein Atmen gibt, kann man die Phrase nicht mit der Bedeutung, dem Sinn und der Tiefe beladen.“

Man fragte mich schon oft, ob es ein „Moscow Art Trio-2“ geben kann. Nein, Leute. „Moscow Art Trio“ – das war eine Formation, die nur unter Zusammenkunft der drei Persönlichkeiten existieren konnte. Und wenn eine der Drei das Trio verlässt, ist das alles Mögliche, nur nicht das „Moscow Art Trio“. Deswegen kann es und wird es keinerlei „Moscow Art Trio-2“ geben. Eine andere Sache ist, dass es eine riesige Zahl an Menschen gibt, die von Mischa beeinflusst wurden. Sie gehen weiter ihren Weg und machen ihre Sache. Er wollte nie, dass man ihn nachahmt. Er wollte, dass seine Studenten ihre eigene Stimmen suchten und ihren eigenen Weg gingen. Und er half ihnen, freute sich über ihre Erfolge und konnte mal da, mal dort einen gutgemeinten Rat geben. Dabei war er Sternzeichen Skorpion – seine Kritik konnte zuweilen beißend sein, jedoch immer gerecht. Er sagte zu seinen Schülern: „Wenn ihr etwas verändern wollt, müsst ihr die Wahrheit kennen. Wenn ihr sie aber verdeckt, dann werdet ihr weiterhin im Unwissen tappen und im eigenen Saft schmoren. Am Anfang waren seine Studenten gereizt von diesen Worten. Dann vergingen aber Jahre und sie sind selbst zu Künstlern geworden. Weil sie sich „dehnten“ – das war Mischas Lieblingswort, um Entwicklung zu beschreiben. Er war eine wundervolle Persönlichkeit.“

Aus dem Russischen übersetzt von David Serebryanik

Der falsche Mythos von den islamischen Wissenschaftspionieren

Sehr viele der vermeintlich islamischen Erfindungen sind in Wirklichkeit prä-islamisch und die sehr späte Zulassung des Buchdruckes im Osmanischen Reich 1727 ist ein weiteres Symptom der Wissenschaftsfeindlichkeit des Islam

Von Paul Nellen

Nach Horst Seehofers frisch-ministerieller Einstandsinventarisierung („Der Islam gehört nicht zu Deutschland“) musste man nicht lange warten, bis sich das in solchen Fällen schnell ausschwärmende mediale und professorale Rettungspersonal ans Werk machte. Erneut ging es um die Ehre des Islam, des anscheinend wahren Kulturbringers, dem das aufgeklärte, wissenschaftlich tonangebende und demokratische Europa sich „letztlich“ zu verdanken habe. Weswegen der Islam selbstredend auch zu Deutschland gehöre.

EKD lobt Islam

Zuletzt äußerte sich vergangene Woche der Mittelalterhistoriker Michael Borgholte im Evangelischen Pressedienst mit dem Kernsatz, der Islam habe „einen geradezu grundlegenden Beitrag zur hiesigen Kultur geleistet“. Es seien „Araber und Syrer muslimischen Glaubens gewesen, die große Teile antiker griechischer Naturwissenschaften und Philosophie gerettet und der lateinischen Welt des westlichen Europas überliefert hätten“, so der Wissenschaftler laut einer Nachricht des Deutschlandfunks.

Die Gegengabe des Westens dagegen für jenen großzügigen Kulturtransfer: die „Kreuzzüge“ und der „Kolonialismus“. So lautet andernorts meist im gleichen Atemzug die Anklage. Und worunter die islamische Welt bis heute leide...

Es wird Zeit, mit diesem alten, seit dem Buch „Allahs Sonne über dem Abendland – Unser arabisches Erbe“ Sigrid Hunkes (1913-99), einer antichristlich-neuheidnischen Religionswissenschaftlerin mit lupenreiner Nazivergangenheit, durch alle „Dialog“- und sonstige Multikulti-Veranstaltungen geisternden Mythos aufzuräumen. Zunächst stellt sich die Frage, wie die Moslems damals überhaupt an die antiken griechischen Schriften gekommen waren, mit denen sie dem „finsternen Mittelalter“ zur Renaissance, zu Aufklärung und Humanismus angeblich verhalfen.

Wie kam die Moslems überhaupt an die antiken griechischen Schriften?

Waren sie voller Forscherdrang im Zuge der militärischen Ausbreitung des Islam über die griechischen Inseln und durch Süditalien gestreift, um antike Steintafeln, Schriftrollen und Textfragmente auszugraben oder zu entziffern? Natürlich nicht – viele bedeutende Schriften der griechisch-römischen Antike waren schon längst von Christen und Juden des Vorderen Orients in vorislamischer Zeit zusammengetragen worden.

Sie gerieten den Arabern als Kriegsbeute in die Hände, als sie die christlichen Städte des byzantinischen Imperiums überfielen. Die in Rede stehenden griechischen Schriften der Antike befanden sich oft als syrische oder hebräische Übersetzungen in den Bibliotheken der byzantinischen Städte. Sie wurden von den unterworfenen, nicht selten arabischen Christen (eben aber nicht von den muslimischen Arabern!) ins Arabische übersetzt, ehe sie in die Bibliotheken von Bagdad und



Die Nische der durch Moslems gesprengten Buddha-Figuren von Bamiyan (Afghanistan).

Cordoba geschafft wurden.

Im Zuge der Reconquista und der Renaissance wurden viele dieser Texte aus dem Arabischen ins Lateinische übersetzt – dass es sich um einst erbeutete Manuskripte handelte, die sich schon immer im Besitz der Christenheit des Vorderen Orients befunden hatten, war längst im Vergessenheit geraten. Der Mythos vom Islam als dem Überbringer des Geistes der Antike konnte seinen Lauf antreten. Der Anteil der (christlichen) Araber und auch der Ju-

den an diesem Wissenstransfer soll dabei nicht gering geachtet werden.

Die nur kurze Blüte der Mutaziliten

Nur war es zum allerwenigsten der Islam als Religion, der sich hier Verdienste erworben hätte. Die „Aufklärer“ des Islam, die noch am ehesten von der griechischen Antike, namentlich von Aristoteles, inspiriert wurden, die Mutaziliten nämlich (9.-11. Jh.), wurden nach kurzer Blütezeit verfolgt und ver-

schwanden schließlich als geistige Strömung ganz aus dem Islam.

Die Europäer selbst hatten im Mittelalter nie den Kontakt zu den byzantinischen Griechen verloren; auf dieser Grundlage konnte die Renaissance schließlich ausgelöst werden. Zwar haben die meist christlichen Araber auch Werke der Griechen konserviert und übersetzt. Doch bevorzugten die Europäer ihrerseits direkte Übersetzungen vom Griechischen ins Lateinische, die sie selbst ohne den Umweg über die

Araber anfertigten. Das antike Erbe war keineswegs verschollen, dass es sein Wiederaufleben etwa islamischen Rettern verdanken würde.

Und jetzt eine kleine Faktensammlung:

Der englische Mönch und Kirchenhistoriker Beda Venerabilis berichtet im 7. Jh. in seinem Werk „Ecclesiastical History“, dass einer der ersten Bischöfe von Canterbury, Theodor aus Tarsus, ein gebildeter Grieche war. Dieser Theodor war mit etwa 35 Jahren aus Tarsus vor den Muslimen nach Konstantinopel geflohen, wo er studierte. Konstantinopel blieb das Mittelalter hindurch Schatzkammer des alt-griechischen Kulturerbes. Der Student Theodor wird eben dieses Wissen studiert und nach England mitgebracht haben.

Der isländische Dichter und Historiker Snorri Sturluson, der im 12. Jahrhundert lebte, schreibt in seiner „Edda“, dass die nordischen Götter in Wirklichkeit trojanische Helden waren, die vor der Zerstörung ihrer Stadt durch Agamemnon geflohen waren. Diese Interpretation Snorris impliziert, dass er die Theorie des Euhemerismus (nach Euhémos und dessen „Ansatz, die Entstehung von Gottesvorstellungen auf mythische Überhöhung historischer Personen zurückzuführen“) gekannt hat und somit, dass griechisches Wissen im hochmittelalterlichen Europa bekannt war.

Der Frankenkönig Karl der Kahle (823-877) war fasziniert von der griechischen Kultur, so dass er den irischen Gelehrten Joh. Scottus Eriugena („als Übersetzer und Kommentator leistete er einen gewichtigen Beitrag zur Verbreitung griechischen Gedankenguts aus der Epoche der Kirchenväter im lateinischsprachigen Westen. Damit stärkte er zugleich den Einfluss des Neuplatonismus in der abendländischen Geistesgeschichte“) bat, das

Werk von Pseudo-Dionysius bis 855 zu übersetzen.

Der vielzitierte Kirchenlehrer Johannes von Damaskus (ca. 660-754) kannte (aus der Überlieferung durch einen italienisch-griechischen Kriegsgefangenen der Muslime und Mönch namens Kosmas) Aristoteles und übersetzte ihn 100 Jahre vor der ersten arabischen Aristoteles-Übersetzung ins Arabische.

Der italienische Humanist Giovanni Aurispa „machte sich vor allem um die Gewinnung des antiken Wissens verdient, indem er auf mehreren Reisen in das Byzantinische Reich Codizes erwarb und diese nach Italien brachte“. Er reiste 1421 ins von den Türken belagerte Konstantinopel und rettete über 200 Codices nach Europa, darunter Platons Politeia. „Aurispa, der das Lateinische und das Griechische gut beherrschte, hinterließ etwa 100 Briefe an verschiedene Humanisten sowie Übersetzungen Plutarchs und Lukians. Seine größte Bedeutung liegt jedoch zweifellos in der Sammlung antiker Texte, die dem europäischen Westen wieder zugänglich gemacht wurden.“

Als Byzanz 1453 endgültig zerbrach, flohen Gelehrte aus Konstantinopel vor den Muslimen und brachten mit, was sie retten konnten. Allenfalls auf ironische Weise „verdankt“ der Westen also den Muslimen die Überlieferung des griechischen Erbes, nämlich dadurch, dass jene die Gelehrten in den Westen vertrieben!

Der „Kulturbringer Islam“ ist zuhause extrem bedroht

Der Auslöser für die Renaissance war schließlich der Wille der christlichen Europäer, den brachliegenden griechischen Geist neu zu entzünden und das antike Erbe aufleben zu lassen. Dass der Islam hieran praktisch keinen Anteil hat, sieht man auch daran, dass die islamischen „Aufklärer“ des Hochmittelalters, namentlich die von griechischer

Philosophie beeinflussten Mutaziliten, nach kurzer Blüte von den islamischen Kalifen verfolgt wurden und ihr Denken ausgemerzt wurde.

Im Übrigen: Selbst wenn die Behauptung vom „Kulturbringer Islam“ stimmen würde, so taugt sie allenfalls zum Beweis, dass die Blütezeit des Islam seit fast 1.000 Jahren endgültig vorbei und sein Erbe inzwischen – wenn es ein solches denn gegeben habe – längst von Europa und den Ländern angetreten wurde, die auf anderen Kontinenten europäisches Erbe mitverwalten.

Hinrichtungen eines islamischen Reformers

Wenn dieses Erbe nun seinerseits wieder „zurückkehrt“ in die islamische Welt (mit den Ideen von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, Freiheiten aller Art): warum wird dieses Erbe dann dort nicht enthusiastisch von allen Ulama, den religiösen Gelehrten, als Rückkehr in die angestammte Heimat begrüßt? Warum geschieht dies allenfalls durch einige nonkonformistische Intellektuelle, die dafür verfolgt wurden und werden; entweder – wie etwa der sudanesisch muslimische Aufklärer Mahmud Muhammad Taha – mit ihrem Leben büßten (Taha wurde 1985 für seine reformislamisch-aufgeklärten Ideen hingerichtet) oder aber, wie der Ägypter Nasr Hamid Abu Zaid, eine erzwungene Scheidung und ein zwangsweises Exil ertragen mussten (er starb vor einigen Jahren in Holland)?

Der Islam als Zerstörer buddhistischen Kulturerbes

Der Islam ist weltgeschichtlich vornehmlich als Eroberer und Zerstörer in Erscheinung getreten. Die größte Bibliothek der alten Welt, die buddhistische von Nalanda (Indien), soll „9 Millionen Bücher umfasst haben. Sie war damit zugleich das größte Lehrzentrum der antiken Welt überhaupt. Die Universität wurde Ende des 12. Jahr-

hunderts im Zuge der islamischen Eroberung Indiens und der damit verbundenen Dezimierung des Buddhismus zerstört“. Nicht als „Kollateralschaden“, sondern mit voller Hingabe. So ähnlich, wie die Bamiyan-Statuen in Afghanistan durch die Taliban zerstört wurden – von Massendemos der nicht-talibanischen Muslime, die sonst jede noch so kleine Mohammed-Karikatur mit Feuer, Mord und Aufruhr beantworten, fehlen bis heute alle Berichte.

Bibliotheken waren dem Islam ein Gräuel

Bibliotheken waren dem Islam schon immer ein Gräuel: Entweder die Bücher entsprachen dem Koran, dann waren sie überflüssig. Oder sie bargen Schriften, die dem Koran nicht entsprachen, dann gehörten sie vernichtet. So einfach und so klar – eine Religion mit dem Charme eines Kippschalters. Weswegen Sultan Bajazid II. 1483 die Errichtung von Druckereien nach der Methode Gutenbergs bei Todesstrafe untersagte. Ausnahmen gab es nur für die geduldeten Minderheiten der Juden und Christen, solange sie nicht in arabischer Sprache und Schrift druckten. Erst 1727 wurde auch den Muslimen im osmanischen Reich, das bis tief nach Arabien reichte, der Buchdruck erlaubt.

Wenn uns islamische Verbände-funktionäre oder ihre Stimmenverstärker in Medien und Universitäten demnächst wieder einmal einzureden versuchen, dass es Europa, seine wissenschaftlich-technische und seine Kultur des Denkens ohne den Islam gar nicht gäbe, sollten wir ihnen und dem Publikum diese Fakten einfach mal in Erinnerung rufen – mit wissenschaftlicher Strenge, Nüchternheit und Geistfreiheit, die einzig das Erbe der griechisch-römischen Antike und das wahre Erfolgsgeheimnis Europas sind. An diesem hat der Islam bis heute so gut wie keinen Anteil.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiost – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiost haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben rechts und ganz unten im Menü „Service“) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Der Kutscher und der Gestapo-Mann

Der jüdische Autor Gabriel Berger hat ein Buch über die deutsche Besatzungszeit in Polen geschrieben

Von Dr. Nikoline Hansen

Es ist wohl das düsterste und zugleich eines der am wenigsten beleuchteten Kapitel der deutschen Geschichte: Die Besatzung Polens und die Vernichtung des osteuropäischen Judentums, die von den deutschen Besatzern mit sadistischem Eifer betrieben wurde.

Gabriel Berger hat sich in seinem jüngst erschienenen Buch „Der Kutscher und Gestapo-Mann“ der herausfordernden Aufgabe gestellt, Originaldokumente von Zeitzeugen aus dem Polnischen zu übersetzen, die die Gräueltaten der Deutschen zeitnah schilderten.

Er gibt zugleich einleitend einen Überblick über die Geschehnisse in Polen, wobei der Schwerpunkt auf den Ereignissen in Tarnów liegt, einer Stadt 70 Kilometer östlich von Krakau mit einem hohen Anteil an jüdischer Bevölkerung (1939 waren 45 % der Einwohner Juden).

Durchschnittlich betrug der Anteil der jüdischen Bevölkerung in Polen 10 Prozent. Tarnów wurde am 8. September 1939 von der deutschen Wehrmacht besetzt. Wie der Autor schreibt, war das primäre Ziel der rassistisch begründeten antijüdischen Maßnahmen die Bereicherung der deutschen Besatzer durch die Aneignung jüdischen Eigentums.

Die Vorgehensweise war überaus brutal und willkürlich. Der Augenzeugenbericht des Kutschers Israel Isaak, der als einziger seiner Familie überlebte und der den Gestapo-Mann Rommelmann bei vielen seiner Ausfahrten begleiten musste, ist schwer verdauliche Kost. Dennoch ist es wichtig, sich damit auseinanderzusetzen, denn die

Berichte beantworten eine Frage, die gerade in Deutschland immer wieder gestellt wird, nämlich: Wie konnte es geschehen?

Die Antwort ist zwar komplex, aber wenn man sich durch die Texte arbeitet, wird sie doch eindeutig fokussiert: es ging um Macht und Gier, die durch das Ausleben sadistischer Triebe und nicht zuletzt Vergewaltigungen Befriedigung fand. Die jüdische Bevölkerung litt unter der Willkür, und nur wenige brachten die Unerschrockenheit auf, sich zur Wehr zu setzen, wie die jüdische Pfadfindergruppe „Haschomer Hatzair“, deren mutige Aktivitäten Gabriel Berger beschreibt und von der nur ein einziges Mitglied, Kubez Kupferwasser, überlebte und nach dem Krieg über das Schicksal der Gruppe berichten konnte.

Ein Mann mit zwei Gesichtern

Eindringlich auf den Punkt bringt es diese Beschreibung: „Rommelmann war ... ein Mensch mit mehreren Gesichtern. Er hatte sehr gute Manieren. Wenn er von einer Frau begleitet wurde und mit der Pistole ihren Mantel streifte, küsste er ihre Hand und entschuldigte sich. ... Doch im ganzen Landkreis von Tarnów tobte er sich aus. ... Aus der Gegend brachte er die schönsten jungen Jüdinnen zu sich, vergewaltigte sie und erschoss sie anschließend.“

1944 wurde Tarnów für „judenrein“ erklärt und Rommelmann kehrte nach Bremen zurück. Am 3. Juni 1946 wurde er von britischen Besatzungsbehörden festgenommen, 1947 der polnischen Justiz übergeben. Den polnischen Behörden war viel daran gelegen, die deutschen NS-Täter zur Rechenschaft zu ziehen und sie für ihre



Verbrechen zu bestrafen. Rommelmanns Ehefrau sei überrascht gewesen von der Anklage gegen ihren Ehemann, schreibt der polnische Augenzeuge Grzegorz Szczerba. Das erstaunt umso mehr, als die Zeitzeugin Lilla Mittler berichtet, dass Rommelmann einen Sohn hatte, den er dazu anhielt, Juden eigenhändig zu erschießen. Dieser wurde wohl nie zur Rechenschaft gezogen und wird mit seiner Schuld schweigend gelebt haben – eine besonders erschreckende Vorstellung.

Das Buch ist daher auch ein ausgesprochen wichtiger Beitrag, um selektivem Erinnern und Verfälschungen der Ereignisse entgegenzuwirken. Im Gegensatz zu anderen Büchern, die sich darum bemühen, sich dem Holocaust auf ausschließlich intellektueller Ebene zu nähern, ist es aufgrund der authentischen Zeitzeugenberichte, der zeitlichen Nähe der Schilderungen und

der sachlichen Einführung schonungslos direkt und vermittelt den Schrecken unmittelbar, dem sich die polnischen Juden während der Besatzung ausgesetzt sahen.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass es auch in der polnischen Bevölkerung Mitläufer gab, die der Eliminierung der Juden tatenlos zusahen und deren Besitz raubten. Nur wenige fanden den Mut, sich dem deutschen NS-Regime entgegen zu stellen und den Verfolgten zu helfen, denn sie mussten fürchten aufgrund von Denunziationen selbst Opfer von Repressalien zu werden.

Doch über 6.500 polnische Christen wurden als Judenretter in der Gedenkstätte Yad Vashem als „Gerechte unter den Völkern“ ausgezeichnet. Es ist die mit Abstand erheblichste Anzahl an Judenrettern für ein europäisches Land. Auch daran erinnert Bergers Buch. Ein Buch gegen das Vergessen.

Gabriel Berger
Der Kutscher und der Gestapo-Mann
Berlin: Lichtig Verlag
ISBN 978-3-929905-39-7 € 14,90

Die Buchpremiere findet im Rahmenprogramm der Ausstellung „Wir waren Nachbarn“ am Mittwoch, dem 6. Juni 2018 um 18 Uhr in der Ausstellungshalle des Rathaus Schöneberg statt. Vor der Lesung spricht Bärbel Petersen, Moderatorin und Gastgeberin literarischer Salons in Berlin, mit Gabriel Berger über die Berichte, ihre Auswahl und die Hintergründe. Anschließend lesen beide aus den Protokollen. Karsten Troyke, Musiker und Schauspieler, singt zwischen den Texten jiddische Lieder.

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH

Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin

Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin

Tel.: (030) 54 71 02 50 Fax: (030) 23 32 88 60

E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de

Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de

• per Telefon: (030) 54 71 02 51 (Redaktion), (030) 54 71 02 50 (Verwaltung) • per Fax (auch Anrufbeantworter): (030) 23 32 88 60

• per Website: www.juedische-rundschau.de

Werbeabteilung: Tel.: (030) 54 71 02 50 • E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

COUPON ABO- BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

- 39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)
- 49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)
- 73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)
- 32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).

Name, Vorname _____

Strasse, Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Geburtsdatum _____ Telefon: _____ E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen vor dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____

Unterschrift 

Ich zahle gegen Rechnung:

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Gutschein vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, die bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post

(J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan

per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de.

Sie können die Zeitung auch auf unserer Website

www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Unsere Kontaktadressen



J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin



(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
(030) 54 71 02 50 (Verwaltung, auch Anrufbeantworter)



redaktion@juedische-rundschau.de



(030) 23 32 88 60 (auch Anrufbeantworter)



www.juedische-rundschau.de



www.facebook.com/jrundschau



@jrundschau

Die Oskar Schindlers El Salvadors

Die Geschichte von José Arturo Castellanos und George Mandel-Mantello – El Salvadors couragiertem Konsul und seinem Sekretär in Genf

Von Matthias Dornfeldt und Urs Unkauf

Etwa 40.000 Juden wurden mithilfe ihres Wirkens im Zeitraum von 1941 bis 1945 vor der drohenden Vernichtung durch die Nationalsozialisten gerettet: Unter großem Risiko für das eigene Leben und Missachtung dienstlicher Anordnungen setzten sich José Arturo Castellanos, Generalkonsul der Republik El Salvador in Genf, und sein jüdischer Sekretär, George Mandel-Mantello, für die Werte des Humanismus und Menschenrechte ein.

Wenig ist bisher zu ihren Leistungen und Hintergründen im deutschen Sprachraum publiziert und zahlreiche Quellen ihres Wirkens blieben von der Forschung bisher unbeachtet. Dennoch ist unbestritten, dass Castellanos und Mandel-Mantello tausenden Menschen jüdischer Abstammung das Leben gerettet haben – der direkten Gefahr bewusst, selbst Opfer der barbarischen Vernichtung zu werden. Wer waren diese mutigen Männer, deren beherzte Handlungen sich der Logik des Krieges zu entziehen vermochten?

José Arturo Castellanos

Am 23. Dezember 1893 wurde José Arturo Castellanos Contreras in der salvadorianischen Stadt San Vicente geboren. Im Januar 1911 trat er als Kadett in die polytechnische Militärschule ein. Weitere Stationen seiner Militärlaufbahn als Unteroffizier und Abteilungsbefehlshaber bei der Artillerie folgten. 1917 schließlich wurde Castellanos zum Oberst und Befehlshaber des Artillerieregiments befördert. Nach weiteren Diensten 1921 als Stellvertreter und anschließend 1928 als Befehlshaber der Guardia Nacional kehrte er im Jahre 1930 zur Artillerie zurück. Von 1933 bis 1935 studierte er in Italien an der renommierten Militärakademie Istituto di Studi Militari dell'Esercito, das Studium schloss er mit Auszeichnung ab.

1937 trat Castellanos in den diplomatischen Dienst seines Landes und wurde zunächst Generalkonsul El Salvadors in Liverpool. Im darauffolgenden Jahr erfolgte die Entsendung als Generalkonsul nach Hamburg. Bestürzt von der Judenverfolgung und den allgegenwärtigen Repressionen der jüdischen Bevölkerung im Deutschen Reich bat er seine Vorgesetzten, mittels der Ausstellung von Ausreisevisa Hilfe leisten zu dürfen – vergeblich. 1941 folgt seine Versetzung als Generalkonsul nach Genf. Dort initiiert Castellanos eine außergewöhnliche Rettungsaktion, indem er jüdischen Bürgern eigenmächtig die salvadorianische Staatsbürgerschaft bescheinigte.

Anders als Reisepässe ermöglichten die Nationalitätenbescheinigungen nicht die Ausreise, stellten ihre Besitzer jedoch unter den Schutz des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes in der Schweiz. Die Nationalität eines neutralen Staates bot Schutz vor unmittelbarer Verfolgung und erwies sich daher als lebensrettend. Diese Staatsbürgerschaftsurkunden wurden für Juden aus den verschiedenen, von Nazi-Deutschland okkupierten Ländern produziert. Tatkraftige Unterstützung erhielt Castellanos bei diesen herausragenden Taten von seinem ungarisch-jüdischen Freund György Mandl, den er unter dem Namen George Mandel-Mantello als Staatsangehörigen von El Salvador einbürgerte und zu seinem Ersten Sekretär ernannte, obwohl dieser Titel an Berufskonsulaten nicht existiert. Durch diesen riskanten Schachzug konnte



George Mandel-Mantello (l.), Erster Sekretär des Generalkonsulates der Republik El Salvador in Genf und Generalkonsul José Arturo Castellanos (Foto: Yad Vashem).

er dem Freund die notwendige Sicherheit gewähren, um zugleich Kapazitäten für seine Unterstützung bei der Rettung weiterer Juden zu schaffen.

George Mandel-Mantello aus Siebenbürgen

Mandel-Mantello wurde am 11. Dezember 1901 in Lechnitz (Siebenbürgen – damals Österreich-Ungarn, heute Rumänien) als Sohn einer jüdisch-orthodoxen Familie geboren. Als Textilfabrikant erlebte er 1938 in Wien die Annexion Österreichs durch das Deutsche Reich und bekam auf diese Weise mit, wozu die Nazis fähig waren. In der Konsequenz engagierte er sich für die Rettung seiner jüdischen Mitbürger vor dem antijüdischen Vernichtungstreben der Nazis. Vor seiner Erlangung der salvadorianischen Staatsbürgerschaft arbeitete er im salvadorianischen Konsulat in Bukarest, musste jedoch nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen El Salvadors mit Rumänien das Land verlassen und gelangte mit einer Zwischenstation in Gestapo-Haft in Zagreb schließlich nach Genf, wo ihn sein Freund Castellanos beschützen konnte. Dort wirkte er zusammen mit diesem zwischen 1942 und 1945 bei der Rettung zahlreicher Juden mit.

Rettung per Versand

Die konsularischen Dokumente wurden zu Juden nach Frankreich und nach der deutschen Besetzung des Landes ab 1944 zu ungarischen Juden geschickt. Im März 1944 gründete Mandel-Mantello mit anderen das „Schweizerische Hilfskomitee für die Juden in Ungarn“. Mandel-Mantello war maßgeblich an der Verbreitung des Auschwitz-Berichtes beteiligt und informierte die Presse über die Ereignisse in Ungarn. Über Kuriere oder durch die Post wurden Staatsbürgerschaftsbescheinigungen nach Ungarn gebracht. Mandel-Mantello knüpfte an die Ausstellung der Zertifikate keine Bedingungen. Ihm genügte der Name und das Geburtsdatum des Betroffenen. Die Schweiz hatte die Wahrnehmung der salvadorianischen Interessen übernommen und stellte die neuen Staatsbürger El Salvadors unter ihren Schutz. Die Leitung einer gesonderten Abteilung zur Wahrnehmung der salvadorianischen Interessen unterlag dem Schweizer Diplomaten Carl Lutz. Später übernahm auch Raoul Wallenberg den Schutz der salvadorianischen Staatsbürger.

Carl Lutz über die Hilfsmaßnahmen des Generalkonsulates von El Salvador in Genf: „Anfangs beurteilten wir die Lage der salvadorianischen ‚Staatsangehörigen‘ sehr skeptisch. Es musste ja jeder wissen, dass sie keine echten Staatsbürger sein konnten. Wir telegraphierten also nach Bern, gaben an, dass wir in eine äußerst schwierige Situation geraten würden und fragten, ob wir die Interessen

solcher Personen ernstlich vertreten dürften. Uns wurde geantwortet, Präsident Roosevelt selbst habe um die Intervention gebeten. Es gelang uns dann unter außerordentlichen Schwierigkeiten die Anerkennung der Papiere bei den Ungarn durchzusetzen. Nun, seit wir wussten, dass das State Departement der Vereinigten Staaten hinter der Aktion stand, konnten wir natürlich schon anders auftreten. Wir ließen den über salvadorianische Zertifikate verfügenden Personen denselben Schutz angedeihen wie anderen Ausländern.

In den Schutzbriefen wurde betont, die Personen und ihre Habe stünden unter schweizerischem Schutz; ihre Wohnungen versahen wir mit Warnungstafeln im gleichen Sinn. Ich weiß von etwa 5.000 solchen Schutzbriefen in Ungarn, die die Betroffenen, soweit mir bekannt ist, völlig unentgeltlich erhielten. Andererseits ist mir aber auch bekannt, dass viele Schutzbriefe in Budapest gefälscht wurden, mit denen ‚ungarische Elemente‘ Handel trieben. Dies zu verhindern war nicht möglich. Die salvadorianischen Zertifikate sicherten den Betroffenen mehr Rechte als die mit Palästina-Zertifikaten bzw. mit Schweizerischen Schutzbriefen versehenen Personen genossen, da die letzteren ungarische Staatsangehörige blieben, wogegen die anderen salvadorianische Staatsangehörige geworden waren; so mussten sie keinen Stern tragen, wurden in ihrer Bewegungsfreiheit nicht beschränkt und auch ihr Besitz stand unter Schutz.

Sie waren echte Ausländer geworden, die wir in vollem Maße beschützen konnten; sie waren also in einer viel vorteilhafteren Lage als die Besitzer von Palästina-Zertifikaten. Sogar die Pfeilkreuzler respektierten diese Dokumente; sie waren nämlich sehr daran interessiert, von der Schweiz anerkannt zu werden und deshalb – dem Prinzip der Gegenseitigkeit gehorchend – erkannten sie die salvadorianischen Pässe an. Das Berner Pol. Departement teilte mir mit, es sei in der Schweiz untersucht und festgestellt worden, daß für die Ausfolgung der Zertifikate niemand Geld verlangte oder angenommen habe. Ich schätze die Zahl der Personen, die in Ungarn mit El Salvador-Zertifikaten gerettet wurden, auf Zehntausende.“

Des Weiteren wurden durch diese Dokumente mindestens 13.000 Personen jüdischer Abstammung aus Bulgarien, Polen, der Tschechoslowakei und Rumänien vor dem Schicksal der nationalsozialistischen Gaskammern und Arbeitslager bewahrt. Ein Beispiel für die Rettungsaktion der beiden mutigen Diplomaten ist das Schicksal der Familie Ackermann. Am 14. Dezember 1943 bescheinigte Mandel-Mantello dem jüdischen Ehepaar Alice und Théodore Ackermann sowie deren Kindern Jacqueline, Gérard und Henri die Staatsbürgerschaft von El Salvador. Théodore wurde 1944 dennoch im Vernichtungslager Auschwitz von den Nazis ermordet, das Schicksal seiner Frau ist unbekannt. Die drei Kinder aber erreichten die Schweiz und überleben – drei von Tausenden europäischer Juden, die der Tugendhaftigkeit von Castellanos und Mandel-Mantello ihr Leben verdanken. Erst im Mai 1944, nach der Entmachtung des salvadorianischen Präsidenten Maximiliano Hernández Martínez, erhielt Castellanos die offizielle Unterstützung seiner Vorgesetzten für sein selbstloses und humanistisches Tun. Zuvor handelte er, wie auch der japanische Konsul im litauischen Kaunas, Chiune Sugihara, ohne die Unterstützung seiner Regierung.

Späte Ehrung

Castellanos' Tätigkeit als Generalkonsul endete am 1. Oktober 1945. Anschlie-

ßend kehrte er nach El Salvador zurück. 1950 wurde er von Präsident Osorio zum Botschafter im Vereinigten Königreich ernannt. Dieses Amt übte er sechs Jahre aus, bis er 1956 seine erfolgreiche diplomatische Karriere beendete und in sein Heimatland zurückkehrte. Der „Oskar Schindler El Salvadors“ verstarb am 18. Juni 1977 in San Salvador.

Im Mai 2005 setzte der Außenminister von El Salvador, Francisco Laínez, eine Untersuchungskommission zur Sicherung und Aufbereitung von Dokumenten über die Jahre des Zweiten Weltkrieges und die humanitären Anstrengungen von Castellanos und Mandel-Mantello ein. Am 3. Mai 2010 wurde Castellanos von der israelischen Schoah-Gedenkstätte Yad Vashem als „Gerechter unter den Völkern“ anerkannt. Zahlreiche jüdische und Organisationen für Menschenrechte, darunter das renommierte American Jewish Committee und die internationale Raoul-Wallenberg-Stiftung, ließen ihm ebenfalls posthume Ehren zuteilwerden. George Mandel-Mantello verstarb am 25. April 1992 in Rom.

In Kooperation mit der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum fand am 10. Mai 2016 ein Symposium im Auswärtigen Amt statt, das dem Wirken des Konsuls Castellanos eine ehrende Geste erwies. Neben dem damaligen Botschafter der Republik El Salvador in Deutschland, José Atilio Benitez Parada, sprach auch der Sonderbeauftragte des Auswärtigen Amtes für die Beziehungen zu jüdischen Organisationen, Botschafter Dr. Felix Klein.

Vonseiten der Botschaft des Staates Israel ließ Sandra Witte dem mutigen Diplomaten eine Würdigung zuteilwerden. Vom 11. Mai bis zum 30. Juni 2016 zeigte das Centrum Judaicum in Berlin den bewegenden Film „The Rescue“ (Kanada 2016) sowie weitere Informationsmaterialien in deutscher und englischer Sprache. Dieser Film wurde von den Enkelsohnen des Generalkonsuls, den kanadisch-salvadorianischen Filmemachern Alvaro und Boris Castellanos, im Jahr 2013 sowie den Folgejahren erstellt. Sie begaben sich auf diese historische Spurensuche, um das Wirken ihres verdienstvollen Großvaters nicht dem Vergessen preiszugeben. Dabei sprachen sie mit Überlebenden der Rettungsaktion sowie deren Nachkommen, wodurch nicht nur eine würdige Hommage an Castellanos geschaffen wurde. Das Werk beinhaltet auch die individuelle Perspektive einer neuen Generation auf die Erinnerung an Geschehnisse der Schoah und Momente der Mitmenschlichkeit in einer allgemein entsolidarisierten Zeit. Neben dem ehrenden Andenken bietet der Film auch Perspektiven, das eigene Handeln und vorhandene Ermessensspielräume in scheinbar ausweglosen Situationen zu reflektieren. Während der eineinhalb Monate hatte das Centrum Judaicum 15.098 Besucher zu verzeichnen, darunter zahlreiche Schulklassen aus dem In- und Ausland.

Zu den Autoren: Matthias Dornfeldt (Universität Potsdam) forscht zur Geschichte der Diplomatie und hat dazu zahlreiche Publikationen vorgelegt. Zudem ist er Vorsitzender des Raoul-Wallenberg-Komitees Berlin. Urs Unkauf (Humboldt-Universität zu Berlin) beschäftigt sich mit zeithistorischen Fragestellungen der jüdischen und israelischen Geschichte, Geschichte Osteuropas sowie außenpolitischen Themen. Beide Autoren haben Israel und Yad Vashem im Rahmen akademischer Tätigkeiten besucht.

Zen und die Kunst eine Stadt zu beschreiben

Alexander Ilitschewskis Hommage „Jerusalem. Stadt der untergehenden Sonne“ verzichtet wohlthuend auf jegliche politische Korrektheit

Von Marko Martin

Ein literarischer Text über Jerusalem, jetzt? Die großäufige Frage enthüllt freilich eine gewisse Naivität, denn wann wäre es in der Heiligen Stadt jemals „ruhig“ zugegangen? Die „gegenwärtige Situation“ ist wohl eher der Normalfall; im Hebräischen gibt es sogar einen kompakten Begriff dafür - ha-matzav.

Nun schreibt Alexander Ilitschewski, 1970 als Kind jüdisch-russischer Eltern in Aserbaidschan geboren und seit langem in Israel lebend, in seinem neuesten Buch „Jerusalem. Stadt der untergehenden Sonne“, jedoch nicht kurzatmig über ha-matzav, die er als Marktplatzgeschrei ohnehin dem üblichen Hintergrund-Sound der Stadt zuordnet: „Mit den Jahren haben sich meine politischen Überzeugungen dem Zen angenähert.“ Geliefert wird deshalb auch nicht jener rhetorische Kotau, den besonders ein europäisches Publikum von israelischen Autoren häufig erwartet – in Gestalt eines formelhaften Bekenntnisses zum „palästinensischen“ Mitanspruchs auf die Stadt. Die mehrheitlich von Arabern bewohnten Viertel Ostjerusalems kommen in seiner vibrierenden Flaneurs-Prosa nämlich schlichtweg nicht vor – ein Akt des Respekts vor einer Welt, die nicht die seine ist und die er deshalb auch nicht geistig annectieren möchte.

Ilitschewskis Jerusalem ist vor allem das des Westteils von Rechavia und Talpiot, der moderat-liberalen Literatenwelt der einstigen deutsch-jüdischen Einwanderer aus den dreißiger Jahren und dem Wohnviertel des Nobelpreisträgers Shai Agnon, dessen Romane ihn inspirieren. Zuletzt war es mit Amos Oz ein Autor der älteren Generation gewesen, der sich an frühe Begegnungen mit Agnon erinnert und dessen feine, anspielungsreiche Prosa gepriesen hatte. Es ist deshalb mehr als nur eine schöne Geste, wenn nun auch ein Jüngerer diese geschichtsgesättigte und gleichzeitig elegante Literatur (wieder-)entdeckt, der man im gegenwärtigen Israel wohl



Alexander Ilitschewski

zu voreilig den Stempel des Altmodischen verpasst hatte. Ilitschewskis Stil jedenfalls profitiert davon: Souverän assoziierend, doch niemals bildungshuberisch, von der essayistischen Reflexion gleichsam hinüber flanierend zur Alltagsimpression – und dann wieder retour. Was für ein Erkenntnisvergnügen, denn auch Joseph Brodsky und Saul

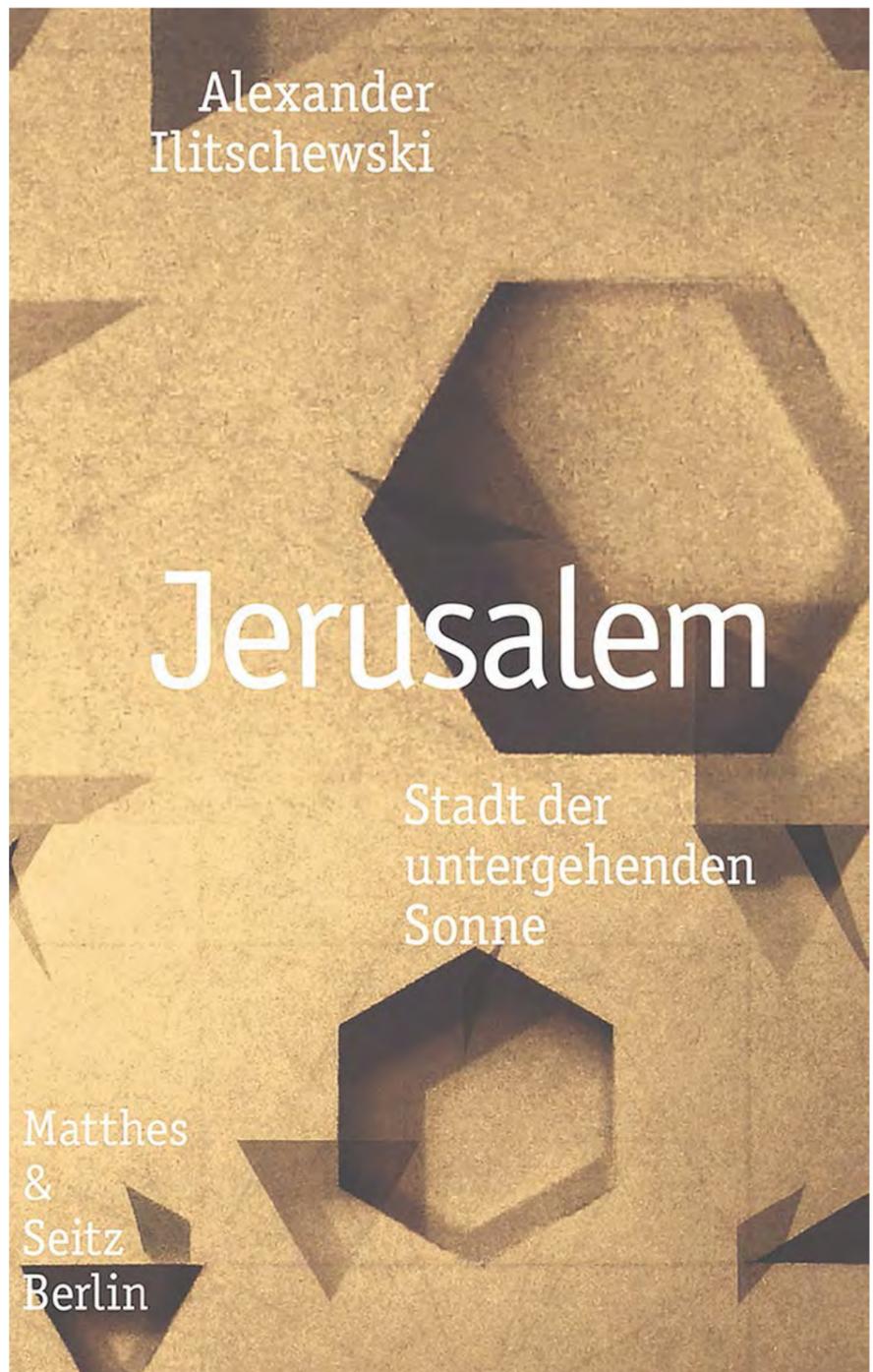
Bellow, ja sogar Lew Tolstoi und der russische Avantgarde-Dichter Welimir Chlebnikow sind imaginäre Wegbegleiter bei dieser intellektuellen Stadtvermessung, die ein vitales Hohelied ist auf einen Gemeinschaftssinn, der im Individuellen wurzelt: „Das Judentum ließe sich wunderbar als einen alle verbindenden anarchistischen Wesenskern beschreiben, der jene kluge Union aus autonomen Persönlichkeiten ermöglicht, von der schon Kropotkin und Bakunin träumten.“ Hinzu kommt eine Begeisterung, die sich aus Erfahrungsverknüpfung speist: „Und was könnte für jemanden, der als Kind Bücher von Astrid Lindgren gelesen hat, aufregender sein als eine Stadt, über deren Dächer man spazieren kann?“

Hitler ließ auf dem Tempelberg restaurieren

Ein solch eigenwilliger, oft ironisch kommentierter Referenzrahmen bewahrt dann auch vor einer Stadtschwärmerie, der – über die Jahrhunderte hinweg – zahlreiche Besucher zum Opfer gefallen waren, klinische Fälle des sogenannten „Jerusalem-Syndroms“. Alexander Ilitschewski aber kommt selbst dann nicht ins belehrende Eifern, wenn er darauf hinweist, dass arabische Geschichtserzählungen bis heute die existentielle jüdische Verbindung zu Jerusalem leugnen und dabei ausblenden, dass der Felsendom quasi auf den Ruinen des zerstörten jüdischen Tempels steht. Ilitschewski, eher ein Bewunderer von Sonnenuntergängen anstatt von Ausrufezeichen, notiert's beinahe mit Zen-Gelassenheit, erinnert jedoch an einige Fakten, die gerade das deutsche Lesepublikum interessieren könnten: Zwischen 1938 und 1942 erfolgte die Restaurierung der muslimischen Heiligtümer auf dem Tempelberg vor allem mit nazi-deutschen Finanzmitteln; Jerusalems Großmufti Al-Husseini war mehrfach Gast in Hitlers Hauptquartier und siedelte schließlich nach Berlin um – historische Fotos zeigen ihn beim Salutieren vor SS-Unterabteilungen, die aus Muslimen rekrutiert wurden.

Gerade weil der Autor all dies jedoch nicht triumphal vorträgt, sondern eher ein passant erwähnt, bekommen seine Überlegungen unabwiesbare Stringenz. Kein Wort zuviel, kein rhetorischer Überschwang, und gerade deshalb das Entscheidende auf den Punkt gebracht: „Radikale Islamisten beanspruchen zu wissen, was Politik, was Krieg bedeutet, und was die Quintessenz aus beiden sei: Expansion. Allah habe den Islam und die Muslime erschaffen, damit alle um sie herum Muslime würden. Die Juden mit ihrem Missionierungsverbot, mit ihrer Antwort des Weisen Hillel auf die Frage des Heiden („Was dir zuwider ist, das tu auch deinem Nächsten nicht, das ist das Wesen des Judentums“) befinden sich a priori in der Verliererposition.“

Dass sich der jüdische Staat dennoch seit nunmehr 70 Jahren eindrucksvoll behauptet und seit über einem halben Jahrhundert auch wieder Juden an der Klagemauer beten können, ist für Alexander Ilitschewski deshalb eine geradezu existentielle Glückserfahrung – auch weil solche Stärke die hohe Tugend der Selbstkritik und Reflexion stets bewahrt hat und Weise wie Hillel noch immer unangefochtene Kanon-Figuren sind.



Doch kommen, während er eben noch aufmerksam und entspannt durch Jerusalems Straßen gestreift war, plötzlich drängende frühe Erinnerungen aus dem aserbaidschanischen Baku. „Der muslimische Nachwuchs in meiner Kindheit auf der Halbinsel Apscheron, der weder Fernsehgeräte noch Mickey Mouse kannte, fand höchstens Vergnügen darin, Spatzen die Köpfe abzureißen und Vieh auszunehmen...Was war, was ist der Grund für diese Grausamkeit? Das Düstere demonstriert eines: Den Grad von Unterdrückung, sowohl der Mächtigen als auch der Untergebenen. Ein freier Herrscher ist nicht fähig zur Barbarei. Grausamkeit ist eine Folge von Angst. Aus Kinderstreichen aber wird irgendwann bitterer Ernst, und jugendliche Hartherzigkeit verzerrt die Moral der erwachsenen Welt, macht sie unwirklich. Die Abgeschiedenheit vom komplexen Leben erlaubt es, ihm gegenüber gleichgültig zu werden, ja sogar seine Auslöschung zu wünschen.“

Doch darf dies für Ilitschewski, der im Labor des weltberühmten Jerusalemer Hadassah-Krankenhauses arbeitet, nicht das letzte Wort der Geschichte sein. Er ist kein Katastrophist und schon gar nicht getrieben von untergründigen Ressentiments. Und so en-

det dieses in jeder Zeile intensive Buch ganz folgerichtig mit dem, was einst der Philosoph André Glucksmann als „Moral der ersten Hilfe und Solidarität der Erschütterten“ bezeichnete – mit einem robust lebenspraktischen Gut-Sein, welches das pure Gegenteil ist von verwaschener politischer Korrektheit.

Alexander Ilitschewski schreibt: „Was auch immer geschieht, welche Wendungen die politische Situation auch nehmen mag – wir werden nicht aufhören, ebenso viele Patienten aus den palästinensischen Autonomiegebieten aufzunehmen wie aus dem übrigen Land. Die Hoffnung liegt darin, dass die Menschen nach ihrer Genesung, diese Momente der Gemeinschaft mitnehmen, genau wie die Erinnerung an diejenigen, die ihnen geholfen haben. Das ist das Zen des Hadassah.“ Und, so ließe sich hinzufügen, der Grundtenor dieses Jerusalem-Buches, dessen unaufgeregte, erwachsene Gestimmtheit eine wahre Wohltat ist.

Alexander Ilitschewski:
Jerusalem. Stadt der untergehenden Sonne. Aus dem Russischen von Jenni Seitz und Friederike Meltendorf.
Verlag Matthes

Die Legende vom Schah und der deutschen APO

Die vorsätzlich falsche Bewertung des iranischen Kaisers durch die 68er-Bewegung

Von Carl Christian Jancke

An der Legende von 1968 stimmt bei genauerem Hinsehen vieles nicht. Und das beginnt mit der Jahreszahl. Bereits 1967 kam es beim Besuch des Schahs von Persien zu gewaltigen Ausschreitungen als die von ihm mitgebrachten „Jubelperser“ die protestierenden Studenten unter den Augen der West-Berliner Polizei niederknüppelten. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen gipfelten in der Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg durch den Berliner Polizisten und SED-/Stasi-Agenten Karl-Heinz Kurras.

Das Problem: Im Grunde war der Schah den Protest nicht wert. Er war nicht nur CIA-Marionette und brutaler Diktator, sondern aufgeklärter Monarch und Sozialreformer. Die Legende, die Amerikaner hätten den lupenreinen Demokraten und Präsidenten Mossadegh 1953 weggeputscht, um den Schah zu installieren und so die persischen Ölreserven auszubeuten, ist eine solche und hat mit der Realität nichts zu tun.

Ein Blick in die persische Geschichte des 20. Jahrhunderts zerstört deshalb nicht nur ein wesentliches Element der APO-DNS, sondern ist unabdingbar, um die Hintergründe der Revolution von 1979 und des aus ihr resultierenden Mullah-Regimes im Iran zu verstehen.

Eine konstitutionelle Monarchie

Die 1906 beschlossene Verfassung sah bereits eine konstitutionelle Monarchie vor, in der der Schah lediglich die vom Parlament beschlossenen Gesetze durch Unterschrift legitimierte. Reza Pahlawi wollte aus dem Iran bereits in den 1920er Jahren nach türkischem Vorbild eine Präsidialdemokratie machen, konnte diese Idee gegen konservative Kräfte jedoch nicht durchsetzen. So wurde er vom Parlament 1925 mit 267 von 270 Stimmen zum Schah ernannt. Mit Parlament und Regierung ging er ein ehrgeiziges Infrastruktur- und Gesundheitsprogramm an, verbot den Tschador, schaffte die Scharia-Gerichte ab und führte ein bürgerliches Gesetzbuch nach westlichem Vorbild ein. Der Konflikt zwischen der modern und westlich eingestellten Familie und dem islamischen Klerus ist also rund 100 Jahre alt und hat mit dem CIA und dem Öl nichts zu tun.

1941 musste er auf Druck der britischen und sowjetischen Besatzer zu Gunsten seines Sohnes abdanken, der späteren „Marionette“ der CIA. Der luden im Exil weilenden Ayatollah Schariadmadari wieder ein. Unter Rezha Pawlavi wurde der Tschador wieder erlaubt und die Koedukation wieder verboten. Später mussten die unter seinem Vater gebaute Eisenbahnen sogar zu Gebeitszeiten halten.

Mossadegh und die Anglo Iranian Oil Company

Die Perser waren ein 10-Millionen-Volk, 2,5 Millionen von ihnen waren Nomaden. Die Bildung war schlecht, eine Industrie gab es nicht und der Iran war nicht in der Lage, die eigenen Ölvorkommen zu entdecken und auszubeuten. Das machten sich die Briten zunutze. 62 % der Anglo-Persian Oil Company gehörten dem britischen Staat und der Iran erhielt 16 Prozent des Gewinns aus den Einnahmen. Auf der anderen Seite des Persischen Golfs boten die US-ame-



Farah Diba und Reza Pahlawi, Kaiserin und Kaiser des Iran im Jahre 1959

rikanischen Ölkonzerne eine 50%-ige Beteiligung am Unternehmen und Gewinnen. Der Iran verhandelte ebenfalls nach konnte 1949 einen erheblichen Zuschlag erreichen, der aber nicht zu einem vergleichbaren Ergebnis führte.

Der vom Schah 1951 ernannte und vom Parlament bestätigte Premierminister Razmara wollte mit der AIOC einen neuen Konzessionsvertrag mit Zustimmung der Ölkommission und des Schahs aushandeln, der ebenfalls eine 50%-Gewinnbeteiligung vorsah. Razmara wurde von einem islamistischen Attentäter ermordet. Auf Druck der Ayatollas wurde der Mörder unter dem nachfolgenden Ministerpräsidenten Ala begradigt.

Das Parlament beschloss die Enteignung der Ölgesellschaft (die Vorkommen hatten immer dem Staat gehört) und das entsprechende Gesetz wurde durch den Schah per Unterschrift in Kraft gesetzt. Danach wurde Mossadegh vom Schah zum neuen Ministerpräsidenten ernannt und vom Parlament bestätigt – wie von der Verfassung vorgesehen.

Mossadegh empfing den Attentäter seines Vorgängers und biederete sich so bei den Islamisten an. Die Briten zogen daraufhin ihre Mitarbeiter zurück und

riefen den UN-Sicherheitsrat und den Internationalen Gerichtshof an, der sich jedoch für nicht zuständig hielt, weil es sich um keine zwischenstaatliche Vereinbarung handelte. Die britische Regierung errichtete daraufhin eine Seeblockade. So brach die Ölförderung zusammen und es kam zu Unruhen im Iran.

Nachdem sich der Iran im Wesentlichen aus den Öleinnahmen finanziert hat, brach die persische Ökonomie zusammen. Mossadegh trat 1952 zurück, weil das Parlament ihm die Zustimmung versagte für 6 Monate per Dekret und ohne Zustimmung des Parlaments zu regieren.

Wirtschafts-Kollaps und Quasi-Diktatur

Im Juli 1952 kam es zu Massendemonstrationen, bei denen 36 Demonstranten durch Schüsse der iranischen Armee getötet wurden. Die unter dem Oberbefehl des Schahs befindlichen Truppen wurden vom amtierenden Premier zur Hilfe gerufen worden, der darauf zurücktrat.

Im Juli wurde Mossadegh zum zweiten Mal durch den Schah ernannt. Mossadegh ließ sich wie ein Diktator ermächtigen per Dekret und ohne gewähltes Parlament zu regieren. Die zweite

Kammer des Parlaments, der Senat, stimmte dem nicht zu, worauf Mossadegh die Amtszeit des Senats durch das Parlament auf zwei Jahre verkürzen ließ. Mit der Zusage Neuwahlen des Senats durchzuführen, setzte der Schah auch dieses Gesetz in Kraft. Mossadegh führt eine Landreform durch und wollte das Steuersystem zu Lasten der Reichen reformieren.

Aufgrund des Kollaps der Wirtschaft nahmen schon ein paar Wochen später die Proteste gegen Mossadegh zu. Der erließ per Dekret ein Streikverbot, Teilnehmer konnten sofort verhaftet und ohne Gerichtsurteil inhaftiert werden. Um die zahlreichen Gefangenen unterzubringen, verfügte Mossadegh den Bau von zehn neuen Gefängnissen. Mittlerweile hatte sich auch die Arbeiterpartei, Mitglied in Mossadeghs nationaler Front, gegen ihn gestellt. Politisch wurde er nur noch von den Kommunisten unterstützt, weil auch die gemäßigten Kräfte das Ermächtigungsgesetz als verfassungswidrig ansahen.

Mittlerweile tobten 1953 Straßenschlachten zwischen den Anhängern und Gegnern Mossadeghs, dessen Ermächtigungsgesetz vom Parlament noch einmal verlängert wurde. Mossadegh wollte die Rolle des Schahs „klarstellen“ und dessen Macht einschränken. Tatsächlich handelte es sich um einen Putschversuch gegen den Monarchen.

Undemokratische Abstimmung unter Mossadegh

Dabei hatte der Schah sich bisher neutral verhalten und alle vom Parlament

beschlossenen Gesetze in Kraft gesetzt. Eine parlamentarische Mehrheit fand Mossadegh dafür nicht, worauf er per Referendum das Parlament auflöste. Zustimmende und ablehnende Stimmen mussten in unterschiedlichen Wahllokalen abgegeben werden, wodurch das Recht auf geheime Wahl verletzt wurde. Die Verfassung sah Volksabstimmungen nicht vor.

Mossadegh übernahm die Kontrolle über die Paläste des Schahs und verbot ihm, ohne seine Zustimmung Besuch zu empfangen. Der Schah floh über verschiedene Stationen nach Rom.

Die verfassungsmäßige Lage war im Laufe des Jahres verworren. Mossadegh hätte das Parlament aufgrund eines nicht vorgesehenen Referendums nicht auflösen können. Wenn das Parlament aber aufgelöst war, hatte der Schah das Recht, den Premierminister zu entlassen und einen neuen zu ernennen.

Als Oberbefehlshaber der Streitkräfte hätte der Schah viel früher in die Situation eingreifen können, was er nicht tat. Auch der spanische König ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte, was eher einem Ehrenamt gleichkommt. Als es jedoch 1981 zu einem Putschversuch kam, trat Juan Carlos in Uniform im Fernsehen auf und befahl den Soldaten,

in den Kasernen zu bleiben und die demokratisch gewählte Regierung anzuerkennen.

Im Westen sah man die Entwicklung mit Sorge und die Amerikaner sahen die Chance, die Briten bei der Ölförderung auszubootten. Gemeinsam beschloss man zwar die Installation eines westfreundlichen Regimes. Ob der Schah dem aber zugestimmt hätte, wenn er von Mossadegh nicht ins Exil getrieben worden wäre, ist ungewiss.

Die Rolle des CIA

Tatsächlich hatte der CIA die Federführung übernommen und im April 1953 eine Million Dollar zur Förderung eines Umsturzes unter dem Namen Operation Ajax bereitgestellt. Trotzdem ist es natürlich wahrscheinlich, dass auch weite Teile des iranischen Establishments von den Briten bestochen wurden.

Der Schah ernannte den Innenminister im ersten Kabinett Mossadegh, General Zahedi, zum Ministerpräsidenten. Im Anschluss kam es vor dem Haus Mossadeghs zu Unruhen, bei denen rund 200 Menschen getötet wurden.

Mossadegh wurde zwar wegen Hochverrats verurteilt. Der Schah begnadigte ihn und wandelte die Todesstrafe in eine Haftstrafe um, Mossadegh wurde nach drei Jahren entlassen und lebte wohl bis zu seinem Tod unter Hausarrest.

Die Million des CIA war gut angelegt. Die Briten waren die großen Verlierer der Entwicklung. Ein Konsortium aus Shell, mehreren US-Firmen, der Compagnie Francaise de Petroles und der AIOC schloss mit dem iranischen Staat einen auf 25 Jahre befristeten Konsortialvertrag. 50 % der Gewinne fielen dem iranischen Staat zu. Die AIOC erhielt vom Konsortium als Entschädigung 200 Millionen Dollar und vom iranischen Staat 25 Millionen Dollar.

Für den Iran war diese Vereinbarung ein Geschäft. Die Summe des geförderten Öls wuchs von 1954 bis 1964 von 14,7 auf 76,5 Millionen Tonnen, und die Einnahmen von 32,3 Millionen auf 171,5 Millionen Pfund. Ob der Iran ohne die Unterstützung des Konsortiums in der Lage gewesen wäre, aus dem Stand eine vergleichbare Entwicklung zu ermöglichen, darf bezweifelt werden, weil er weder über das notwendige Kapital noch ausreichend qualifiziertes Personal verfügte.

Die Legende der 68er, der demokratisch gewählte Präsident Mossadegh sei von den Amerikanern weggeputscht worden, um im Anschluss Pahlawi als folternde US-Marionette zu installieren, hat jedenfalls mehr bekommen als nur Risse.

Die weiße Revolution

1960 plante der Schah eine Landreform, die am Widerstand von Klerus und Großgrundbesitzer zu scheitern drohte. Die Ländereien wurden vom Staat aufgekauft und deutlich billiger an die Landbevölkerung weiterverkauft. Zu den erbittertesten Gegnern gehörte damals ein gewisser Ayatollah Chomeini.

Und dann kam die „weiße Revolution“. Und die unterschied sich kaum von den radikalen Vorstellungen der Lieblinge der „Linken“ wie Fidel Castro:

- Abschaffung des Feudalsystems und Verteilung des Ackerlandes von Großgrundbesitzern an Bauern.

- Verstaatlichung aller Wälder und Weidflächen.

- Privatisierung staatlicher Industrieunternehmen zur Finanzierung der Entschädigungszahlungen an die Großgrundbesitzer.

- Gewinnbeteiligung für Arbeiter und

Angestellte von Unternehmen.

- allgemeines aktives und passives Wahlrecht für Frauen.

- Bekämpfung des Analphabetentums durch den Aufbau eines Hilfslehrerkorps (Armee des Wissens).

Anders als die südamerikanischen Volksrevolutionäre, Mao oder die Sowjets ließ sich der Schah dieses Programm durch eine Volksabstimmung absegnen. Chomeini brandmarkte es als ein „gegen Gott gerichtetes Vorhaben“ und der Großayatollah Borudscherdi sprach gar eine Fatwa aus, die nur wegen seines baldigen Todes folgenlos blieb. 5,6 Millionen Iraner stimmten dafür, viertausend dagegen. Im Sog dieser Entscheidung setzte der Schah auch damals schon das passive und aktive Frauenwahlrecht durch. 1977/78 wollte er noch ein modernes Scheidungsrecht durchsetzen und die Frau emanzipieren.

Chomeini hatte die Machtfrage gestellt und verloren. Er war aber eben vordringlich kein Kämpfer gegen den amerikanischen Imperialismus. Als er sich öffentlich gegen den Schah wendete, hat er eben verloren. Der Ayatollah reiste aus.

Erfolge und Opfer des Schahs

Die Wirtschaft boomte. Trotzdem gab es eine Opposition, von der man feststellen muss, dass sie noch linker war als der Schah. Fachkundige Studien gehen davon aus, dass vom 1957 gegründeten Geheimdienst des Schahs mindestens 1.000 Menschen zu Tode gebracht wurden, darunter auch „Linke“, Kommunisten und Islamisten. Doppelt so viele starben wohl während der Unruhen 1977 bis 1979. Daran gibt es nichts zu beschönigen.

Der gehorsame Vasall der Alliierten war der Schah jedoch nie. 1973 erklärte er:

„Als wir 1954 den Konsortialvertrag unterschrieben, konnten wir keine besseren Konditionen erhalten, als wir sie damals aushandelten. Einer der Vertragspunkte war, dass die Ölunternehmen das zukünftige Wohlergehen des Irans respektieren. Wir haben Beweise, dass sie das nicht getan haben. Im Vertrag von 1954 ist eine mögliche dreimalige Vertragsverlängerung um jeweils 5 Jahre vorgesehen. Im Abschnitt über die Vertragsverlängerung wurde wiederum darauf Bezug genommen, dass das zukünftige Wohlergehen des Irans beachtet werden muss. Wir haben ausreichend Beweise, dass diese Vertragsklausel des Vertrages von 1954 nicht respektiert wurde. Aus diesem Grund werden wir den Vertrag von 1954 auf keinen Fall über das Jahr 1979 hinaus verlängern.“

Das war nicht zufällig das Jahr des Sturzes. War es vielleicht der realitätsverlorene Präsident Jimmy Carter, der den Schah im Regen stehen ließ und dem 1963 geflohenen und wiedergekehrten Chomeini in die Hände spielte? Der Westen sah im Schah nicht den Sozialreformer, sondern den grausamen Regenten.

Klammheimliche Freude der „Linken“

Der Sieg der Mullahs über den Schah war kein Sieg des Volkes. Es war der Marsch zurück ins Mittelalter und in eine nunmehr vierzigjährige Tyrannei, die von der deutschen „Linken“ immer noch mit einem Augenzwinkern geduldet wird, weil damals ein Lieblingsfeind gestürzt wurde. Mit seiner zögerlichen Haltung machte der Westen den politischen Islamismus erst hoffähig.

Doch Dutschke und Konsorten sind gegen den falschen Mann angetreten.

Discover the real Japanese
KOBE BEEF

bee bar
Born in Monte-Carlo

HAUSVOGTEIPLATZ 10
10117 BERLIN
ÖFFNUNGSZEITEN:
MO-FR AB 12 UHR, SA/SO AB 18 UHR
RESERVIERUNGEN UNTER:
030-20 67 93 01

Jerusalem erhielt seine vermeintlich arabische Prägung nur wegen der ethnischen Säuberung von 1948

Als die Juden vertrieben wurden, machten die islamischen Besatzer keinen Unterschied zwischen Neuzuwanderern und Alteingesessenen – maßgebliche Helfer der gewalttätigen arabischen Säuberung waren britische Offiziere

Von Daniel Greenfield

Als Jordaniens Arabische Legion halb Jerusalem eroberte und die Stadt einer ethnischen Säuberung von Juden unterzog und annektierte, war das Großbritannien das einzige Land, das diese Annexion anerkannte, weil es auch die Offiziere trainiert und zur Verfügung gestellt hatte, die diese Eroberung ermöglichten. Offiziere wie Colonel Bill Newman, Major Geoffrey Lockett und Major Bob Slade, die unter Glubb Pasha dienten, besser bekannt als General John Bagot Glubb, dessen Sohn später zum Islam konvertierte, fielen in Jerusalem ein und benutzten die muslimischen Kräfte unter ihrem Kommando zur Teilung und ethnischen Säuberung Jerusalems.

Jordanische Scharfschützen schossen nach West-Jerusalem

Die in der freien Hälfte Jerusalems lebenden Juden wurden von jordanischen moslemischen Scharfschützen erschossen. Unter den Opfern dieser Jahre der moslemischen Besatzung war auch Yaffa Binyamin, ein 14-jähriges Mädchen, das auf dem Balkon ihres Hauses saß und ein christlicher Zimmermann, der an dem Konvent Notre Dame arbeitete.

Unter moslemischer Besatzung – während moslemische Scharfschützen kaltblütig ihre Kinder ermordeten – lebten jüdische Bürger im Feuer des Gefechts und konnten nicht einmal ein Plumpsklo außerhalb ihres Hauses bauen, ohne dafür bei der UN für illegales Bauen angeschwärzt zu werden. In einem Fall hielt ein UN-Beobachter vier Treffen ab, um den Bau eines Plumpsklos für lokale Anwärter zu untersuchen, bevor er Israel des illegalen Bauens anklagte.

Jordanien wurde nicht verurteilt, als wenn Soldaten auf einen Zug schossen, und ein jungliches Mädchen verletzen.

Nicht viel hat sich seitdem verändert.

Die hysterischen Verurteilungen der „illegalen Häuserbauten“ hörten nicht mit der moslemischen Besatzung auf. Die Vereinten Nationen und die Außenministerien von Ländern, deren Politiker zittern, sobald Muslime sich über einen Comic oder ein YouTube-Video aufregen, erfüllen die Luft mit den giftigsten Wolken, sobald eine jüdische Familie in Jerusalem ein Heim bezieht.

Es ist für die internationale Gemeinde undenkbar, eine ethnisch gesäuberte Gruppe zu beschuldigen, die einen versuchten Völkermord überlebt hat und sich in ihre eigene Stadt zurückziehen will. Dennoch hat es sich eingebürgert, Juden, die in den von Muslimen ethnisch gereinigten Teilen Jerusalems leben, beim Außenministerium als „Siedler“ zu denunzieren, die in „Siedlungen“ wohnen, und sie zu beschuldigen „Hindernisse für den Frieden“ zu sein.

1948 sprengten die Jordanier die Synagogen Ost-Jerusalems

Frieden ist das, was eintritt, wenn eine ethnische Säuberung auf keinen Widerstand trifft.

Damit ist nicht Frieden gemeint, sondern ethnische Säuberung. 1948 wurden die Juden wegen ihrer Abstammung aus Jerusalem vertrieben, um die Stadt



Der britische Offizier John Bagot Glubb alias Glubb Pasha kommandierte die jordanische Armee.

zu islamisieren. Die Synagogen wurden von den islamischen Besatzern in die Luft gesprengt. Grabsteine wurden als Straßenpflastersteine benutzt, auf denen rassistische moslemische Siedler liefen. 1948 wurden die Juden aus Jerusalem

„Zum ersten Mal seit 1000 Jahren gibt es nicht einen einzigen Juden im jüdischen Viertel“, prahlte Abdullah el-Talal, ein Kommandant der muslimischen Besatzer. „Nicht ein einziges Gebäude blieb verschont. Das macht

leisteten und Hindernisse bauten... Nur vier Tage nach unserem Einfallen in Jerusalem wurde das jüdische Viertel zu ihrem Grab. Tod und Zerstörung regierten dort.“

Jeder Politiker, der jüdische Hausbauten in Jerusalem kritisiert, aber nicht die muslimischen, unterstützt Abdullahs Völkermords-Einstellung und der Terrorismus, der damit zusammenhängt.

1920 sangen rassistische muslimische Siedlermobs in Jerusalem: „Mohammeds Religion wurde mit dem Schwert geboren“, „Tod den Juden“ und „die Regierung ist auf unserer Seite“ während muslimische Polizisten unter britischer Kolonialregierung die eingeborene jüdische Bevölkerung vergewaltigte und ermordete.

Zu viele Regierungen halten immer noch zum Schwert von Mohammed und den Todesrufen gegen die Juden. Sie ermutigen diese Mobs, verteidigen ihre Agenda und lassen nur müde Kritik von sich hören, wenn Blut im Namen der Islamisierung Jerusalems vergossen wird,

„Jedes einzelne von Israel mit muslimischen Ländern unterzeichnete Abkommen ist nicht das Papier wert, auf dem es geschrieben wurde. Der einzige Friedensvertrag, der zählt, ist jener, der mit Panzern und Waffen geschmiedet wird.“

vertrieben, um die Stadt zu islamisieren. Ob sie Zionisten oder Antizionisten waren, spielte keine Rolle. Sie waren keine Muslime; das war das einzige, was zählte.

die Rückkehr der Juden hierhin unmöglich.“ In seinen Memoiren schrieb er: „Ich wusste, dass das jüdische Viertel dicht mit Juden bevölkert war, die den Kämpfern beträchtlichen Widerstand

wie es in Kobani durch den IS geschieht und an tausend anderen Orten. Jene, die die Islamisierung von Jerusalem fördern, können sich nicht ihrer Verantwortung für die Gewalttaten der Islamisierer entziehen.

Jüdische Heime in Jerusalem – einer der ältesten Städte der Welt, einer Stadt, die in allen drei Religionen dieser Region mit dem Judentum assoziiert wird – als „Siedlungen“ zu bezeichnen, ist ein Triumph der Sprachverdrehung, vor der Orwell seinen Hut ziehen würde. Wie kann man „Siedlungen“ in einer Stadt haben, die älter ist als London oder Washington D.C.?

Wird endlich Friede sein, wenn die Juden abermals aus ihrer Heimat Judäa vertrieben werden?

Um dies zu verstehen, muss man in London oder Washington D.C. nachfragen, wo Diplomaten auf einem Frieden bestehen, der einmal mehr nur den Juden Zugeständnisse abverlangt.

Sie sprechen von drei Religionen in Jerusalem, aber dort gibt es in Wirklichkeit gleich vier. Die vierte ist die wahre Religion des Friedens, die darauf besteht, dass es dann Frieden geben wird, wenn die Juden aus ihren Heimen in Judäa und Samaria vertrieben werden und wieder einmal zu Vagabunden und Bettlern gemacht wurden. Seltsam genug ist, dass der Name dieser Religion nicht Islam lautet, sondern Diplomatie.

Die Diplomatie erklärt die 1948er-Grenzen der arabischen Länder zu endgültigen Grenzen und denunzierte die Wiedervereinigung von 1967 als einen Aggressionsakt, während sieben arabische Armeen Israel 1948 überfielen, was scheinbar eine legitime Art war, Grenzen zu setzen. Als Jordanien Ostjerusalem ethnisch säuberte, da setzte es den Standard, dem die Israelis bis zu diesem Tag folgen müssen, nämlich sich von Ostjerusalem fernzuhalten. Diese ethnische Säuberung anzugreifen bedeutet, den Frieden aufs Spiel zu setzen.

Wenn Muslime in eine jüdische Stadt einfallen, dann gibt es keinen Aufruhr. Wenn muslimische Länder Häuser für Muslime in Israel bauen, dann gibt es keine wütenden Erklärungen. Muslimische Häuser in Jerusalem oder sonstwo in Israel bilden kein Problem. Nur jüdische Häuser tun das.

Vor 1948 lebten Juden in Gaza

Das Problem hier ist nicht Israel. Wenn es so wäre, dann würden Araber mit israelischer Staatsbürgerschaft auch verurteilt werden. Es sind die Juden, die das Problem sind.

Der ganze Friedensprozess ist eine ausgedehnte Lösung zur letzten Phase des jüdischen Problems. Das Problem – wie es von so vielen Diplomaten erklärt wurde – sind die Juden, die an Orten leben, die Muslime wollen. Es gab vor 1948 Juden im Gaza, aber sie wurden vertrieben. Sie kehrten zurück, wurden aber wieder durch ihre eigene Regierung vertrieben, die im Komplott mit internationalem Druck stand. Heute lebt nur die Hamas im Gaza und es ist so friedlich und angenehm wie es ohne die Juden im Deutschland der Nazis war.

Aber es gibt noch Juden in Judäa und Samaria, und diese muss man loswerden. Wenn einmal genug Juden vertrieben werden, dann wird es Frieden geben. Das ist kein Absatz aus „Mein Kampf“, auch keine geistesranke Predigt aus dem Fernsehprogramm der „Palästinensischen Autonomiebehörde“, sondern die einvernehmliche Entscheidung der „internationalen Gemeinschaft“. Dieser Konsens besteht darauf, dass der einzi-

ge Grund für ausbleibenden Frieden die Tatsache ist, dass noch nicht genug Juden aus ihren Heimen vertrieben wurden. Die ethnische Säuberung für den Frieden ist noch nicht weit genug gegangen.

Es wird Frieden geben, wenn alle Juden vertrieben wurden. Soviel ist zweifellos sicher. Sehen sie nur einmal Gaza oder Ägypten oder den Irak oder Afghanistan an, wo es genau noch zwei Juden gibt, beide über 70 Jahre alt. Oder Pakistan, Saudi-Arabien oder Syrien, wo der Friede herrscht, jetzt, nachdem die Juden weg sind. Man mag vielleicht sagen, dass die Gewalt proportional mit der Anzahl der Muslimen zunimmt, aber wir wissen alle, dass das islamophob wäre. Auf der anderen Seite ist es für die Diplomatie eine Tatsache, dass die Gewalt mit der Anzahl der im Land lebenden Juden zunimmt.

Wie können wir eigentlich wissen, wann die Muslime genug Land haben? Dann, wenn die Gewalt aufhört. Jeder weiß, dass Abkommen nichts bedeuten.

geschulterten Gewehren auf die Weide führen. Der einzige Frieden, der einen Wert hat, ist der Frieden von Soldaten und Siedlern.

1966 war Jerusalem eine zweigeteilte Stadt, durchtrennt von Stacheldraht und den Kugeln der muslimischen Scharfschützen. Diplomatie hat es nicht vereint. Israel hat es mit der Diplomatie bis zum bitteren Ende versucht, bis es verstanden hat, dass es keine andere Wahl hat, als zu kämpfen. Israel hat den Konflikt nicht vom Zaun gebrochen, Politiker haben versucht, den Konflikt zu vermeiden und die internationale Gemeinschaft gebeten, zu intervenieren und Ägypten vom Krieg abzuhalten. Lesen sie noch einmal die Schlagzeilen über Israel und den Iran der letzten Jahre und sie werden eine Vorstellung vom Mut und der Entschlossenheit der israelischen Führungspersönlichkeiten bekommen.

Als Israel in den Krieg eingestiegen ist, wollten seine Führungspersönlichkeiten

umphs von Yom Yerushalayim suchten die ethnischen Säuberer und ihre Komplizen Wege, die Juden aus Jerusalem und den Städten und Dörfern zu vertreiben. Es geht dabei nicht um die arabische Bevölkerung Jerusalems, die wiederholt bekräftigte, dass sie Teil von Israel bleiben möchten. Es geht nicht um Frieden, der auch nicht aus den vorhergehenden Verhandlungen hervorging, und auch aus den kommenden nicht hervorgehen wird. Es geht darum, das „jüdische Problem“ zu lösen.

So lange die Juden sich selbst erlauben, durch das Problem definiert zu werden, wird es weiterhin viel Leiden geben. Und die Lösungen werden gezwungenerweise damit zu tun haben, etwas gegen die Juden zu unternehmen. Wenn die Juden das Problem sind, dann ist der einzige Weg das Problem zu lösen, die Juden zu entfernen. Es gibt weniger Widerstand dagegen, die Juden als Problem zu definieren, als die Muslime als Problem zu definieren. Die Zahlen an sich sprechen dafür.

Muslimische Gewalt ist das Problem. Israel ist die Lösung.

Yom Yerushalayim ist eine Erinnerung an das wahre Problem und die wahre Lösung. Die muslimische Besetzung von Israel ist das Problem. Die Islamisierung von Jerusalem ist das Problem. Muslimische Gewalt und die muslimische Besetzung Israels und woanders ist das Problem. Israel ist die Lösung. Nur wenn wir uns selbst von den Lügen befreien, dann werden wir aufhören zu glauben, dass wir das Problem sind, und verstehen, dass wir die Lösung sind. Nur dann wird die Befreiung, die 1967 begonnen hat, zum Abschluss kommen. Nur dann werden wir Jerusalem befreien. Das Jerusalem der Seele. Es liegt an jedem Einzelnen von uns, das kleine Jerusalem in unserem Inneren zu befreien. Die Heilige Stadt, die in jedem von uns existiert. Die Schlacke von ihren goldenen Toren zu säubern, den Dreck von ihren Steinen abzuwaschen und die Eindringlinge auszuweisen, die an unseren Herzen nagen. Dann werden wir voller Stolz auf eine glänzende Stadt schauen. Dann werden wir anderen helfen, ihr eigenes Jerusalem zu befreien. Nur dann werden wir wirklich frei sein.

Übersetzung aus dem Englischen von Jan Bentz

Wie friedlich ist es in Saudi-Arabien, Irak und Syrien seitdem die Juden vertrieben wurden?

Egal wie viele Papiere unterschrieben werden – die Bomben und Raketen explodieren weiter. Der einzige Weg ein Abkommen zu schließen, ist im Dunkeln zu tappen, Stück für Stück Land abzugeben, bis die Explosionen aufhören und die Muslime ihr ursprüngliches Ziel erreicht haben, die Juden in die See zu drängen.

Das ist das Wunderbare an Diplomatie, wenn man Diplomat ist, und das schreckliche daran, wenn man ein Mensch ohne sicheren Weg aus dem Land ist, sollte die Diplomatie versagen. Camp David und jedes einzelne von Israel mit muslimischen Ländern unterzeichnete Abkommen ist nicht das Papier wert, auf dem es geschrieben wurde. Der einzige Friedenvertrag der zählt, ist jener, der mit Panzern und Waffen geschmiedet wird. Er ist derjenige, der von israelischen Flugzeugen in ägyptischen Himmeln und israelischen Soldaten an den Grenzen gemacht wird. Er ist derjenige, der von jüdischen Bauern und Farmern gemacht wird, die ihre Schafe mit

Jerusalem nicht befreien, sie wollten, dass Jordanien sich aus dem Krieg heraushält. Selbst als Jordanien in den Krieg eingetreten ist, ging es ihnen nicht um die Befreiung der Stadt. Göttliche Vorsehung und muslimische Feindschaft zwangen sie dazu, Jerusalem zu befreien und dazu, die Stadt zu halten. Heute wollen einige sie wieder zurückgeben, andere sie der blutigen Gottheit der Diplomatie opfern, deren Altar von Blut und Brandopfern überfließt.

Die Diplomatie versagte – Jerusalem erblühte trotzdem

Wenn wir Yom Yerushalayim – den Jerusalem-Tag – begehen, ist es wichtig, sich daran zu erinnern, dass die Stadt vereint und friedlich ist, obwohl die Diplomatie versagt hat. Der größte Triumph des modernen Staates konnte nur geschehen, weil die Diplomatie sich als hoffnungslos und nutzlos herausgestellt hat, wenn es darum ging, muslimische Völkermordambitionen in Schach zu halten.

Trotz der Erinnerung des großen Tri-

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Heilige Nichtjuden

Wer sind die „Noachiden“ und was haben sie mit dem Judentum zu tun?

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Wenn Sie jemanden auf der Straße fragen, welche Gemeinsamkeit die drei großen monotheistischen Religionen haben (Judentum, Christentum und Islam), würde praktisch jeder Befragte antworten: alle glauben an gleichen G'tt.

Wenn Sie jedoch fragen, was das Judentum grundlegend von den beiden anderen Religionen unterscheidet, wäre das für die meisten sicherlich schon viel schwieriger zu beantworten.

Und ja, es gibt wesentliche Unterschiede, und zwar gleich zwei: Juden missionieren nicht und das Judentum garantiert auch gerechten Nichtjuden einen Platz im Himmel nach dem Ableben in dieser Welt.

Das bedeutet, dass wenn ein Nichtjude an G'tt glaubt und ein moralisches, „heiliges“ Leben führen möchte, muss er dafür nicht unbedingt zum Judentum konvertieren. Er kann auch als Nichtjude ein solches Leben führen und nach dem Tod mit ewigem Leben im Paradies von G'tt belohnt werden.

Doch was bedeutet „gerechtes Leben“? Was ist die Grundlage dafür und wer entscheidet darüber?

Unsere Weisen geben darauf eine klare Antwort: wenn für die Juden die 613 Gebote der Thora maßgebend sind, so sind es für die Nichtjuden die sieben sogenannte „Noachidischen Gebote“.

Noachidische Gebote (oder Gebote von Bnej Noach) sind die Gesetze, die G'tt allen Menschen gegeben hat. Und da gerade vom Noach (Noah) nach der Sintflut die ganze Menschheit neu entstanden ist, werden die Gesetze für die Menschheit als die Gebote der Nachkommen von Noach bezeichnet. Jedoch, auch wenn die Juden ein Teil von Noachs Nachkommen sind, versteht man unter diesem Begriff die Gesetze nur für Nichtjuden.

Diese 7 Gesetze lauten:

- 1) Das Verbot des Götzendienstes
- 2) Das Verbot der Gotteslästerung
- 3) Das Verbot des Blutvergießens (Mord)
- 4) Das Verbot von sexueller Unmoral
- 5) Das Verbot des Diebstahls
- 6) Das Verbot Fleisch eines noch lebenden Tieres zu essen
- 7) Das Gebot ein gerechtes Gerichtssystem aufzubauen

Stellt sich jedoch die Frage, woher wir diese Gesetze kennen und wo wir sie finden. Alle diese Gesetze sind in der Thora (Bibel) enthalten, jedoch nicht unter diesem Begriff. Unsere Weisen leiten diese Gesetze im Talmud ab. So werden zu Beispiel sechs Gebote aus dem Vers 2:16 im 1. Buch Moses abgeleitet und das Verbot Fleisch eines noch lebenden Tieres zu essen aus dem Vers 9:4 „Nur esset das Fleisch nicht, während seine Seele, sein Blut, noch in ihm ist!“.

Man könnte fragen, ob das Ganze nicht viel zu einfach ist: nur wenn man diese wenigen und anscheinend nicht so komplizierten Gebote, die sowieso in vielen Rechtssystemen verankert sind, hält, wird man heilig?

Die Antwort ist: natürlich ist es nicht so einfach! Diese sieben Gebote sind nur eine Basis, die Grundprinzipien sozusagen. Jedes Gebot beinhaltet mehrere „Paragraphen“. Wenn man zum Beispiel das 4. Ver-



Der Begriff „Noachiden“ leitet sich von Noah ab.

bot (Unzucht) betrachtet, so ist es einem Mann damit verboten, geschlechtliche Beziehungen mit einer fremden Frau zu führen. Ebenso ist es einer Frau verboten, geschlechtliche Beziehungen mit einem fremden Mann zu führen. Die Verbote mit Verwandten geschlechtliche Beziehungen zu haben, gelten für Mann und Frau gleichermaßen, sowie gleichgeschlechtliche Beziehungen und sexuelle Handlungen mit Tieren. Es ist einem Mann ebenso verboten, eine Frau zu vergewaltigen und Minderjährige zu verführen.

Wenn diese Verbote in ihrer Mehrzahl auch von der heutigen Gesellschaft angenommen sind, so sind doch einzelne Regeln durchaus umstritten. So beinhaltet zum Beispiel das Verbot des Blutvergießens auch Abtreibung und Sterbehilfe, die in diesem Kontext als Mord gelten.

Bei manchen Geboten können die einzelnen Vorschriften den modernen Menschen schon sonderbar erscheinen. So zum Beispiel darf ein Arbeiter, der für einen Bauer die Ernte auf dem Feld sammelt, während seiner Arbeit etwas davon essen. Wenn jedoch dieser Arbeiter am gleichem Feld etwas von der Ernte isst, während er nicht bei der Arbeit ist, übertreibt er das Verbot des Diebstahls. Rambam (1135-1204) merkt in seinem Werk „Mischne Tora“ (Hilchot Melachim uMelchamot 9:9) an, dass wenn ein Nichtjude von seinen Nächsten auch nur eine kleinste Münze gestohlen hat, dies schon ein echter Diebstahl ist, für den er gerichtet werden muss! In unserer, eigentlich sehr fortgeschrittenen Gesellschaft, die viel Wert auf Recht und Eigentumsschutz legt, würde dieser Gesetz wohl nur ein Lächeln hervorrufen.

Wenn man also alle „Unterparagraphen“ zusammenzählen würde, so würde man auf mindestens 66 Gesetze kommen – was das Ganze schon nicht mehr so

simpel erscheinen lässt.

Auch das einzige Gebot „ein gerechtes Gerichtssystem aufzubauen“ ist enorm wichtig und nicht so selbstverständlich, wie es klingt. Rambam schreibt in Halacha 9:14, dass nach der Vergewaltigung von Jakobs Tochter Dina in der Stadt Schchem (1. Buch Moses 34) nur deshalb alle Bewohner dieser Stadt von Schimon und Levi umgebracht wurden, weil diese Bewohner den Vergewaltiger entsprechend den Noachidischen Gesetzen nicht gerichtet haben. Dabei war der Vergewaltiger niemand anderes als Chamor, der Sohn des Herrschers. Daraus lernen wir, dass die Bürger gegen Ungerechtigkeit sogar in einer Diktatur aufstehen sollen.

Wer ist ein Noachide?

Es stellt sich die Frage, ob jeder einzelne Nichtjude, der mit diesen Regeln einverstanden ist und entsprechend zu leben versucht, schon ein Noachide ist. Dem ist aber nicht so: unsere Weisen betonen, dass ein Nichtjude nur dann zum Noachiden wird, wenn er diese Gesetze als Teil der G'ttlichen Offenbarung auf dem Berg Sinai akzeptiert. Also, die Akzeptanz dieser Gesetze soll auf Basis der Mündlichen Thora (Talmud) erfolgen. Rambam schreibt in Halacha 8:11, dass wenn ein Nichtjude diese Gesetze befolgt, weil sie ihm einfach nur „logisch und schön“ erscheinen (aber nicht, weil sie von G'tt gegeben wurden), ist er weder ein Gerechter, noch ein weiser Mensch.

Deshalb gibt es heutzutage viele Nichtjuden auf der ganzen Welt, die diese Gesetze für sich entdecken und unter der Leitung von erfahrenen Rabbinern versuchen nach diesen Regeln zu leben. Und natürlich bedeutet ein Noachide zu sein nicht nur das Halten von den erwähnten Geboten und Verboten. Es beinhaltet auch die Gebote, die Feste und Bräuche

(Heirat, Beerdigung usw.) und alles, was zu einem religiösen Leben gehört.

Auch wenn der Eindruck entstehen könnte, dass es sich um eine neue Religion handeln könnte, so ist das selbstverständlich nicht der Fall. Diese Gesetze wurden noch vom ersten Menschen Adam und seinen Nachkommen gegeben. Und viele Generationen vor und nach Avraham haben nach diesen Gesetzen gelebt. Auch in nicht so ferner Vergangenheit gab es immer große nichtjüdische Denker, die von den Noachidischen Gesetzen überzeugt waren, so zum Beispiel der bekannte englische Universalgelehrte John Selden (1584-1654). In seinem berühmten Werk „De jure naturali et gentium juxta disciplinam Ebraeorum“ (1640, „Über das Naturrecht“) betont er, dass gerade die Noachidischen Gesetze „Naturgesetze“ sind, und Teil der internationaleren Rechtsprechung wurden.

Moderne Noachiden sind die Menschen, die oft als Christen oder Muslime von ihrem ursprünglichen Religionsleben enttäuscht wurden, jedoch weiter nach erfülltem und spirituellem Leben dürsten und dies nur im Judentum finden konnten. Jedoch wollen nicht alle zum Judentum konvertieren, und die Noachidischen Gebote geben ihnen somit eine perfekte Möglichkeit zur geistigen Entwicklung.

Der Ljubawitscher Rebbe betonte oft, dass gerade in unserer Zeit, in der das moralische Niveau der Menschheit fast bis zum Boden gesunken ist und man von keiner Grausamkeit mehr überrascht werden kann, es unsere Pflicht ist unsere nichtjüdischen Bekannten über die Noachidischen Gesetze zu informieren und sie dafür zu begeistern.

Und wenn das gelingt, wird diese Welt zu einer Welt, in der wir tatsächlich „gut und gerne leben“ werden.